

# Das Parlament

Berlin, Montag 17. Februar 2014

www.das-parlament.de

64. Jahrgang | Nr. 8 | Preis 1 € | A 5544

## KOPF DER WOCHE

### Initiator einer Massenklage

Rand Paul Schützenhilfe von jenseits des Atlantiks: Just in der vergangenen Woche, als der Bundestag über die Spähaktivitäten der NSA debattierte und auch die Koalition die Einrichtung eines Untersuchungsausschusses beantragte, reichte der republikanische US-Politiker Rand Paul eine Sammelklage gegen den Geheimdienst ein. Der Senator aus Kentucky verklagt mit



380.000 Menschen Präsident Obama wegen der „verfassungswidrigen“ Massenüberwachung von Millionen US-Bürgern. Der 51-jährige gelernte Augenarzt, der der Tea Party nahesteht, kämpft nicht nur für die Bürgerrechte der Amerikaner, sondern auch für die eigene politische Karriere: Es gilt als wahrscheinlich, dass sich Rand Paul als Kandidat der Republikaner für die Präsidentenwahl 2016 aufstellen lassen will – so wie schon sein Vater Ron Paul 2012. kru |

## ZAHL DER WOCHE

42,1

Millionen Beschäftigte wird es laut Jahreswirtschaftsbericht 2014 in Deutschland geben. Das wären 240.000 mehr als im Vorjahr und damit ein neuer Rekord. Das Wachstum soll in diesem Jahr 1,8 Prozent betragen, sagte Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel (SPD) im Bundestag. Die bisherige Schätzung lag bei 1,7 Prozent. Die Arbeitslosenquote soll von 6,9 (2013) auf 6,8 Prozent im Schnitt fallen.

## ZITAT DER WOCHE

»Ich weiß sehr wohl, was so eine Summe bedeutet.«

Christine Lambrecht, Erste Parlamentarische Geschäftsführerin der SPD-Fraktion, im Bundestag über die geplante Diätenerhöhung von zweimal 415 Euro bis Anfang 2015

## IN DIESER WOCHE

### WIRTSCHAFT UND FINANZEN

Jahreswirtschaftsbericht Abgeordnete debattieren über Regierungserklärung Seite 6

### KULTUR UND MEDIEN

Digitale Agenda Bundestag setzt einen Internet-Ausschuss ein Seite 8

### INNENPOLITIK

Grundrechte Parlament diskutiert Überwachung durch US-Geheimdienst NSA Seite 11

### KEHRSEITE

Bundestag Die Servicestelle des Statistischen Bundesamts im Parlament Seite 12

### MIT DER BEILAGE



Das Parlament  
Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH  
60268 Frankfurt am Main



# Zur Ausbildung angetreten

BUNDESWEHR Parlament zieht gemischte Bilanz des Einsatzes in Afghanistan und debattiert über Rolle in Afrika

Es ist das letzte Mal, dass der Bundeswehreinsatz in Afghanistan im Rahmen des ISAF-Mandats verlängert werden soll. Doch am vergangenen Donnerstag versuchten die Abgeordneten anlässlich des Antrags und des Fortschrittsberichts der Bundesregierung (18/436; 18/466) nicht nur eine vorläufige Bilanz des Einsatzes am Hindukusch zu ziehen: Die Debatten standen mit dem Antrag auf Fortsetzung und Ausweitung der Ausbildungsmission EUTM in Mali (18/437) auch ganz im Lichte einer Diskussion um einen grundsätzlichen Kurswechsel in der Außenpolitik und insbesondere um eine aktivere Rolle Deutschlands auf dem afrikanischen Kontinent, wie das Bundespräsident Joachim Gauck, Außenminister Frank-Walter Steinmeier (SPD) und Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen (CDU) jüngst eingefordert hatten.

Die Ministerin stellte in der Debatte zunächst klar, dass die große Mehrheit aller Bundeswehreinätze und erst recht die Einsätze in Afrika keine Kampfeinsätze seien, sondern der militärischen Ausbildung und dem Aufbau staatlicher Institutionen dienten. Das deutsche Mali-Engagement sei ein Schwerpunkt in Afrika, das mit der Aufstockung von 180 auf bis zu 250 zu entsendenden Soldaten zu intensivieren sei. »Unser Ziel im vernetzten Ansatz muss sein, dass Afrika für seine Sicherheit und Stabilität selbst sorgen kann«, sagte von der Leyen.

Niema Movassat (Die Linke) kritisierte, dass die Bundesregierung von deutscher Verantwortung spreche, wo sie eigentlich mehr deutsche Soldaten im Ausland meinte. »Und das ist verantwortungslos.« Rainer Arnold (SPD) warf der Linksfraktion vor, sie übertreibe. »Sie reden daher, als wollten die Deutschen munter in Kriege nach Afrika ziehen.« Das Beispiel Mali zeige, dass es »zu spät für schöne Worte und Diplomatie« sein kann, wenn kriminelle und terroristische Banden die Macht zu übernehmen drohten. Deutschland könne sich nicht zurücklehnen und den Partnern in Europa und der Nato die Probleme überlassen: »Es sind unsere gemeinsamen Probleme.«

Agnieszka Brugger (Bündnis 90/Die Grünen) kritisierte »unglückliche Formulierungen« der Verteidigungsministerin, die die Debatte über einen außenpolitischen Kurswechsel befeuert habe. Die aufgeregte Diskussion jedoch verhindere, »dass wir uns fundiert mit den spezifischen Konflikten« beschäftigen. So gebe es zwar einen »Hoffnungsschimmer für Mali« und so sei die EUTM Ausbildungsmission ein »kleiner, aber sehr effizienter Beitrag«. Beim Versöhnungsprozess zwischen dem Norden und Süden des Landes und insbesondere mit den Tuareg sei Deutschland jedoch mehr gefordert als bisher.



Einsatz in Westafrika: Im Rahmen der Trainingsmission EUTM Mali bildet die Bundeswehr auch Pioniere der dortigen Armee aus. Die Bundesregierung will dieses Mandat ausweiten.

Philipp Mißfelder (CDU) wies darauf hin, dass man nicht die Politik der militärischen Zurückhaltung aufgeben, sondern sich »früher, entscheidender und substanzieller in die Afrika-Politik« einbringen wolle. Mehr Verantwortung zu übernehmen, heiße nicht zwingend mehr Militäreinsätze, sondern mehr Abstimmung mit den Partnern.

Ziviler Aufbau Auf dieser Linie lag in der Debatte zum Afghanistan-Einsatz der Minister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Gerd Müller (CSU): »Wir brauchen eine Stärkung der Krisenprävention vor Interventionen.« Es sei völlig klar, dass Militäreinsätze allein keinen Frieden schaffen. »Ein friedliches Afghanistan hat nur mit einer nachdrücklichen und international abgestimmten Entwicklungszusammenarbeit eine Chance«, sagte Müller. Deutschland sei bereit, 430 Millionen Euro jährlich für den zivilen Aufbau zu investieren. Außenminister Steinmeier machte die Voraussetzungen dafür deutlich: »Wir brauchen Sicherheitsrahmenbedingungen«, sagte er. Der Schlüssel dafür sei das bilaterale Sicherheitsabkommen zwischen Afghanistan und

den USA, das von Kabul noch nicht unterzeichnet sei. Steinmeier sprach von einer gemischten Bilanz des Einsatzes: Es stimme, dass viele Ziele nicht erreicht worden seien. Dennoch müsse das, was geschaffen wurde, auch nach dem Abzug der Nato-Truppen verteidigt werden. Afghanistan sei nicht mehr die Ausbildungszentrale des islamistischen Terrors: »Damit ist schon viel erreicht.«

Gregor Gysi (Die Linke) widersprach: Diese Ausbildungszentren gebe es nun in Pakistan oder im Jemen. Der »Nato-Krieg« in Afghanistan sei »die falsche Antwort auf die Anschläge auf das World Trade Center« gewesen, sagte der Vorsitzende der Linksfraktion. Statt Erfolge habe es 2013 eine weitere Verschlechterung der Lage gegeben. »Den Afghanen«, sagte Gysi, »geht es schlechter als je zuvor.« Jürgen Trittin (Grüne) sprach von einem paradoxen Befund: So sei es richtig gewesen, das Taliban-Regime zu stürzen. Dennoch sei der

Einsatz gleichzeitig gescheitert. Das habe auch mit dem zeitgleichen »Enduring Freedom«-Einsatz der USA zu tun. »Man kann keinen Rechtsstaat aufbauen, wenn man jede Nacht Drohnen zu extralegalen Tötungen loschickt«, sagte Trittin.

Die Rede vom Scheitern wollten Vertreter der Regierungskoalition so nicht im Raume stehen lassen: Ob der Einsatz gescheitert sei, entscheide sich erst nach 2014, sagte Niels Annen (SPD). »Wir sollten alles tun, damit die Erfolge für die Menschen in Afghanistan erhalten bleiben«, forderte er. Und Mißfelder ergänzte mit Blick auf die anstehenden Präsidentschafts- und Provinzwahlwahlen: »Selbst wenn uns nicht jeder Kandidat, der sich bewirbt, in den Kram passt: Es wäre unter der Herrschaft der Taliban unvorstellbar gewesen, dass es eine Auswahl gibt, dass sich Frauen zur Wahl stellen und dass es eine Diskussion um die Ausrichtung des Landes gibt.« Götz Hausding/Alexander Heinrich |

»Krisenprävention muss vor Interventionen kommen.«

Entwicklungsminister Gerd Müller (CSU)

## EDITORIAL

### Afrika im Fokus

VON JÖRG BIALLAS

Wenn der Außenminister, die Verteidigungsministerin und der Bundespräsident fast zeitgleich mehr deutsches Engagement in den Krisengebieten der Welt fordern, dürfte die Vermutung, diese Aussagen seien das Ergebnis konzentrierter Handels, schwer zu entkräften sein. Das ist bemerkenswert, weil die mutmaßliche Allianz des Staatsoberhauptes und zweier Regierungsmitglieder einerseits künftigen Auslandseinsätzen deutscher Soldaten eine Marschrichtung vorgibt. Und andererseits dazu geführt hat und auch weiterhin bewirken wird, dass Gegner militärischer Missionen sich umso offensiver dagegen positionieren.

Die in der vergangenen Woche engagiert und emotional geführten Debatten im Bundestag über die Zukunft der Einsätze deutscher Streitkräfte in Afghanistan und Mali waren Beleg dafür, dass das Parlament seine Verantwortung für die Zukunft der Einsätze deutscher Streitkräfte in Afghanistan und Mali wahrnimmt. Die Bedrohung für Leib und Leben auch außerhalb eines unmittelbaren Kampfeinsatzes besteht, hat gerade der Einsatz in Afghanistan schmerzhaft gezeigt. Jeder neue Auftrag verdient es also, sorgfältig abgewogen zu werden.

Geografisch rückt dabei Afrika immer stärker in den Fokus der parlamentarischen Meinungsbildung. Weite Teile des Kontinents stehen unter dem Einfluss unberechenbarer Gewalt herrscher, sind von blutigen Regionalkonflikten geprägt, korrupt und politisch instabil. Das Elend der Menschen dort darf dem zivilisierten, demokratisch verfassten Teil der Weltgemeinschaft nicht egal sein. Aus humanitärer Anteilnahme vor Ort, aber auch, weil die aus verzweifelten Afrikanern bestehende Flüchtlingswelle immer stärker über das Mittelmeer nach Europa schwappet.

Die USA sehen deshalb auch die EU in der Pflicht und definieren für sich selbst den pazifischen Raum als vorrangiges außenpolitisches Interessensgebiet. Der Ansatz, mit einer fest installierten europäischen Einsatztruppe schnell und unbürokratisch in Krisengebieten eingreifen zu können, klingt daher zunächst bestechend.

Allerdings wäre dann noch mehr als ohnehin schon die Frage zu diskutieren: Wie decken sich solche Einsätze mit dem Status der Bundeswehr als Verteidigungsarmee? Früher oder später wird nicht nur eine politische, sondern wohl auch eine verfassungsrechtliche Antwort unumgänglich sein.

## Ein Rücktritt und viele offene Fragen

FALL EDATHY Die Regierung steckt in einer Krise. Minister Friedrich (CSU) hat sein Amt aufgegeben, doch die Affäre zieht Kreise

»Auf Wiedersehen, ich komme wieder.« Mit diesen Worten hat sich Bundeslandwirtschaftsminister Hans-Peter Friedrich (CSU) am Freitag – kaum zwei Monate nach seiner Ernennung – aus seinem Amt verabschiedet. Er sei nach wie vor der Überzeugung, dass er »politisch und rechtlich richtig gehandelt« habe, erklärte er am späten Nachmittag vor der Presse. Doch sei der Druck auf ihn so gewachsen, dass er seine Aufgaben nicht mehr mit der dafür notwendigen politischen Unterstützung ausüben könne. Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) nahm den Rücktritt mit »großem Respekt und Bedauern« zur Kenntnis. Friedrich übernehme damit »unabhängig von rechtlichen Bewertungen« politische Verantwortung. Ein Nachfolger für Friedrich stand bei Redaktionsschluss noch nicht fest.

Der Fall des ehemaligen SPD-Bundestagsabgeordneten Sebastian Edathy zieht damit immer größere Kreise – und für die frisch gebackene Regierungskoalition in Berlin ist die Affäre mit dem Rückzug Friedrichs wohl noch nicht ausgestanden. Bis Freitagabend lagen diese Fakten auf dem Tisch: In seiner damaligen Funktion als Innenminister hatte Friedrich im Oktober 2013 SPD-Chef Sigmar Gabriel darüber informiert, dass im



Hat Hans-Peter Friedrich (rechts) Dienstgeheimnisse im Zusammenhang mit Ermittlungen gegen den früheren SPD-Bundestagsabgeordneten Sebastian Edathy verraten?

Rahmen internationaler Ermittlungen der Name von Sebastian Edathy im Zusammenhang mit Kinderpornografie aufgetaucht sei. Die Staatsanwaltschaft Hannover prüft daher nun die Einleitung eines Ermittlungsverfahrens wegen des Verrats von Dienstgeheimnissen und Strafreitelung im Amt gegen Friedrich. Dieses könne sich außerdem auch gegen SPD-Politiker und hohe Polizeibeamte richten, teilte der Leiter der Staats-



anwaltschaft, Jörg Fröhlich, am Freitag in Hannover mit. Fröhlich bestätigte zudem erstmals, dass gegen Edathy wegen des Verdachts des Besitzes von Kinderpornografie ermittelt werde. Nach bisherigen Erkenntnissen habe er sich von 2005 bis 2010 Video- und Fotomaterial bei einem kanadischen Unternehmen bestellt. Ob es sich dabei juristisch eindeutig um Kinderpornografie handele, ließ Fröhlich offen. Er

sprach von einem »Grenzbereich«. Eine Woche zuvor, am 7. Februar, hatte Edathy überraschend nach 15 Jahren seinen Rückzug aus dem Bundestag erklärt und dies mit gesundheitlichen Problemen begründet. Kurz darauf wurden seine Wohn- und Büroräume durchsucht. Nach Darstellung der Staatsanwaltschaft seien vor der Durchsuchung Festplatten entfernt und vernichtet worden. Nun müssen sich führende Politiker in Berlin unangenehme Fragen gefallen lassen: Hat jemand Edathy gewarnt? Wer hat wann von den Ermittlungen gewusst? Der SPD-Innenexperte Edathy hatte sich im Bundestag zuletzt als Vorsitzender des NSU-Untersuchungsausschusses einen Namen gemacht. Die Vorwürfe gegen ihn bezeichnete er vergangene Woche als »unwahr«, ein strafbares Verhalten liege nicht vor. Der Staatsanwaltschaft Hannover warf er vor, die Razzien seien unverhältnismäßig gewesen. Johanna Metz |

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper





GASTKOMMENTARE

MEHR AUSLANDSEINSÄTZE?

Mit Augenmaß

PRO



Holger Möhle  
»General-Anzeiger«, Bonn

Endet in Deutschland die Kultur der militärischen Zurückhaltung? Deutschland ist eine Mittelmacht mit globalen Interessen. Zur Verteidigung dieser Interessen (auch in Bündnissen) hat der Bundestag aktuell knapp 5.000 Soldatinnen und Soldaten in 13 Auslandsmissionen auf drei Kontinenten in den Einsatz geschickt. Keiner dieser Auslandseinsätze ist bereits von der neuen schwarz-roten Bundesregierung auf den Weg gebracht worden. Doch es deutet sich eine neue Akzentuierung der deutschen Außen- und Verteidigungspolitik an. Deutschland ist tatsächlich zu groß, um Weltpolitik nur von der Seitenlinie aus zu kommentieren, wie Außenminister Frank-Walter Steinmeier (SPD) feststellt. Was daraus folgt? Bundesregierung und Bundestag werden für die Parlaments- und Einsatzarmee Bundeswehr noch häufiger den Marschbefehl in fremde Länder erteilen. Aber bitte mit Augenmaß und Plan: Nur rein nach Afrika, weil in Afghanistan gerade Kapazitäten frei werden, wäre wenig Erfolg versprechend. Zu den Interessen Deutschlands zählt auch, den EU- und Nato-Partner Frankreich in Mali zu unterstützen. Ausbildung, Training, Transport – was ist dagegen zu sagen? Hätten die Franzosen im Norden Malis nicht früh entschlossen eingegriffen, hätte daraus leicht ein zweites Rückzugsgebiet für radikale Islamisten werden können. Afrika ist kompliziert. Deswegen braucht es für Einsätze auf dem Nachbarkontinent ein Gesamtkonzept, am besten ein europäisches. Das Geschrei, die Truppe gerate damit an die Grenze ihrer Belastungsgrenze, ist schon jetzt zu hören. Doch ein Unternehmen mit 185.000 Beschäftigten wird es verkraften, wenn 5.000 davon im Wechsel auf Posten im Ausland abkommandiert sind. Der nächste Einsatz kommt garantiert.

Aus Fehlern lernen

CONTRA



Uta Winkelmann  
»die tageszeitung«, Berlin

Mehr Auslandseinsätze für die Bundeswehr? Nein. Deutschland, heißt es derzeit allerorten, müsse eine neue Rolle in der Welt spielen, denn ein ökonomischer Gigant könne kein sicherheitspolitischer Zwerg sein. So verkünden es seit Mitte Januar Verteidigungsministerin, Außenminister, Bundespräsident und fast alle Leitartikel der Nation. Es klang wie verabredet – und das war es auch. Von Ende 2012 bis zur Wahl 2013 arbeiteten mehrere Dutzend Ministeriale, Parlamentarier, Professoren und Journalisten unter dem Dach zweier Think Tanks an einer Strategie, die schwarz-gelbe „Politik der militärischen Zurückhaltung“ zu beenden. Dass die Kultur der neuen Einsatzfreude nun in afrikanischen Ländern erprobt wird, ist eher Zufall: Mali und die Zentralafrikanische Republik bieten sich halt gerade an. Das aber ist ein Skandal und das Gegenteil einer notwendigen, demokratischen Debatte über Außenpolitik, wie sie schon lange rituell gefordert wird. Als hätte die außenpolitische Community aus Afghanistan nichts gelernt, werden außenpolitische Anforderungen danach formuliert, was die Bündnispartner vielleicht gern hätten. Die Empfängerländer werden bestenfalls im Anschluss befragt, sie sollen vor allem dankbar sein. Eine verantwortungsvolle Außenpolitik hätte nach Afghanistan begriffen, wie unendlich wichtig der zivile Staatsaufbau ist im Vergleich zum Gezeter um jeden Toilettencontainer für die Bundeswehr. Und selbst ein so gigantischer Aufwand, wie Europa in Bosnien betreibt, hat dort bis heute nichts als mafiose staatliche Selbstbedienung hervorgebracht. Wer für mehr Bundeswehreinsätze gerüstet sein will, muss aus den Fehlern der letzten 20 Jahre lernen. So weit scheinen die Top-Strategen im Kabinett und in den Redaktionen aber nicht zu sein.

Mehr zum Thema auf den Seiten 1 bis 3.  
Kontakt: gastautor@das-parlament@bundestag.de

Herr Kiesewetter, der Bundestag hat am Donnerstag der Entsendung von bis zu 3.300 Soldaten nach Afghanistan und nochmals von bis zu 250 Soldaten für die Ausbildungsmission in Mali zugestimmt. Was ist dran an dem Vorwurf, Deutschland engagiere sich sicherheitspolitisch zu wenig?

Wir sind ein wesentlicher Truppensteller und verlässlicher Partner in der EU, in der Nato und auch in den Vereinten Nationen. Sicherheitspolitisches Engagement betrifft aber nicht nur militärische Einsätze, sondern ein viel weiteres Spektrum. Wir sollten hier das deutsche Engagement gegenüber der Bevölkerung und unseren Partnern umfassender erklären. Dazu gehört zum Beispiel der Hinweis, wie stark wir weltweit zivil engagiert sind – etwa im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit. Was Militäreinsätze angeht: Solche Einsätze sind keine Lösung, wenn sie nicht eingebettet sind in ein zivilmilitärisches Gesamtkonzept. Wir sind bereit, im Ernstfall militärisch zu unterstützen, aber dazu gehören ein klares Einstiegs- und ein klares Ausstiegsszenario, also deutlich formulierte Ziele und auch eine Strategie, für den Fall, dass solch ein Einsatz scheitert.

Bundespräsident Gauch, Außenminister Steinmeier und Verteidigungsministerin von der Leyen haben eine aktivere Rolle Deutschlands in der Weltpolitik gefordert. Bedeutet das, dass wir uns auf mehr Auslandseinsätze der Bundeswehr einstellen müssen, insbesondere auf mehr Kampfeinsätze?

Die Diskussion nach diesen Reden erscheint mir zu stark auf das Militärische fokussiert. Ich glaube, es geht erstmal darum, dass wir uns grundsätzlich über unsere außen- und sicherheitspolitischen Interessen verständigen sollten. Sicherlich gehört Stabilität zu unseren Interessen, gute Nachbarschaft und im weiteren Sinne auch freie Handelswege. Die zweite Frage ist: Welche Aufgaben wollen und können wir erfüllen und welche Instrumente setzen wir dafür ein? Dazu gehört die Entwicklungszusammenarbeit bei Fragen des Zugangs zu Nahrung, Bildung, Gesundheit, sauberem Wasser und Energie. Dazu kommen drittens die Instrumente der zivilen Krisenprävention, der Rüstungskontrolle, der Konfliktbewältigung. Auch freier Handel kann zu Entwicklung und Stabilität beitragen. All dies sind zivile Instrumente, mit denen wir Interessen wahrnehmen können. In bestimmten Fällen können sie eine militärische Absicherung benötigen, zu der wir dann auch bereit sein müssen. Zudem müssen wir uns darüber klar werden, in welchen Regionen wir uns engagieren. Über diese vier Punkte – Interessen, Aufgaben, Instrumente und Regionen – müssen wir sprechen. Eine stringente außenpolitische Strategie macht es auch einfacher, für ein gemeinsames Vorgehen innerhalb der EU zu werben. Das bringt uns dann auch nicht in die Verlegenheit, fallweise Partner zu unterstützen, die bereits vorangegangen sind.

Wie sehr stecht der deutschen Außenpolitik eigentlich noch die Enthaltung beim Libyen-Einsatz 2011 in den Knochen? Haben die neuen außenpolitischen Töne auch mit dieser Entscheidung zu tun?

Das glaube ich nicht. Aber die Libyen-Entscheidung hat zu einem heilsamen Prozess geführt, etwa zu der Einsicht, dass wir uns noch enger mit unseren Bündnispartnern über das Vorgehen abstimmen. Da komme ich wieder zu dem Vierklang aus Interessen, Aufgaben, Instrumenten und Regionen. Man mag zur Libyen-Entscheidung stehen wie man will. Eines hat sie aber gezeigt: Wir konnten damals weder dem Ausland noch der eigenen Bevölkerung vermitteln, dass wir uns zunächst nicht mit dem Luftaufklärungssystem AWACS in Afghanistan beteiligen wollten und drei Monate später, nachdem wir gesagt haben, dass wir uns bei Li-

»Auch mal den Finger heben«

RODERICH KIESEWETTER Mehr Stringenz in der Außenpolitik erleichtert die Abstimmung mit den Partnern, sagt der CDU-Politiker



© picture-alliance/dpa

byen heraushalten, wie aus heiterem Himmel dann doch dafür bereit waren. Hätten wir eine klar formulierte Strategie gehabt, wäre uns das nicht passiert.

Was bedeutet eine stärkere sicherheitspolitische Zusammenarbeit in Europa konkret für den Parlamentsvorbehalt des Bundestages bei Bundeswehreinsätzen?

Zunächst einmal: Noch nie ist ein Auslandseinsatz am deutschen Parlament gescheitert. Der Frage, wie sich die parlamentarischen Kontrollrechte bei fortschreiten-

der Bündnisintegration sichern lassen, wird sich jetzt eine Kommission widmen, die Handlungsoptionen formulieren soll. Wichtig ist etwa, dass deutsche Soldaten in internationalen Stäben, etwa im Nato-Hauptquartier in Brüssel, grundsätzlich mandatiert sind. Es muss klar sein, dass deutsche Soldaten und Diplomaten bei den Planungen von Einsätzen mitwirken können. Auch so können wir deutsche Interessen wahrnehmen und auch mal den Finger heben, wenn bestimmte Entwicklungen nicht in unserem Sinne sind.

Welche Bedeutung hat Afrika für Europa und weshalb rückt der Kontinent gerade jetzt verstärkt ins Blickfeld?

Das hat unterschiedliche Ursachen. Europa wird grundsätzlich mehr Verantwortung in Afrika zu übernehmen haben, weil die USA sich stärker auf den pazifischen Raum konzentrieren. In Libyen etwa sind nach dem Regimewechsel die Außengrenzen unsicher geworden, ganze Waffenarsenale sind nicht unter staatlicher Kontrolle, der Süden des Landes ist zum Rückzugsraum für Terroristen geworden, die in Mali, im Tschad und im Niger agieren. Als nördlichem Nachbarn Afrikas liegt es in unserem europäischen Interesse, dass wir dort mit Regierungen zusammenarbeiten, die die innere und äußere Sicherheit ihres Landes ernst nehmen. Es ist klar, dass sich diese Probleme nicht militärisch lösen lassen. Es muss um Instrumente der Krisenprävention, um Transformationspartnerschaften gehen. Im nördlichen Afrika sind rund 17 Millionen Menschen auf der Flucht. Wir wollen, dass sie Bildungs- und Lebensperspektiven in ihren Ländern haben. Dort gilt es zu investieren, bei kleinen und mittleren Unternehmen und in Bildung, damit die Menschen ihre Perspektive nicht allein im Überqueren des Mittelmeeres sehen. Eine Massenflucht nach Europa löst keine Probleme vor Ort, und sie würde neue Probleme bei uns schaffen.

Welche Lehren lassen sich aus dem Bundeswehreinsatz in Afghanistan für mögliche künftige Einsätze ziehen?

Wir haben in Afghanistan viel zu spät auf das regionale Umfeld, etwa auf die Nachbarn Pakistan oder Iran, geachtet. Wir waren viel zu sehr fokussiert auf kleinteilige Betrachtungen in den Einsatzregionen. Eine andere Lehre ist, sehr früh einen solchen Einsatz zu evaluieren und ihn im laufenden Prozess zu verbessern, vor allen Dingen auch die Bündnisleistung der Partner über das ganze Land hinweg besser zu koordinieren. Anfangs hieß es bei uns in Deutschland, die Bundeswehr sei im friedlichen Norden Afghanistans eingesetzt, sei für den friedlichen Wiederaufbau verantwortlich, tue also eigentlich das, was Entwicklungshelfer auch tun könnten. Das war aus meiner Sicht falsch. Gefehlt haben in Afghanistan ein ziviles Wiederaufbaukonzept und auch Organisationen, die bereit waren, diese Aufgaben zu übernehmen.

Der Wehrbeauftragte des Bundestages spricht mit Blick auf die Bundeswehrreform von der Grenze der Belastbarkeit. Kann die Truppe weitere Einsätze verkraften?

Die Bundeswehr ist, was den Willen, was die Disziplin und die Fähigkeit angeht, trotz Verkleinerung nicht an der Belastungsgrenze. Bei der Ausstattung und der Ausbildung für den Einsatz und auch bei der Fürsorge nach dem Einsatz können wir sicher noch Einiges verbessern. Man muss dabei bedenken, dass die Bundeswehr sich im größten Reformprozess ihrer Geschichte befindet, der erst 2017 abgeschlossen sein wird. Es ist sehr zu begrüßen, dass die neue Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen Fragen wie die Vereinbarkeit von Familie und Dienst und die hohe Dienstzeitbelastung in den Mittelpunkt stellen will.

Das Interview führte Alexander Heinrich.

Roderich Kiesewetter ist Obmann der CDU/CSU-Fraktion im Auswärtigen Ausschuss. Der Oberst a.D. ist seit 2009 Mitglied des Bundestages.



Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper

PARLAMENTARISCHES PROFIL

Der Widerborst: Klaus Barthel

Wle er hinter den sieben Papierstapeln auf seinem Schreibtisch hervorlugt, müde nach Worten sucht und den Blick meist ins Irgendwo wandern lässt, sieht er nicht aus wie einer, der Sätze scharf wie Rasierklingen spricht. Doch dann huscht ein spitzbübisches Lächeln entlang seiner tiefen Furchen um die Mundwinkel, und in zwei Atemzügen fertigt er mal kurz den Bundespräsidenten und die Bundesverteidigungsministerin ab. „Die Äußerungen Joachim Gaucks enthalten eine völlig kurzschlüssige Botschaft, wenn sie Verantwortung mit militärischem Engagement gleichsetzen.“ Und Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen (CDU)? „Die macht sich nicht die Mühe, eine zivile Perspektive einzunehmen. Vermutlich hat sie dazu keine Zeit.“ Es ist Mittwochmittag, eigentlich steht der Jahreswirtschaftsbericht der Bundesregierung an, und Barthel – stellvertretender Vorsitzender des Wirtschaftsausschusses – muss sich durch einen Aktenberg fräsen. Doch dann ist da morgen mal wieder Afghanistan: Das Parlament diskutiert den Einsatz der Bundeswehr, und Barthel gibt sich widerborstig. „Ich werde wie früher gegen eine Verlängerung des Mandats stimmen. Das militärische Engagement war von Anfang an ein Fehler.“ Barthel ist in der SPD ein Linker. Gern spricht er wie Gauck über Verantwortung. Aber bei der kommt für ihn militärische Aktion stets als letzte aller Optionen. „Der Bundespräsident hätte ja mal darlegen können, wie er Verantwortung mit militärischem Eingreifen verbindet. Aber dazu sagt er bisher nichts.“ Verantwortung be-

deute für ihn, die Situation und Strukturen eines Landes und der Region zu begreifen. Heißt: Bevor er über Bundeswehrsoldaten in Afrika diskutiert, will der 58-Jährige erörtern, warum die EU den Kontinent mit subventionierten Agrargütern überschwemmt und dessen Entwicklung hemmt, dass Riesenkutter aus Europa afrikanische Gewässer leer fischen und der von den Industrieländern stark geprägte Klimawandel in Afrika besonders wütet.



© picture-alliance/dpa

»Das militärische Engagement der Bundeswehr in Afghanistan war von Anfang an ein Fehler.«

Und nein, SPD-Fraktionschef Klaus Oppermann hat noch nicht an seine Tür geklopft, um ihn auf Linie zu bringen. Barthel ist indes einer, der häufig gegen den Strich bürstet. Auf Eigenständigkeit pocht. Typisch bayerisch? Wieder ein Grinsen. „Es kann schon sein, dass wir oft unseren eigenen Weg gehen.“ Auf seiner Webseite umschreibt Barthel sein Anliegen. „für das Oberland und Oberbayern eine gute Politik zu machen.“ „Der Freistaat war eine linke Idee gewesen“, verweist Barthel auf eine Tradition in Bayern, die vergessen scheint, auf Widerstandsbe- wegungen für Freiheit und soziale Gerechtigkeit. „Die CSU ver-

steht es genial, uns diese Tradition wegzunehmen und auf ihre Mühlen zu lenken.“ Und nun ist er in Fahrt. „Wir haben uns zu wenig gewehrt.“ Wer, schiebt er schmallippig hinterher, habe von der Leyen wegen ihres Vorstoßes für mehr Auslandseinsätze der Bundeswehr kritisiert? „Der Peter Gauweiler von der CSU war das!“ Jetzt ärgert er sich, schaltet den Fernseher aus, der halbstumm lief. Das Ärgern hat er von früher. Der Bub einer arbeitslosen Lehrerin („weil sie nicht aus Bayern kam“) und eines Historikers, der als freier Journalist für kleinere Blätter schrieb, wuchs er in einem sozialdemokratischen, „sehr geordneten“ Arbeitermilieu auf, in Moosach, einer Mietskasernen, gerade 52 Quadratmeter für die vierköpfige Familie. Als einer der wenigen seines Kiezes schaffte er es aufs Gymnasium – und stieß sich am Eliedenken und an der Auslese. „Anfangs waren wir 45 Schüler in einer Klasse. Am Ende machten 17 von denen Abitur.“ Er fing an, sich für Bildung zu interessieren, und dafür, wie man sie besser macht. Klaus Barthel studierte Politik, Soziologie und Geschichte, kam über seine Studentenjobs auf der Baustelle, als Hilfschaufmeister und Briefzusteller zur Gewerkschaft – wurde dort Sekretär. Dass er mal Bundestagsabgeordneter wird, davon habe er nicht geträumt, „meine Kandidatur sollte in der konservativen Trachten-SPD ein Gegensignal setzen“. 1994 rutschte er dann überraschend hinein, „der Landeswahlleiter überrumpelte mich damit am nächsten Mittag“. Und dann blieb er. Jan Rübel

DasParlament

Herausgeber Deutscher Bundestag  
Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Mit der ständigen Beilage  
Aus Politik und Zeitgeschichte  
ISSN 0479-611 x  
(verantwortlich: Bundeszentrale für politische Bildung)

Anschrift der Redaktion  
(außer Beilage)  
Platz der Republik 1, 11011 Berlin  
Telefon (0 30) 2 27-3 05 15,  
Telefax (0 30) 2 27-3 65 24

Internet:  
<http://www.das-parlament.de>  
E-Mail:  
redaktion.das-parlament@  
bundestag.de

Chefredakteur  
Jörg Biallas (jbi)

Verantwortliche Redakteure  
Dr. Bernard Bode (bob)  
Claudia Heine (che)  
Alexander Heinrich (ah), stellv. Cvd  
Michael Klein (mik)  
Claus Peter Kosfeld (pk)  
Hans Krump (kru), Cvd  
Hans-Jürgen Leersch (hle)  
Johanna Metz (joh)  
Helmut Stoltenberg (sto)  
Alexander Weinlein (aw)

Fotos  
Stephan Roters

Redaktionsschluss  
14. Februar 2014

Druck und Layout  
Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH  
Kuhseisenstraße 4-6  
64546 Mörfelden-Walldorf

Anzeigen-/Vertriebsleitung  
Frankfurter Societäts-Medien GmbH  
Klaus Hofmann (verantw.)  
Frankenallee 71-81  
60327 Frankfurt am Main

Leserservice/Abonnement  
Frankfurter Societäts-Medien GmbH  
Vertriebsabteilung Das Parlament  
Frankenallee 71-81  
60327 Frankfurt am Main  
Telefon (0 69) 75 01-42 53  
Telefax (0 69) 75 01-45 02  
E-Mail: parlament@fs-medien.de

Anzeigenverkauf  
Frankfurter Societäts-Medien GmbH  
Karin Kortmann  
Frankenallee 71-81  
60327 Frankfurt am Main  
Telefon (0 69) 75 01-43 75  
Telefax (0 69) 75 01-45 02  
E-Mail: karin.kortmann@fs-medien.de

Anzeigenverwaltung, Disposition  
Zeitungsanzeigengesellschaft  
RheinMainMedia mbH  
Andreas Schröder  
Frankenallee 71-81  
60327 Frankfurt am Main  
Telefon (0 69) 75 01-41 33  
Telefax (0 69) 75 01-41 34  
E-Mail: parlament@rheinmainmedia.de

Abonnement  
Jahresabonnement 25,80 €; für  
Schüler, Studenten und Auszubildende  
(Nachweis erforderlich) 13,80 €  
(im Ausland zuzüglich Versandkosten)  
Alle Preise inkl. 7% MwSt.  
Kündigung jeweils drei Wochen vor  
Ablauf des Berechnungszeitraums.  
Ein kostenloses Probeabonnement für  
vier Ausgaben kann bei unserer  
Vertriebsabteilung angefordert werden.

Namentlich gekennzeichnete Artikel  
stellen nicht unbedingt die Meinung  
der Redaktion dar. Für unerwartete  
Einsendungen wird keine Haftung  
übernommen. Nachdruck nur mit  
Genehmigung der Redaktion.  
Für Unterzwecke können Kopien  
in Klassenstärke angefertigt werden.

„Das Parlament“  
ist Mitglied der  
Informationsgesellschaft  
zur Feststellung  
der Verbreitung von  
Werbetätigen e.V. (IVW)

Für die Herstellung der Wochenzeitung  
„Das Parlament“ wird ausschließlich  
Recycling-Papier verwendet.





Zwei Seiten der Medaille: Bundeswehrsoldaten verteilen 2004 Spenden in Kabul (linkes Bild); Trauer um einen bei Kundus gefallenen Kameraden im Jahre 2011 (rechtes Bild). Bundespräsident Joachim Gauck spricht bei der Münchner Sicherheitskonferenz Ende Januar (Mitte).

# Operation Kurswechsel

**EINSÄTZE** Stärkeres Engagement in Afrika soll für eine neue Sicherheitspolitik stehen. Manches erinnert an die Anfänge in Afghanistan

Vor zehn Jahren wurden in Kundus die ersten deutschen Soldaten stationiert. Statt in der seinerseits noch relativ friedlichen Hauptstadt Kabul sollte die Bundeswehr als Teil der »Internationalen Sicherheitsunterstützungstruppe für Afghanistan« (ISAF) nun erstmals auch im noch unkämpften Rest des Landes Präsenz zeigen. Die Amerikaner baten um Entlastung – vor allem weil durch den Einmarsch im Irak dort immer mehr ihrer Truppen gebunden waren. Verkauft wurde Öffentlichkeit und Parlament der Einsatz nicht als Militäroperation, sondern als innovativer, zivil-militärischer Ansatz zur Konfliktlösung. In dem »Regionalen Wiederaufbauteam«, wie das Camp in Kundus offiziell hieß, sollten zivile Aufbauhelfer unter dem Schutz der Bundeswehr arbeiten. Von einem Kampfeinsatz sprach niemand. Gerade einmal 150 deutsche Soldaten wurden anfangs nach Kundus geschickt.

**Parallelen** Zehn Jahre später. Ein anderer Kontinent und eine völlig andere Lage. Und doch klingt im Falle Malis manches vertraut. Wieder geht es um eine vermeintlich ungefährliche Mission in einem vermeintlich ungefährlichen Umfeld. Auch diesmal geht es darum, die Beziehungen zu einem engen Verbündeten aufzufrischen. Und wieder geht es nur um ein paar hundert Soldaten – eine geringe Zahl verglichen mit den tausenden französischen und afrikanischen Soldaten, die dort bereits im Einsatz sind. Bislang durften hier laut Bundestagsbeschluss bis zu 180 Soldaten im Rahmen der EU-Trainingsmission für malische Soldaten

eingesetzt werden, demnächst sollen es 250 sein (siehe auch Seite 1). Der Einsatzraum ist weiterhin auf den nicht unkämpften Süden des Landes begrenzt (18/437). Für die vom UN-Sicherheitsrat abgesegnete Operation MINUSMA, dem eigentlichen Kampfeinsatz in Mali, darf die Bundesregierung weitere 150 Soldaten zur Verfügung stellen (17/12368), beteiligen darf sich die Bundeswehr allerdings nur indirekt: durch den Transport von Truppen nach und innerhalb Malis sowie zeitweise durch die Luftbetankung französischer Kampfflotten. Stationiert ist die Luftwaffe sicherheits-halber außerhalb Malis, im benachbarten Senegal. Die geringfügige Aufstockung des Mandats allein hätte wohl kaum für große Aufregung gesorgt, wäre da nicht das vermeintliche Vorsprechen von Außenminister, Verteidigungsministerin und Bundespräsident bei der grundsätzlichen Frage nach dem Ausmaß und der Zielrichtung künftiger Bundeswehr-Einsätze gewesen. Die Mission in Mali sollte ein Zeichen setzen. »So richtig eine Politik militärischer Zurückhaltung ist, so darf sie nicht missverstanden werden als eine Philosophie des Heraushaltens«, formulierte Außenminister Frank-Walter Steinmeier (SPD) in einem Zeitungsinterview kurz vor der Münchner Sicherheitskonferenz. Deutschland sei, »zu groß, um Weltpolitik nur zu kommentieren.«

In ihrer ersten Grundsatzrede zu den Aufgaben der Bundeswehr ging die Verteidigungsministerin in eine ganz ähnliche Richtung. »Krisen und Konflikte appellieren an unser humanitäres Gewissen, nicht diejenigen im Stich zu lassen, die am meisten leiden«, sagte Ursula von der Leyen (CDU) in München. Daher sei »Abwarten keine Option«. Wenn Deutschland über die Mittel und Fähigkeiten

und verließen fluchtartig das Land. In der Folge musste auch die Bundeswehr ihren ersten großen Auslandseinsatz vorzeitig beenden. **Skepsis** Ob die Ausweitung des Mali-Mandats und die mögliche Verlegung von Bundeswehr-Ausbildern nach Somalia tatsächlich der Auftakt zu einer neuen Militärpolitik in Afrika sind, bleibt in der Diskussion. Wenn militärisches Eingreifen ernsthaft die Antwort auf humanitäre Desaster in Afrika sein soll, dann müsste längst ein Kontingent der Bundeswehr in Richtung Zentralafrikanische Republik unterwegs sein. Stattdessen betonte Verteidigungsministerin von der Leyen seit der Münchner Tagung immer wieder, dass sie Kampfeinsätze der Bundeswehr in Afrika ausschließt. Und ebenso auffällig schweigt Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) bislang zu den Forderungen von Gauck, Steinmeier und von der Leyen. Die Gleichsetzung von deutscher Skepsis gegenüber Militäreinsätzen mit unverantwortlicher Weltabgewandtheit, wie es Bundespräsident Gauck in München vorzutrug, scheint jedenfalls wenig Zustimmung zu finden. In einer repräsentativen Umfrage für die ARD begrüßten 52 Prozent ein stärkeres Engagement Deutschlands in der Welt. Sich dazu militärischer Mittel zu bedienen, lehnen allerdings 75 Prozent ab. Und auch im Parlament deutete sich Unbehagen an. In den Regierungsfractionen gibt es offenkundig Unmut angesichts des Vorpreschens von Außenminister und Verteidigungsministerin in Sachen Mali und Somalia.

Am anderen Ende des Kontinents ist die Bundeswehr seit mehr als zwölf Jahren im Großeinsatz: Die Entsendung der Marine ans Horn von Afrika wurde ursprünglich mit den Terroranschlägen von New York und Washington am 11. September 2001 begründet. Ab 2008 wurde aus der Anti-Terror-Operation dann eine Anti-Piraterie-Operation. Jeweils 50 deutsche Soldaten hat der Bundestag für die Einsätze in der sudanesischen Provinz Dafur und in dem seit 2011 unabhängigen Südsudan. Der größte deutsche Afrika-Einsatz mit Bodentruppen der letzten zehn Jahre fand 2006 in der Demokratischen Republik Kongo statt. Insgesamt 780 Soldaten waren zur Sicherung der Präsidentschaftswahl abgestellt. Allerdings war der größte Teil als Reserve im Nachbarland Gabun stationiert und nach nur vier Monaten wurde der Einsatz planmäßig wieder beendet – noch bevor es in dem Land dann tatsächlich zu größeren Unruhen kam. Von noch unbenannter Länge und sehr ungewissem Ausgang ist hingegen der aktuelle Somalia-Einsatz. Seit 2010 bilden Bundeswehr-Soldaten im Rahmen einer EU-Mission somalische Soldaten aus. Noch geschieht dies im Nachbarland Uganda. Jetzt erfuhren auch die Abgeordneten des Bundestages aus den Medien, dass künftig deutsche Ausbilder im Bürgerkriegsland Somalia selbst eingesetzt werden sollen. Mit wenig Begeisterung auch innerhalb der Regierungsfractionen: Das Desaster des Somalia-Einsatzes Anfang 1994 ist nicht vergessen. Damals bekamen selbst US-Truppen die Situation nicht unter Kontrolle

lia. Abgeordnete aus SPD und Union lassen sich damit zitieren, größeres Engagement müsse ja nicht notwendigerweise mehr Militär heißen. Überraschend deutlich meldete sich dazu der ehemals oberste Richter der Republik zu Wort. Er halte es im Augenblick für wichtiger, »die erfolgten oder noch andauernden Einsätze zunächst einmal zu bewerten, zu analysieren und sich zu fragen, was bei künftigen Einsätzen bedacht werden müsste«, kommentierte Hans-Jürgen Papier, von 2002 bis 2010 Präsident des Bundesverfassungsgerichts, die Äußerungen von Gauck, Steinmeier und von der Leyen. Die Mängel bei den bisherigen Einsätzen, so analysierte Papier nüchtern, »gründen vor allem darauf, dass es an einem präzisen Konzept des Einsatzes gefehlt hatte.«

**Verschärfung** Wozu das in Afghanistan führte, ist bekannt. Lange unterschätzte Berlin die Verschärfung der Lage in der Provinz Kundus. Der viel zitierte vernetzte Ansatz stand zunächst für Planlosigkeit. Die erklärten Ziele wechselten fast jährlich. Offiziell gab es nie einen Wandel von einer Schutzmission zu einem riskanten Kampfeinsatz – es passierte einfach. Eine Exit-Strategie lag nicht bereit. Aus dem gemütlichen Kundus wurde bald der Ort, der wie kein anderer die ersten deutschen Kampfeinsätze seit 1945 für den Tod von Bundeswehr-Soldaten steht. *Eric Chauvistré*

Der Autor ist freier Journalist und Militärexperte.

**Parlamännchen**  
Politik für Kinder

**Afghanistan**

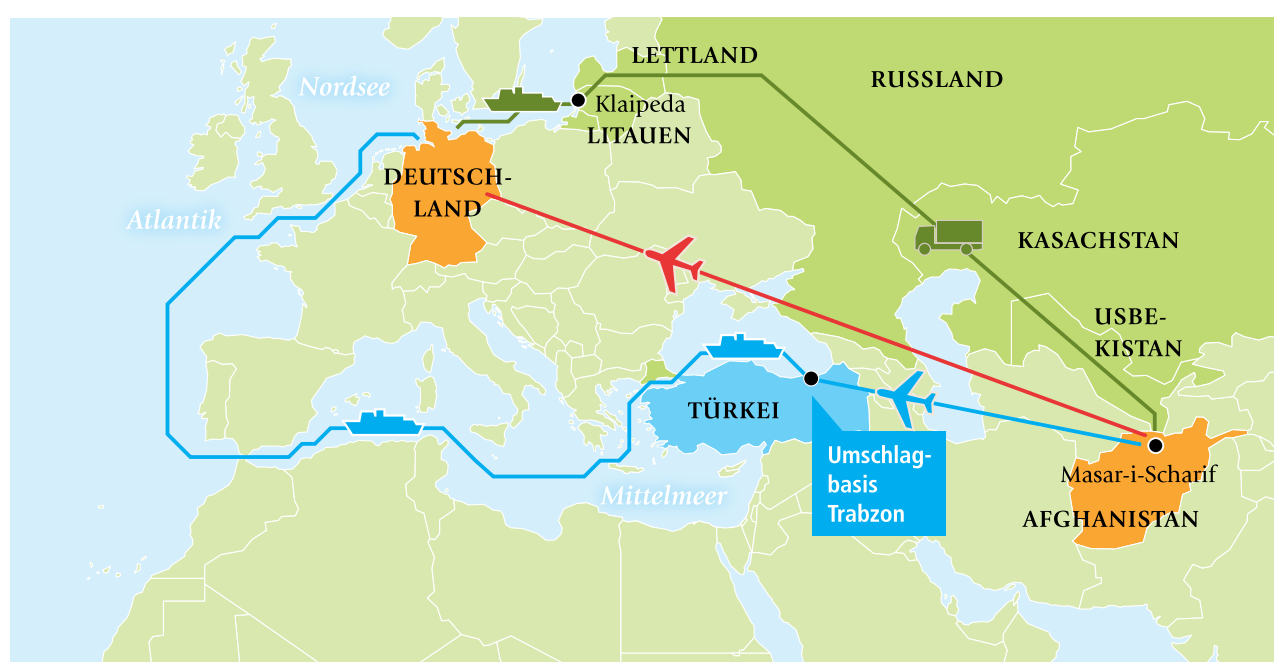
Afghanistan ist ein Land in Asien. Es liegt 4.000 Kilometer von uns entfernt und ist doppelt so groß wie Deutschland. Die Hauptstadt heißt Kabul. Es gibt hier schon seit 30 Jahren keinen Frieden mehr. Bis 2001 haben die Taliban das Land beherrscht. Es galten sehr strenge religiöse Regeln. Außerdem versteckten sich Terroristen in dem Land. Amerika und andere Länder haben deshalb Afghanistan angegriffen und die Herrschaft der Taliban beendet. Seitdem sind auch deutsche Soldaten dort. Sie sollen für Sicherheit sorgen, damit das Land wieder aufgebaut werden kann. Bald soll die afghanische Armee diese Aufgabe übernehmen. Dann können die deutschen Soldaten zurück nach Hause kommen.

verfüge, so die Ministerin weiter, »dann haben wir auch eine Verantwortung, uns zu engagieren«. Aufmerksamkeit bekamen die Forderungen der beiden Kabinettsmitglieder vor allem durch die Rede des Bundespräsidenten auf derselben Tagung. »Welche Rolle wollen wir in den Krisen ferner Weltregionen spielen?«

## Abzug aus Afghanistan

Ende 2014 soll die Bundeswehr ihren Kampfeinsatz in Afghanistan beenden. Rund 1.200 Fahrzeuge und 4.800 Container Material müssen zurück nach Deutschland. Das sind die wichtigsten Transportrouten:

- Türkei-Route**  
85% des Materials  
Ausrüstung, Fahrzeuge
- Landweg**  
10%  
Ausrüstung, Fahrzeuge
- Direktflug**  
5%  
sicherheitsrelevantes Material (Waffen, bewaffnete Flugzeuge)

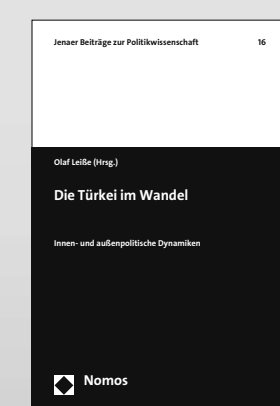


Quelle: Bundeswehr Grafikquelle: dpa+18869 (ediert) schematische Darstellung

Anzeige

## Innen- und Außenpolitik der Türkei

Eine politische und gesellschaftliche Bestandsaufnahme

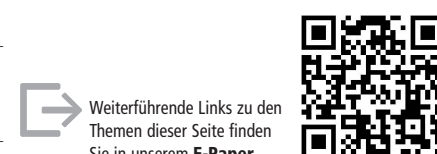


**Die Türkei im Wandel**  
Innen- und außenpolitische Dynamiken  
Herausgegeben von Olaf Leiß  
2013, 497 S., geb., 84,- €  
ISBN 978-3-8329-7356-8  
(Jenaer Beiträge zur Politikwissenschaft, Bd. 16)



Die wiederholten Demonstrationen gegen die Regierung Erdogan zeigen die politische und gesellschaftliche Zerrissenheit der Türkei. Das Land ist in wesentlichen Fragen tief gespalten. Die Autoren liefern in Ihren Beiträgen eine umfassende Analyse der innen- und außenpolitischen Lage des Landes vor dem Hintergrund eines möglichen Beitritts zur Europäischen Union.

Bestellen Sie jetzt telefonisch unter 07221/2104-37.  
Portofreie Buch-Bestellungen unter  
[www.nomos-shop.de/14519](http://www.nomos-shop.de/14519)





**W**ladimir Putin hatte sich vor den Olympischen Spielen in Sotschi großzügig gezeigt. Homosexuelle, betonte der russische Präsident bei einem Treffen mit freiwilligen Olympia-Helfern, seien in Sotschi willkommen. Sie müssten jedoch die Kinder in Ruhe lassen. Zuvor hatte die russische Staatsduma im Sommer 2013 ein Gesetz verabschiedet, welches die „Propaganda nicht-traditioneller Beziehungen“ unter Strafe stellt. Zudem verbot sie Demonstrationen gegen die Diskriminierung von Menschen nicht-heterosexueller Orientierung. Diese Vorgänge haben die Grünen-Fraktion im Bundestag eine Entscheidung fällen lassen: Wir fahren nicht zu Olympia nach Sotschi. „Er herrscht ein himmelweiter Unterschied zwischen den hohen Zielen der olympischen Bewegung, die in der Charta jede Form von Diskriminierung verbietet, und den tatsächlichen Zuständen in Russland“, begründete die Abgeordnete Monika Lazar den Schritt ihrer Fraktion am Donnerstag im Plenum. Thema der Debatte waren die „Menschen- und Bürgerrechte im Sport“. „Für uns macht eine Reise nach Sotschi während der Olympischen Spiele keinen Sinn, da keine Möglichkeit besteht, sich mit kritischen Stimmen in Russland zu treffen“, sagte Lazar. Diese Personen bekämen entweder keinen Zugang zum olympischen Gelände oder säßen gar im Gefängnis. Für die „Putin-Spiele“ stehe ihre Fraktion nicht zur Verfügung.

**Miteinander reden** Diese Haltung stieß auf Kritik bei den anderen Fraktionen. Ein Boykott sei nicht zielführend, sagte der Unionsabgeordnete Frank Steffel in der Debatte. Und auch Andre Hahn von den Linken bedauerte, dass die Grünen nicht nach Sotschi fahren würden. Miteinander zu reden sei besser als übereinander zu reden, befand er. „Boykotte bringen wenig bis gar nichts; sie schaden aber immer, in jedem Fall dem Sport“, sagte Hahn. Er habe in der aktuellen Mediendiskussion manchmal den Eindruck, dass die sportlichen Leistungen der Athleten, „die bei Olympia vielleicht den Höhepunkt ihrer Laufbahn erleben“, in den Hintergrund gerieten. „Das haben die Sportler nicht verdient“, betonte Hahn. Seine Fraktionskollegin Katrin Kunert habe vor Ort ein Zeichen gesetzt: Mit der Regenbogenfahne während der Eröffnungsfeier habe sie „wahrhaftig Flagge gezeigt“. Sowohl Hahn als auch Steffel kritisierten die Grünen für ihr Ansinnen, einen kurzfristig vorgelegten Antrag (18/494) zum Thema sofort abstimmen zu lassen. Eine breite Diskussion im Sportausschuss hätte dem Anliegen mehr gedient, lautete ihre Einschätzung, der sich auch der SPD-Abgeordnete Detlev Pilger anschloss. Das „Hauruck-Verfahren“ sei falsch, urteilte er. Ein solch wichtiges Thema brauche mehr Zeit und müsse „fundiert angegangen werden“. Ebenso wie die Union könne auch seine Fraktion der Vorlage daher – trotz manch inhaltlicher Übereinstimmung – nicht zustimmen. Die Linksfraktion votierte hingegen trotz ihrer Bedenken hinsichtlich des Verfahrens für den Antrag, „da wir wissen, dass die von Homophobie und Ausgrenzung Betroffenen für derartige Verfahrensstreitigkeiten wenig

# Mehr als Sport und Spiele

**MENSCHENRECHTE** Fraktionen streiten über den Nutzen eines Boykotts der Olympischen Spiele in Sotschi



Schon vor Beginn der Olympischen Winterspiele in Sotschi gab es – wie hier in Paris – Proteste gegen Menschenrechtsverletzungen.

Verständnis haben, sondern klare politische Zeichen erwarten.“ In der Vorlage fordern die Grünen von der Bundesregierung unter anderem, „jede Einschränkung von Bürgerrechten für Lesben, Schwule, Bisexuelle und Transgender – kurz LGBT – bei Sportgroßereignissen, Olympischen und Paralympischen Spielen öffentlich zu benennen und zu kritisieren und aktuell auf die russische Regierung entsprechend einzuwirken“. Auch solle die Bundesregierung die eingeschränkten Möglichkeiten des Protests während der Olympischen Spiele gegenüber der russischen Regierung thematisieren und sich dafür einsetzen, dass Menschen in unmittelbarer

Nähe der olympischen Stätten für die Anliegen von LGBT demonstrieren dürfen. „Die Bundesregierung ist in der Pflicht“, betonte Monika Lazar während der Debatte. Gleichzeitig zeigte sie sich enttäuscht von Innenminister Thomas de Maizière (CDU). Dieser habe sich im Sportausschuss dahingehend geäußert, dass die Olympischen Spiele der falsche Ort seien, um auf Menschen- und Bürgerrechtsstandards zu drängen. „Die Olympischen Spiele sind genau der richtige Ort, um dies zu tun“, befand hingegen Lazar. „Sport und Politik sind untrennbar miteinander verbunden.“ Ihr dränge sich der Eindruck auf, dass die Union kein Interesse an dem Thema habe.

Frank Steffel sprang de Maizière zur Seite. Der Minister habe sich im Sportausschuss sehr differenziert zu dem geäußert, was er in Sotschi tun werde und klar Position bezogen. Er habe darauf aufmerksam gemacht, dass er sich bei seinen Russland-Aufenthalten sehr wohl mit Regime-Kritikern und Vertretern von Menschenrechtsgruppen treffe. De Maizière sei aber der Auffassung, „dass das ohne Scheinwerferlicht zielführender ist als mit“. Diese Ansicht teile er, betonte Steffel und fügte überzeugt hinzu: Der Minister werde „wahrscheinlich in der Sache mehr bewegen, als durch manch schrilles Argument, das wir über die Zeitungen austauschen“.

Götz Hauding

## Zuspruch aus Israel für Schulz



Martin Schulz (SPD)

**NAHOST** EU-Parlamentspräsident Martin Schulz (SPD) hat für seine scharf attackierte Rede vor der Knesset in der vergangenen Woche nachträglich Zuspruch aus Israel erhalten. So sprach die linksliberale Zeitung „Haaretz“ von einem „Tiefpunkt“ der politischen Kultur in der Knesset. Die konservative Tageszeitung „Maariv“ stellte fest: „Der EU-Parlamentspräsident ist kein Feind Israels – er will, dass es blüht und gedeiht“. Der frühere israelische Botschafter in Deutschland, Avi Primor, erklärte, die Attacken rührten daher, dass „die rechtsextremistischen Israelis, die Siedlerparteien und die religiösen Parteien die Europäer fürchten“, weil diese sich für eine Zwei-Staaten-Lösung einsetzen. Abgeordnete der siedlernahen Partei „Jüdisches Haus“ hatten während Schulz' Rede das Plenum laut protestierend verlassen, als sich Schulz in seiner auf Deutsch gehaltenen Rede kritisch zum Bau israelischer Siedlungen im Westjordanland, zur Blockade des Gaza-Streifens und zur Aufteilung von Trinkwasser äußerte. Schulz selbst erklärte danach: „Ich war verpflichtet, die Position des EU-Parlaments darzulegen. Ich kann natürlich nicht nur die Dinge sagen, die allen gefallen. Ich muss auch die konfliktträchtigen Dinge vortragen.“

job

## Kern der Sache bleibt im Dunkeln

**EU-PARLAMENT** Untersuchung zur NSA-Affäre ohne neue Erkenntnisse abgeschlossen

Die mit großem Anspruch gestartete Untersuchung des Europäischen Parlaments (EP) zur NSA-Spähaffäre ist mit wenig konkreten Ergebnissen zu Ende gegangen. Nach 15 Anhörungen in sechs Monaten haben die Abgeordneten des Innenausschusses vergangene Woche die Aussetzung des Safe-Harbour-Abkommens gefordert, das US-Unternehmen erlaubt, die Daten ihrer europäischen Kunden in die USA zu übermitteln. Ein Antrag des grünen Abgeordneten Jan Philipp Albrecht, die Mitgliedstaaten zu Zeugenschutz oder Asyl für Edward Snowden verpflichten, fand dagegen keine Mehrheit. Das Plenum des Europäischen Parlaments wird am 12. März in Straßburg über den NSA-Bericht abstimmen. Albrecht will dann seinen Antrag erneut einbringen, es ist jedoch unwahrscheinlich, dass sich eine Mehrheit dafür findet. Konservative und Sozialdemokraten lehnen das Ansinnen des Grünen ab. „Die linksorientierten Fraktionen betreiben Personenkult und sind viel besorgter um den Schutz von Edward Snowden als um den ihrer eigenen Bürger“, kritisierte der CDU-Abgeordnete Axel Voss. Albrecht hatte argumentiert, dass nur eine Befragung Snowdens Gewissheit über die NSA-Aktivitäten liefern würde. Snowden, der sich in Russland aufhält, hatte aus Sicherheitsgründen aber eine persönliche Befragung in Brüssel oder eine Live-Schaltung stets abgelehnt.

**Kaum Kooperation** Die Ergebnisse der Untersuchung interpretierten Abgeordnete unterschiedlich. Albrecht betont, die Brüsseler Bemühungen hätten immerhin die öffentliche Aufmerksamkeit für Fragen der Datensicherheit erhöht. Der CDU-Abgeordnete Axel Voss gestand dagegen ein, dass sich der Erkenntnisgewinn in engen Grenzen hielt: „Der Kern der Sache bleibt leider im Dunkeln.“ Er führte die geringe Ausbeute darauf zurück, dass Nachrichtendienste und andere staatl-



Asyl für Edward Snowden? Diese Forderung fand im EP keine Mehrheit.

che Stellen sich geweigert hatten, dem Europäischen Parlament Rede und Antwort zu stehen. Zu jenen, die eine Absage erteilten, gehörte auch der Bundesnachrichtendienst. Somit konnte sich der Ausschuss nur indirekt auf die Snowden-Dokumente stützen und auf Aussagen anderer Whistleblower. Die Kernforderung des Europäischen Parlaments, das Safe-Harbour-Abkommen auszusetzen, wird ohne Konsequenzen bleiben. Die Kommission kann über die Abmachungen mit den USA nämlich alleine entscheiden und dürfte sich von dem Ansinnen der Abgeordneten wenig beeindrucken lassen. EU-Kommissarin Viviane Reding hatte die USA im November aufgefordert, bis zum Sommer 13 Schwachstellen bei der Umsetzung der Safe-Harbour-Prinzipien zu beseitigen. Der Innenausschuss des Europäischen Parlaments sah davon ab, einen Abbruch der Verhandlungen mit den USA über ein Freihandelsabkommen (TTIP) zu fordern. Als die

NSA-Affäre im vergangenen Jahr bekannt wurde, hatten einzelne Abgeordnete dies ins Gespräch gebracht. Doch nun einigten sich die Europaparlamentarier auf die weitaus gemäßigtere Formel, die Verhandlungen weiter laufen zu lassen, die Ratifizierung jedoch zu verweigern, wenn die „großflächige Auspähung“ durch die NSA nicht „vollständig gestoppt“ sei. Die Abgeordneten sprachen sich auch dafür aus, das Thema Datenschutz aus den Freihandelsverhandlungen herauszuziehen. Diese Haltung deckt sich mit dem Ansatz der EU-Kommission. Der Innenausschuss wiederholte außerdem die Position, wonach die EU das Swift-Abkommen aussetzen sollte, das den USA den Zugriff auf europäische Bankdaten ermöglicht. Die Abgeordneten fordern die EU-Kommission auf, einen Gesetzesvorschlag für ein europäisches Programm zum Schutz von Whistleblowern wie Edward Snowden auszuarbeiten. Außerdem sollen die EU-Mitgliedstaaten Möglichkeiten prüfen, wie sie Whistleblowern Schutz vor internationaler Verfolgung bieten können. EU-Mitgliedsländer sollten aber nicht bilateral mit den USA Antispyingabkommen abschließen, betonten die EU-Abgeordneten. Sie werten dies als „kontraproduktiv und irrelevant, da das Problem auf europäischer Ebene gelöst werden muss“.

Die Europaabgeordneten sehen ihre Untersuchung als Beginn weiterer Ermittlungen in den Mitgliedstaaten. „Die Untersuchung im EP kann erst der Anfang einer Aufklärung im Fall der Überwachungskandale sein“, sagt der Grünen-Abgeordnete Albrecht. „Nun sind die nationalen Parlamente und Regierungen der EU am Zug.“ Dass die tatsächlich aktiv würden, zeichnet sich bisher allerdings nicht ab.

Silke Wettsch

Die Autorin ist Korrespondentin der „Wirtschaftswoche“ in Brüssel.

## AUS PLENUM UND AUSSCHÜSSEN

### Kritische Lage in Zentralafrika

**MENSCHENRECHTE** Die humanitäre Lage und die Sicherheitsituation in der Zentralafrikanischen Republik bleiben weiterhin kritisch. Millionen Menschen sind auf der Flucht und auf Nahrungsmittelieferungen angewiesen. Das sagte ein Vertreter des Auswärtigen Amtes vergangene Woche im Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe im Bundestag. Insgesamt sei die Lage im Land sehr fragil und unübersichtlich. Sichere Informationen lägen nur über die Hauptstadt Bangui vor, die von den Truppen der französischen Armee und der Afrikanischen Union, die mit ihrer Eingreiftruppe MISA vor Ort sind, kontrolliert würde. Die Anzahl der Soldaten sei aber noch zu schwach, um das ganze Land zu sichern. Innenpolitisch habe sich die Situation durch die Wahl von Catherine Samba-Panza zur Übergangspräsidentin et-

was stabilisiert, sagte der Regierungsvertreter. In der ganzen Zentralafrikanischen Republik gebe es aber kein einziges funktionierendes Krankenhaus. Zwei Jahre habe es schon keinen Schulunterricht mehr gegeben. Wichtigstes Ziel sei es nun, die Sicherheitslage zu stabilisieren. Laut Vereinten Nationen sei es erforderlich, den MISA-Einsatz der Afrikanischen Union auf bis zu 10.000 Mann zu erhöhen. Zudem gebe es Überlegungen, das bisherige EU-Mandat Eufor RCA, über das die französische Armee im Land ist, in ein UN-Mandat umzuwandeln. Es werde jedoch zu keinem Einsatz deutscher Soldaten vor Ort kommen, betonte der Regierungsvertreter. Eine mögliche deutsche Beteiligung an einer Überbrückungsmission prüfe die Bundesregierung gerade.

jbb

### Mehr Kooperation mit Togo

**ENTWICKLUNG** Der togoische Außenminister Robert Dussey hat für eine vertiefte Zusammenarbeit mit Deutschland geworben. „Togo ist heute ein befriedetes Land“, das eine klare Vision für seine weitere Entwicklung habe, sagte der Minister vergangene Woche im Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. „Dafür sind wir selbst verantwortlich“, man brauche auf diesem Wege aber Unterstützung. Dussey verwies auf das seit 2012 bestehende nationale Wachstums- und Entwicklungsprogramm SCAPE, das unter anderem auf die Armutsbekämpfung, die Schaffung von Arbeitsplätzen und Verbesserungen unter anderem in den Bereichen Gesundheit, Bildung und Landwirtschaft zielt und das beim Internationalen Währungsfonds und bei den Vereinten Nationen Unterstützung gefunden hätte. Fortschritte gebe es zudem bei der Korruptionsbe-

kämpfung, dem Aufbau einer effizienten Verwaltung und der Kontrolle und Bündelung der staatlichen Einnahmen. Die international als frei und fair bewerteten Parlamentswahlen im Jahr 2013 seien ein wichtiger Schritt für den Demokratisierungsprozess Togos. Große Bedeutung komme dem Tiefwasserhafen der Hauptstadt Lomé am Golf von Guinea zu, der laut Dussey der größte und sicherste der Region sei. Nach einer vier Jahrzehnte währenden Diktatur in Togo hat die Bundesrepublik die Zusammenarbeit im Jahr 2012 wieder aufgenommen. 2013 beliefen sich laut Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung die deutschen EZ-Mittel auf insgesamt 17,25 Millionen Euro. Schwerpunkte liegen in den Bereichen gute Regierungsführung, Dezentralisierung, ländliche Entwicklung sowie Berufsbildung und Jugendbeschäftigung.

ah

## »Ein beispielhafter Text«

**TUNESIEN** Bundestagspräsident Lammert lobt neue Verfassung

Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU) hat den Tunesiern zu ihrer neuen Verfassung gratuliert und ihnen für ihre weitere demokratische Zukunft „viel Kraft und Erfolg“ gewünscht. „Heute ist ein großer Tag für Tunesien“, sagte der Präsident Anfang Februar in der Hauptstadt Tunis. Mit seiner Verfassung habe das Land „einen erstaunlichen und beispielhaften Text beschlossen, und das mit überwältigender Mehrheit“. Lammert war auf Einladung des Präsidenten der Verfassungsgebenden Versammlung, Mustapha Ben Jaafar, nach Tunis gekommen, um die Bundesrepublik bei den Feierlichkeiten anlässlich der Verabschiedung der neuen Verfassung zu vertreten. Auf der Zeremonie sprach der Bundestagspräsident von einem „ebenso erstaunlichen wie erfolgreichen Weg“, den das Land in den vergangenen beiden Jahren zurückgelegt habe.

Dafür gebe es in dieser Zeit kaum sonstwo auf der Welt ein vergleichbares Vorgang. „Die vielleicht wichtigste Tugend aller Demokratien ist die Kompromissfähigkeit“, fügte Lammert hinzu. Ohne die Bereitschaft und Fähigkeit zum Kompromiss wäre diese Verfassung nicht zustande gekommen und ohne sie könne es keine lebendige und stabile Demokratie geben, betonte er. Lammert ermunterte die Tunesier zugleich, diesen Weg weiterzugehen. Es gelte jetzt, den beispielhaften Text in eine ebenso beispielhafte politische und gesellschaftliche Wirklichkeit umzusetzen. Wenn es Tunesien gelinge, mit einer gelebten Verfassung den Nachweis zu führen, dass der Islam und die Demokratie tatsächlich miteinander vereinbar seien, dann sei der tunesische Weg „ein Ereignis von globaler historischer Bedeutung“.

johrim

## Frage von Leben oder Tod

**BELGIEN** Sterbehilfe für kranke Minderjährige künftig erlaubt

Es war ein ungewöhnlicher Moment im belgischen Parlamentarismus. Als sich die 142 anwesenden Abgeordneten anschickten, über das Gesetz zur Sterbehilfe für unheilbar kranke Minderjährige abzustimmen, kam von der Zuschauertribüne der Schrei: „Mörder!“ Ob dies den einen oder anderen Abgeordneten noch zweifeln ließ, ist nicht überliefert. Mit 86 zu 44 Stimmen bei zwölf Enthaltungen wurde das Gesetz gebilligt, das dem Königreich einen neuen Ruf beschert: Belgien ist das erste Land, das die dort seit 2002 für Erwachsene mögliche „Tötung auf Verlangen“ auch für Minderjährige ohne jegliche Altersuntergrenze zulassen wird. Möglich wurde das Gesetz durch das, was im deutschsprachigen Ostbelgien als „Wechselmehrheit“ bezeichnet wird. Da die Abgeordneten gemeinsam mit Sozialisten und Liberalen seit Ende 2011 regierenden Christlichen Demokraten ihre Zustimmung verweigerten, bedurfte es der Unterstützung aus den Reihen der nationalistischen Neuen Flämischen Allianz (N-VA) sowie der Grünen.

**Kein Mindestalter** In den Niederlanden, neben Belgien, Luxemburg und der Schweiz Vorreiter bei der Sterbehilfe für Erwachsene, gilt seit 2004 eine gesetzlich nicht festgeschriebene Mindestgrenze von zwölf Jahren. Die Befürworter der Neuregelung in Belgien lehnen dies mit dem Argument ab, dass unheilbar kranke Kinder ihre – aussichtslose – Lage oft gut ertragen könnten und daher bei dem im Gesetz festgehaltenen Kriterium der „Urteilsfähigkeit“ das Alter nicht entscheidend sei. Einem Antrag auf Sterbehilfe bei Kindern darf nur stattgegeben werden, wenn der behandelnde und ein weiterer Arzt sowie

ein Jugendpsychiater oder -psychologe dies befürworten. Zudem müssen die Eltern schriftlich einwilligen.

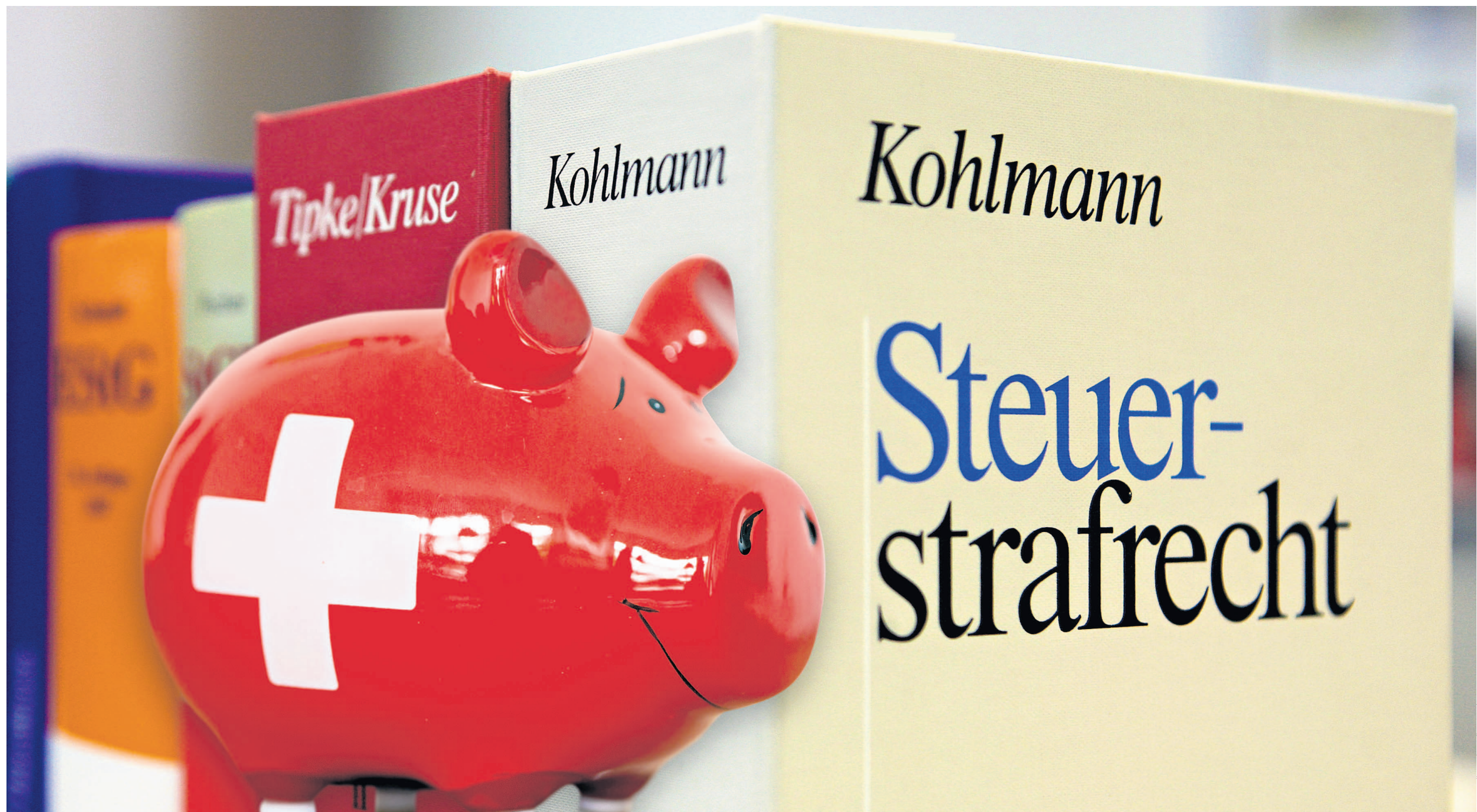
**Schnelles Votum** Kritiker bemängeln besonders, dass das Gesetz im Hauruckverfahren, vor der Parlamentswahl am 25. Mai, verabschiedet worden ist. Es stimmt, dass es die Abgeordnetenkammer mit dem Votum eilig hatte. Dagegen hatte es in der ersten Parlamentskammer, dem Senat, mehrere Expertenanhörungen gegeben. Dennoch hat die Debatte über das Reizthema, das vor allem außerhalb der Landesgrenzen für Empörung sorgt, in Belgien relativ wenig öffentlichen Widerhall gefunden. Erst für Anfang Februar hatte die katholische Kirche aus Protest zu einem Fastentag aufgerufen. Nach dem Votum ließ die Bischofskonferenz verlauten: „Hier wird das Verbot zu Töten überschritten, das die Grundlage unsere menschlichen Zusammenlebens bildet.“ Kurz vor der Abstimmung hatten sich noch 160 Kinderärzte mit einem besorgten Appell an die Regierung zu Wort gemeldet und sich gegen das Gesetz ausgesprochen. Sie wurden von Ständekollegen mit dem Argument abgeblüht, es gebe im Land immerhin 1.600 Kinderärzte. Erwartet wird, dass es in Belgien künftig pro Jahr rund ein Dutzend Fälle legaler Sterbehilfe für Minderjährige gibt. Es scheint aber nur eine Frage der Zeit zu sein, bis im Land die in den Hintergrund gedrängte Diskussion über Sterbehilfe für behinderte Menschen und Demenzzranke wieder aufflammend wird.

Michael Stabenow

Der Autor ist Korrespondent der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ in Brüssel.







Selbst Sparschweine in der Schweiz stoßen auf das Interesse deutscher Steuerfahnder - vorausgesetzt der Inhalt stammt aus nicht versteuerten Erträgen.

# Gewandeltes Klima

**STEUERHINTERZIEHUNG I** Bei den Finanzbehörden türmen sich die Selbstanzeigen von Gutverdienern. Hohe Nachzahlungen fällig

Das Klima hat sich gewandelt. Bisher war es in gewissen Kreisen angesagt, mit Steuertricks zu spielen. Wer da ehrlich seiner Steuerpflicht nachkam, verschwieß das lieber schamhaft, um nicht als dumm angesehen zu werden. Heute stellen sich Spitzenverdiener vor die Kameras und erklären es zur Ehrensache, ihrem Staat die ihm zustehenden Steuern zu zahlen. Wie bei jedem Klimawandel sind Ursache und Wirkung nicht leicht auszumachen, doch ein Zusammenhang mit der Krise liegt nahe. Die öffentlichen Schulden sind kräftig gestiegen und zugleich das Bewusstsein, dass diese noch künftige Generationen belasten werden. Gleichzeitig sehen die Bürger, dass an vielen Stellen im öffentlichen Raum das Geld fehlt.

Steuermachzahlungen und Strafen betragen jeweils ein Vielfaches des Kaufpreises des CD. Nachdem der Top-Manager Klaus Zumwinkel Anfang 2008 infolge eines solchen CD-Kaufs vor laufenden Fernsehkameras festgenommen worden war, fürchteten zahlreiche Steuerhinterzieher ein ähnliches Schicksal. Steueranwälte wurde die Tür eingerannt von Klienten, die von der Möglichkeit der strafbefreienden Selbstanzeige Gebrauch machen wollten.

**Gesetz verschärft** Danach bleibt straffrei, wer seine noch unentdeckte Steuerhinterziehung selbst anzeigt und die hinterzogenen Steuern zuzüglich sechs Prozent Zinsen pro Jahr nachzahlt. Aufgrund anhaltender Kritik, dass Steuerhinterzieher damit zu billig wegkämen, wurde das Gesetz 2011 verschärft. Nun sind zusätzliche fünf Prozent der hinterzogenen Summe fällig, wenn diese über 50.000 Euro pro Steuerjahr hinausgeht.

le prominenter Steuerhinterzieher an die Öffentlichkeit gelangen. Vielleicht ist die Bereitschaft von Behörden-Mitarbeitern gewachsen, solche Informationen unter Bruch des Steuergeheimnisses „durchzustecken“, vielleicht machen bestimmte Medien auch mehr Geld für derartige Informationen locker, weil sich solche Geschichten derzeit so gut verkaufen. Mit Alice Schwarzer hat es die Ikone der deutschen Frauenrechtsbewegung getroffen. Es wurde bekannt, dass sie ein Millionenvermögen unbesteuert in der Schweiz angelegt hatte. Sie hatte sich im vergangenen Jahr selbst angezeigt, um einer Strafe zu entgehen, und für die letzten zehn Jahre rund 200.000 Euro Steuern nachgezahlt.

Am 2. Februar berichtete „Der Spiegel“ darüber. Politisch bedeutsamer war die Steuerhinterziehung des Berliner Kultur-Staatssekretärs André Schmitz, die dieser bereits 2012 mit einer strafbefreienden Selbstanzeige bereinigt hatte. Der enge Vertraute des Regierenden Bürgermeisters Klaus Wowereit (SPD) reagierte mit einem schnellen Amtsverzicht auf die Veröffentlichung Anfang Februar. Bis dahin hatte ihn Wowereit im Amt belassen, obwohl er seit 2012 von der Straftat wusste. Dies wurde nun heftig kritisiert. Allerdings stellte sich schließlich der Berliner SPD-Landesvorstand am 10. Februar einstimmig hinter Wowereit. Die Fälle Schwarzer und Schmitz entfachten die politische Diskussi-

on über die strafbefreiende Selbstanzeige neu. Prominente Sozialdemokraten wie der Finanzexperte Joachim Poß, aber auch der stellvertretende Bundesvorsitzende der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft Christian Bäuml, forderten, dieses Instruments abzuschaffen. In einer aktuellen Stunde des Bundestages (siehe unten) blieb allerdings nur noch die Fraktion „Die Linke“ bei dieser Forderung. Bereits am 22. Januar war die Steuerhinterziehung von Theo Sommer bekannt geworden, und zwar ganz offiziell. Denn an diesem Tag wurde der 83-jährige langjährige Chefredakteur und Herausgeber der Wochenzeitung „Die Zeit“ in einem öffentlichen Strafprozess zu einer Bewährungsstra-

fe verurteilt. Vor Gericht begründete er die Nicht-Deklaration vieler hunderttausend Euro an Nebeneinnahmen mit Nachlässigkeit, was ihm aber nichts half. Am 6. Februar schließlich erklärte der frühere nordrhein-westfälische Finanzminister Helmut Linssen aufgrund einer Presseveröffentlichung den Verzicht auf sein Amt als Bundes-schatzmeister der CDU. Ein Steuer-Strafverfahren gegen den CDU-Politiker war zwar 2012 eingestellt worden, weil ihm nichts Unrechtes nachzuweisen war. Doch allein die Tatsache, dass er jahrelang einen hohen Geldbetrag im Ausland angelegt hatte, machte Linssen nun politisch untragbar. So, wie das Klima derzeit ist. *Peter Stützel*

**Die Krise hat dem Kampf gegen Steueroasen neue Dringlichkeit verliehen.**

anzeige nach Ansicht des Finanzamts unvollständig war, leitete die Staatsanwaltschaft dennoch ein Strafverfahren ein. Im März wird der Fall Hoeneß, bei dem es um einen zweistelligen Millionenbetrag gehen soll, vor Gericht kommen. Es hat wohl auch mit dem veränderten Klima zu tun, dass in jüngster Zeit gehäuft Fäl-

## »Sie hängen keinen, sie hätten ihn denn«

**STEUERHINTERZIEHUNG II** Koalition und Bündnis90/Die Grünen für Verschärfung der strafbefreienden Selbstanzeige

Bis in diese Tage hinein haben prominente Sozialdemokraten wie der Finanzexperte Joachim Poß, aber auch der stellvertretende Bundesvorsitzende der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft, Christian Bäuml, ihre Abschaffung gefordert. Doch in der aktuellen Stunde zum Thema „Halb-tung der Bundesregierung zur strafbefreienden Selbstanzeige bei Steuerhinterziehung“ blieb vergangenen Donnerstag die Fraktion Die Linke, die die Debatte beantragt hatte, allein mit dieser Forderung. SPD-Redner forderten im Einklang mit den Koalitions-kollegen von CDU und CSU eine Verschärfung der bestehenden Regelung. Auch von Bündnis 90/Die Grünen kam dafür Unterstützung. Der stellvertretende Linken-Fraktionsvorsitzende Klaus Ernst warnte vor dem „Eindruck, als würde der Staat alles tun, um insbesondere Vermögende vor einer Strafverfolgung zu schützen“. Die bei größeren Steuerhinterziehungen fällige Strafzahlung bezeichnete Ernst als „Freikaufgebühr“ und fragte: „Warum ist ein Ladendiebstahl eine Straftat, gegebenenfalls mit gravierenden Folgen, während ein Steuerhinterzieher oft nicht mal vorbestraft ist, obwohl er zigtausend Euro hinterzogen hat?“ Ernst forderte, die Möglichkeit der strafbefreienden Selbstanzeige auf Bagatelldelikte zu beschränken.

einer Abschaffung der Selbstanzeige für „Steuertouristen“ zuzustimmen.

**Vollständige Offenbarung** Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU/CSU) beantwortete die Position der Fraktion Die Linke mit dem Spruch: „Sie hängen keinen, sie hätten ihn denn.“ Es sei ein allgemeiner Rechtsgrundsatz, dass sich niemand selbst belasten muss. Einzig im Steuerrecht bestehe die Pflicht zur vollständigen Offenbarung seiner Verhältnisse. Würde die Möglichkeit der strafbefreienden Selbstanzeige abgeschafft, könnten Anwälte in Steuerstrafprozessen die Verwendung von Steuererklärungen als Beweismaterial ablehnen, da sich der Angeklagte damit selbst belastet. Deshalb und nicht in erster Linie wegen möglicher Mehreinnahmen des Staates müsse es die strafbefreiende Selbstanzeige weiter geben. Schäuble verwies aber auf eine Bund-Länder-Arbeitsgruppe, die gerade Änderungsvorschläge erarbeitet habe und diese nun in die Diskussion einbringen werde. Er gehe davon aus, dass die Regelung zum Strafschlag verschärft und eventuell auch die Verjährungsfrist verlängert wird. Für Bündnis 90/Die Grünen lehnte Lisa Paus die Strafbefreiung zwar nicht ab, verwies aber darauf, dass sie früher „nicht zu großen Mehreinnahmen geführt“ habe. Das habe sich erst geändert, seit deutsche Finanzbehörden CDs mit Daten von Steuerflüchtlings aufgekauft haben. Zudem lobte Paus die Blockade des Steuerabkommens mit der Schweiz durch die rot-grüne Mehrheit im Bundesrat Ende 2012. Nur deswegen seien die Fälle Hoeneß und Schwarzer bekannt geworden. Im Fall des vor einer Woche wegen seiner bekannt gewordenen



Auch der Weg in die Schweiz hilft nichts: Das Bankgeheimnis ist löchrig geworden.

Steuerhinterziehung zurückgetretenen Berliner Kultur-Staatssekretärs André Schmitz kritisierte Paus den Regierenden Bürgermeister Klaus Wowereit, der seit 2012 von dem Steuervergehen gewusst und Schmitz trotzdem im Amt belassen hatte. „Ich als Berlinerin schäme mich dafür, dass die SPD in Pofalla-Pose die Affäre Wowereit für beendet erklärt und zur Tagesordnung übergeht“, sagte Paus. Ihr Fraktionskollege Thomas Gambke unterstützte Pläne der Koalition, die Bedingungen für die Strafbefreiung zu verschärfen, mahnte aber zu Augenmaß. Es dürfe nicht dazu kommen, dass derjenige, der sich selbst anzeigt, schlechter gestellt wird als „derjenige, der erwischt wird“. In der aktuellen Stunde sprachen fünf Parlaments-Neulinge, darunter Andreas Schwarz (SPD). Als bisheriger Bürgermeister wisse er

um die Notwendigkeit ausreichender Steuererinnahmen und als Unternehmer sei er überzeugt, „dass die meisten Unternehmer in diesem Land ehrliche Steuerzahler sind“. Schwarz forderte „weitere Verschärfungen“ beim Instrument der Selbstanzeige: „Wir müssen unbedingt den Eindruck vermeiden, dass jemand, der Steuern hinterzieht und zum Instrument der Selbstanzeige greift, am Ende noch besser dasteht als der ehrliche Steuerzahler und die ehrliche Steuerzahlerin.“ *pst*

**Steuer-CDs** Unterdessen macht die moderne Technik Steuerbetrüger das Leben schwer. Menschen mit Zugang zum Computersystem einer Bank können Daten tausender ausländischer Anleger auf eine CD brennen. Durch den Kauf solcher CDs bekommen deutsche Finanzbehörden Kenntnis von vielen Steuerhinterziehern, die ihr Geld beispielsweise in Liechtenstein „in Sicherheit gebracht“ hatten, wie es so schön heißt. Da die CDs das Ergebnis von Datendiebstahl waren, war ihr Ankauf rechtlich umstritten, aber er war einträglich. Die fälligen



Gefahr für Steuersünder: Speichermedien unterschiedlichster Arten

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper







Der deutsche Automobilbau ist eine Stütze der Konjunktur. In den neuen Bundesländern sind wieder industrielle Kerne entstanden – wie in Leipzig, wo der „Macan“ bei Porsche gebaut wird.

## EU verspricht Transparenz

**US-HANDEL I** Die EU-Kommission will das Europäische Parlament und die Zivilgesellschaft regelmäßig über die Verhandlungen mit den USA über die angestrebte Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP) informieren. Das sei ein ganz wichtiger Teil des Prozesses, um die Akzeptanz sicherzustellen, sagte der Chefverhandlungsführer der EU, Ignacio Garcia Berceo, in der vergangenen Woche bei einem Gespräch mit den Mitgliedern des Bundestagsausschusses für Wirtschaft und Energie. Auf Fragen der Abgeordneten nach dem Zeitrahmen sagte Berceo, in diesem Jahr sei kein Abschluss der Verhandlungen zu erwarten. Auf Fragen nach Problemen schilderte der EU-Vertreter, die EU sei besonders sensibel im Bereich Landwirtschaft, und in den USA gebe es eine besondere Sensibilität bei Dienstleistungen und öffentlichen Beschaffungen. In keinem Bereich werde es aber zur Senkung des europäischen Schutzniveaus kommen, sagte er. Berceo wies darauf hin, dass die EU für den audiovisuellen Sektor und die Buchpreisbindung kein Verhandlungsmandat habe. Öffentliche Monopole in Europa wie die Wasserversorgung würden ebenfalls nicht zur Disposition stehen. „Rote Linien“ werde Europa etwa bei der Lebensmittelsicherheit ziehen und den Verkauf von hormonbehandeltem Rindfleisch nicht zulassen. Auch grundlegende Rechte der Bürger auf Datenschutz würden nicht aufgeweicht. *hle*

# Schnell zum Aufschwung

**WIRTSCHAFT** Minister Gabriel (SPD) will der Arbeit ihren Wert zurückgeben. Linke bezweifelt »Konsumwelle«

Die Wirtschaft kommt in Fahrt. Nach den nahe bei Null liegenden Wachstumsraten der Vorjahre soll die Wirtschaft in diesem Jahr um starke 1,8 Prozent wachsen. Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel (SPD) stellte am Donnerstag in einer Regierungserklärung vor dem Bundestag erfreut fest, dass sich Löhne und Gehälter in diesem Jahr endlich wieder entlang von Produktivität und Inflationsausgleich entwickeln. Das werde zu einer Stärkung der Binnenkonjunktur führen.

**Klar bekannt** Gabriel legte ein klares Bekenntnis zur sozialen Marktwirtschaft ab und bezeichnete sie als „Erfolgsmodell“, das aber gestärkt werden müsste. Dies könne zum Beispiel durch den von der Regierung geplanten Mindestlohn von 8,50 Euro geschehen. In der Debatte um die soziale Marktwirtschaft gehe es darum, „dass Arbeit und Leistung ihren Wert haben müssen“. Der Mindestlohn von 8,50 Euro sei eine Abkehr von dem entwürdigenden Zustand, dass Menschen den ganzen Tag arbeiten und hinterher trotzdem zum Sozialamt gehen müssten. Die derzeitige Spaltung des Arbeitsmarktes mit einer Zunahme der Leih- und Zeitarbeit sowie dem Unwesen der

Werkverträge sei eines der Probleme in der Marktwirtschaft. Zu den Zukunftsaufgaben rechnete Gabriel neben der Stabilisierung des Euroraums eine Erhöhung der Investitionen. Außerdem müsse man die Kostenentwicklung im Energiebereich in den Griff bekommen. Notwendig seien auch mehr Unternehmensgründungen.

Sahra Wagenknecht (Die Linke) hielt Gabriel Äußerungen aus dem letzten Jahr vor, als er als Oppositionspolitiker die hohe Zahl prekärer Beschäftigungsverhältnisse und befristeter Arbeitsverhältnisse kritisiert, vor Jugendarmut gewarnt und die ungleiche Verteilung von Gemeinwohlleistungen kritisiert hatte. „Der tapfere Oppositionspolitiker ist heute Wirtschaftsminister, redet von sozialer Marktwirtschaft und guten Löhnen.“ Das sei vollkommen unglaubwürdig. Der Koalitionsvertrag zeige, dass überhaupt nichts geändert werden solle. Von Vermögenssteuer und einem höheren Spitzensteuersatz sei keine Rede mehr. Gabriels Politik sei „jämmerlich“, weil er alles fortsetze, was die vorherige Regierung gemacht habe. Wagenknecht bezweifelte, dass es zu einer „großen Konsumwelle“ kommen

werde. Das zeigten stagnierende Einzelhandelsumsätze, die auf miese Lohn- und Rentenentwicklung sowie auf explodierende Strompreise zurückzuführen seien. Wagenknecht forderte einen Mindestlohn von zehn Euro sofort statt „löchrige 8,50 Euro irgendwann“. Michael Fuchs (CDU) warf Wagenknecht vor, „Quatsch“ zu verbreiten und die Realität nicht zur Kenntnis zu nehmen: „Sie haben bis jetzt nicht kapiert, dass es Deutschland gut geht.“ Die Politik der Bundeskanzlerin habe dafür gesorgt, dass es wieder aufwärts gehe und Europa sich aus der Krise zu lösen beginnen. „Davon verstehen Sie nichts, weil Sie Ihr kommunistisches Gelaber einfach weiterführen“, sagte Fuchs. Er lobte die Beschäftigungslage, die so gut sei wie seit Jahrzehnten nicht mehr. Der CDU-Politiker setzte sich aber in der Energiepolitik von Gabriel ab, indem er einen Bestandschutz vor der EEG-Umlage für Unternehmen mit Eigenstromproduktion verlangte. Er sehe mit Sorge, dass die Industrie schon heute weniger in Deutschland investiere. Grünen-Fraktionschef Anton Hofreiter sagte, es sei zwar schön, dass die Wirtschaftslage gut sei und dass es höhere Löhne gebe. „Aber erstens trifft das nicht auf alle Menschen in unserem Lande zu, und zweitens ist von einem Bundeswirtschaftsminister etwas mehr zu erwarten, wenn er über die wirtschaftspolitischen Perspektiven spricht, als zu beschreiben, wie die Lage ist.“ Dann hätte man jemand vom Statistischen Bundesamt einladen können. Wenn die Koaliti-

on für stabile Strompreise sorgen wolle, dann solle sie sich um die kostengünstigsten Bereiche der Stromproduktion kümmern. Die kostengünstigste Stromproduktion sei die Aufstellung von Windkraftanlagen an Land – „und ausgerechnet das wollen Sie deckeln. Das macht doch keinen Sinn“. Hubertus Heil (SPD) warf der Opposition vor, schlechte Stimmung zu verbreiten und sagte: „Wir brauchen Macher und keine Miesmacher.“ Ebenso wie der Jahreswirtschaftsbericht und das Gutachten des Sachverständigenrates

über die wirtschaftliche Entwicklung (18/94) wurde ein Antrag der Grünen-Fraktion (18/493) an die zuständigen Ausschüsse überwiesen. Darin wird gefordert, die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands durch Innovation und Zukunftsinvestitionen zu sichern, um die Chancen zukünftiger Generationen nicht zu verspielen. Abgelehnt wurde ein Entschließungsantrag der Fraktion Die Linke, in dem unter anderem die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns von zehn Euro zum 1. Juli 2014 verlangt wird. *Hans-Jürgen Leersch*



»Sie haben bis jetzt nicht kapiert, dass es Deutschland gut geht.«

Michael Fuchs (CDU)

### STICHWORT

**Jahreswirtschaftsbericht – Bessere Binnenkonjunktur hilft auch dem Handel**

> **Wachstum** Die Bundesregierung erwartet in diesem Jahr ein Wachstum der deutschen Wirtschaft in Höhe von 1,8 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP). Diese Projektion enthält der Jahreswirtschaftsbericht 2014, der von der Bundesregierung als Unterrichtung (18/495) vorgelegt wurde. Der Wert würde damit erheblich höher ausfallen als 2013 mit 0,4 Prozent und 2012 (0,7 Prozent)

> **Beschäftigung** Die Beschäftigung soll um 240.000 auf 42 Millionen steigen. Das wäre ein historischer Höchststand. Allerdings soll die Arbeitslosigkeit nicht signifikant sinken.

> **Nachfrage** Durch höhere Löhne verbessert sich das Konsumklima. Die Deutschen werden mehr einkaufen. Davon profitiert der Handel (Bild).



## Linke sorgt sich um Rechteabbau

**US-HANDEL II** Das geplante europäisch-amerikanische Freihandelsabkommen (Transatlantic Trade and Investment Partnership, TTIP) ist Thema einer Großen Anfrage der Fraktion Die Linke (18/432). Das Abkommen solle die leistungsfähigsten Wirtschaftsböcke der Welt vereinen, stellt die Fraktion im Vorwort zu ihrer Großen Anfrage fest. EU-Kommission und Bundesregierung würden mehr Wachstum und mehr Beschäftigung erwarten. Aus Sicht der Linken sind die Risiken einer Harmonisierung von Standards und Normen jedoch enorm: „In Europa mühsam erstrittene Rechte und Regeln könnten abgebaut und nach unten angeglichen werden.“ Unternehmen aus den USA könnten bisher unerwünschte und verbotene Produkte wie Genmais, Chlorhühnchen und Hormonfleisch auf den Markt bringen. Fragen der Abgeordneten betreffen Umwelt- und Sozialstandards sowie den Verbraucherschutz. Hier wird unter anderem gefragt, ob die Regierung garantieren kann, dass sich die deutschen Verbraucher weiter auf einheitliche Hygiene- und Sicherheitsstandards verlassen können. Einen Schwerpunkt der Großen Anfrage bilden Fragen nach dem Investitionsschutz und dem Investor-Staat-Schiedsverfahren. Gefragt wird, welchen völkerrechtlichen Status ein Schiedsverfahren im TTIP bekommen würde. Im Vorwort bezeichnet die Fraktion das Schiedsverfahren als eine Art Sondergerichtsbarkeit für Konzerne: „Unternehmen könnten gegen jede Gesetzgebung eines Staates, die ihre Rendite schmälern könnte, milliardenschwere Schadensersatzklagen anstrengen.“ *hle*

## FÜNF FRAGEN ZUM: Jahreswirtschaftsbericht 2014



**DIETER JANECEK**  
Wirtschaftspolitischer Sprecher der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen

»Es geht darum, sich heute nicht auf den guten Daten auszuruhen.«

**2014 soll das BIP Deutschlands um 1,8 Prozent wachsen, im Jahr darauf nochmals um zwei Prozent. Was sind die Gründe dafür?**

Ob das BIP als einzige Kennzahl dafür ausreichend ist, Wohlstand und Lebensqualität zu beschreiben, würde ich in Frage stellen. Trotzdem: Die deutsche Wirtschaft ist insgesamt gut aus der Krise gekommen und in einem robusten Zustand. Dafür tragen insbesondere die Tarifpartner die Verantwortung. Während wir beim Export neue Rekorde erreichen, investieren wir aber gleichzeitig im Inland zu wenig in die Zukunft. Zehn Milliarden Euro gehen in zusätzliche Ausgaben für die Rente, Null Euro in den Breitbandausbau.

**Welche Risiken für die wirtschaftliche Entwicklung sehen Sie, die die Bundesregierung nicht angesprochen hat?**

Es geht darum, sich heute nicht auf den guten Daten auszuruhen, sondern gezielt in die Zukunft zu investieren. Das Thema Digitalwirtschaft

zum Beispiel ist bei dieser Bundesregierung total unterbelichtet. Beim Breitbandausbau hinken wir Bulgarien und Rumänien hinterher. Und dann natürlich die Megathemen Energieeffizienz und Nachhaltigkeit. Es fehlt auch eine steuerliche Förderung bei der Gebäudesanierung.

**Laut Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel kommen wir dem Ziel, die wirtschaftlichen Ungleichgewichte in Europa abzubauen, immer näher. Stimmt das?**

Zahlreiche unserer EU-Nachbarn befinden sich weiterhin in der Krise. Wir brauchen weiterhin große Anstrengungen, um wirtschaftliche Ungleichgewichte innerhalb Europas zu verringern. Dabei gilt es, zukunftsfähige Wirtschaftsbranchen aufzubauen wie beispielsweise bei den grünen Technologien wie erneuerbaren Energieträgern, Effizienzsystemen und innovativen Materialien.

**In den nächsten vier Jahren sollen fünf Milliarden Euro in die Infrastruk-**

**tur investiert werden. Halten Sie das für ausreichend?**

Nein, allein im Bereich der Verkehrsinfrastruktur benötigen wir sieben Milliarden Euro nur für den Erhalt des Bestandes. Hier sind wir chronisch unterfinanziert. Wichtige Zukunftsfelder sind die Digitalisierung, die Elektromobilität oder die Gebäudesanierung.

**Steigende Energiepreise werden als großes Risiko für die wirtschaftliche Entwicklung angesehen. Welche Rolle spielt dabei die Energiewende?**

Mittel- und langfristig führen die erneuerbaren Energieträger zu geringeren Energiekosten und machen uns unabhängig von fossilen Importen. Wenn wir die Energiewende weiter ambitioniert vorantreiben, wird Deutschland zum weltweiten Vorreiter bei Zukunftstechnologien. Das schafft Wettbewerbsvorteile. Die Energiewende bietet also Potenzial und schafft nachhaltige Jobs.

Das Gespräch führte Julian Burgert.

## Mehr Maut für Infrastruktur

**VERKEHR** Kommissionen setzen Erhalt der Infrastruktur vor Neu- und Ausbau

Die deutsche Verkehrsinfrastruktur ist chronisch unterfinanziert. Dies wurde vergangene Woche deutlich bei einem öffentlichen Expertengespräch des Ausschusses für Verkehr und digitale Infrastruktur mit dem ehemaligen Bundesverkehrsminister Kurt Bodewig (SPD) und dem ehemaligen Verkehrsminister des Landes Sachsen-Anhalt, Karl-Heinz Daehre (CDU) zu den Ergebnissen der beiden von ihnen geleiteten Kommissionen zur Verkehrsinfrastrukturfinanzierung. Daehre führte aus, dass in den kommenden 15 Jahren bezogen auf das Basisjahr 2012 jährlich 7,2 Milliarden Euro für die Instandhaltung von Straßen, Schienen und Wasserwegen bei Bund, Ländern und Kommunen fehlen würden. Bei den Schienenwegen und den Wasserstraßen gebe es nur die Möglichkeit, zusätzliche Mittel über Steuereinnahmen zu erhalten. Anders sehe die Situation bei den Straßen aus. Hier gebe es neben den allgemeinen Steuereinnahmen auch die Möglichkeit, die Mineralölsteuer um sieben Cent zu erhöhen und Veränderungen bei der Maut vorzunehmen. So könne die Lkw-Maut zum Beispiel auf Fernbusse und auf Landesstraßen sowie auf Lastwagen mit einem Gesamtgewicht von 7,5 Tonnen ausgeweitet werden. Bodewig betonte die enge



Ausschussvorsitzender Burkert (SPD, von links) mit seinen Gästen Bodewig und Daehre

Verzahnung der beiden Kommissionen. Wie Daehre setzte auch er sich für einen Infrastrukturfonds für Straße, Schiene und Wasserstraße ein, der noch in diesem Jahr eingerichtet werden solle. Das Hauptergebnis seiner Kommission sei jedoch ein Paradigmenwechsel, nach dem zukünftig der Erhalt der Infrastruktur vor Neu- oder Ausbaumaßnahmen gehen solle. Eine Ausweitung der nutzerabhängigen Lkw-Maut auf alle Bundesstraßen würde nach Auffassung seiner Kommission insgesamt 2,3 Milliarden Euro erbringen. Für die Realisierung setzte er rund drei Jahre an. Die weitere Einbeziehung von Lkw ab 7,5 Tonnen auf diesem Netz erbringe 0,6 Milliarden Euro und eine

Ausweitung der Lkw-Maut auf die Landesstraßen bringe zusätzlich rund 9,8 Milliarden Euro bei Lkw ab zwölf Tonnen. Die zusätzliche Einbeziehung von Lkw ab 7,5 Tonnen wird nochmal 250 Millionen Euro ergeben. Für die im Koalitionsvertrag vorgesehene Abgabe für nicht in Deutschland zugelassene Pkw forderte er eine Prüfung, dass diese EU-rechtskonform sein müsse. Nach der „persönlichen“ Ansicht von Daehre ist dringend eine Diskussion über eine allgemeine Nutzerfinanzierung der Infrastruktur notwendig. Allein die Einführung einer Pkw-Maut in Höhe von 50 Euro pro Fahrzeug im Jahr würden rund zwei Milliarden Euro erbringen. *mik*

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper





## SMS hat Zenit überschritten

**WIRTSCHAFT** 16 Jahre nach der Marktöffnung des Telekommunikationssektors zieht die Bundesnetzagentur eine positive Bilanz. „Die Bürger und die gesamte Wirtschaft profitieren von einer Vielfalt an Angeboten und Dienstleistungen zu attraktiven Preisen“, heißt es im Tätigkeitsbericht 2012/13 der Bundesnetzagentur – Telekommunikation, den die Bundesregierung zusammen mit dem Sondergutachten der Monopolkommission – „Telekommunikation 2013 – Vielfalt auf den Märkten erhalten“, als Unterrichtung (18/209) vorgelegt hat. Wie schnell sich der Markt verändert, wird an einem Detail deutlich. Der Versand von Kurznachrichten (SMS) hat sich von 2002 (18,4 Milliarden SMS) bis 2011 auf 54,9 Milliarden SMS drastisch erhöht. Auch 2012 stieg die Zahl der Kurznachrichten weiter auf 59,8 Milliarden. Doch „die SMS-Nutzung dürfte inzwischen ihren Zenit überschritten haben“, schreibt die Bundesnetzagentur. Infolge der Verbreitung von Smartphones sei zu erwarten, dass SMS-Mitteilungen teilweise von Messaging-Apps und E-Mails abgelöst werden. Im zweiten Halbjahr 2012 seien bereits weniger SMS versendet worden als im ersten Halbjahr. „Auch im ersten Quartal 2013 zeigte sich ein abnehmender Trend“, berichtet die Bundesnetzagentur. Zugleich wird darauf hingewiesen, dass es trotz der gesunkenen Preise für Telekommunikationsleistungen gewaltige Investitionen gegeben hat. Im Durchschnitt sieben Milliarden Euro pro Jahr seien in moderne Festnetz- und Mobilfunk-Infrastrukturen investiert worden. „Das sind seit der Liberalisierung insgesamt über 110 Milliarden Euro, von denen mehr als die Hälfte auf die Wettbewerber der Deutschen Telekom AG entfällt. Wettbewerb ist ein starker Motor für Investitionen, Innovation und Wachstum“, schreibt die Bundesnetzagentur. *hle* ||

## Postdienste bleiben wichtig

**WIRTSCHAFT** Auch in Zeiten wachsender elektronischer Kommunikation bleiben postalische Dienstleistungen „ein wichtiger Bestandteil nicht nur der Infrastruktur, sondern auch im Hinblick auf ein funktionsfähiges Gemeinwesen“. Dieses Fazit zieht die Bundesnetzagentur in ihrem Tätigkeitsbericht 2012/2013 für den Postbereich, den die Bundesregierung zusammen mit dem „Sondergutachten der Monopolkommission – Post 2013: Wettbewerbsschutz intensivieren“ als Unterrichtung (18/210) vorgelegt hat. Weiter heißt es: „Große Mengen an Nachrichten werden weiterhin in schriftlicher Form verschickt werden.“ Auch die steigende Zahl der beförderten Güter und Waren verdeutliche, wie sehr die Gesellschaft und die arbeitsteilig organisierte Wirtschaft auf hochwertige Angebote von Beförderungsdienstleistungen angewiesen seien. Die Umsätze im Postbereich blieben mit 26,4 Milliarden Euro im Jahr 2012 im Vergleich zum Vorjahr unverändert. Im Briefbereich stieg zwar der Anteil von Wettbewerbern des früheren Monopolisten Deutsche Post AG auf elf Prozent, doch sei es den Wettbewerbern seit der vollständigen Marktöffnung im Jahr 2008 bisher nicht gelungen, in dem stagnierenden Markt weitere Anteile zu gewinnen. *hle* ||

## Mitglieder von Gremien gewählt

**BUNDESTAG** Der Deutsche Bundestag hat am vergangenen Donnerstag nach einem gemeinsamen Wahlvorschlag aller Fraktionen (18/491) folgende Abgeordnete in den Beirat der Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen gewählt:  
**CDU/CSU:** Thomas Bareiß, Thomas Jarzombek, Bernhard Kaster, Andreas G. Lämle, Georg Nüßlein, Joachim Pfeiffer, Kristina Schröder, Stellvertreter: Herlind Gundelach, Matthias Heider, Michael Fuchs, Axel Knoerig, Karl Holmeier, Nadine Schön, Jan-Marco Luczak;  
**SPD:** Klaus Barthel, Dirk Becker, Martin Dörmann, Thomas Jurk, Nina Scheer; Stellvertreter: Hans-Joachim Schabedoth, Wolfgang Tiefensee, Lars Klingbeil, Michelle Müntefering, Johann Saathoff;  
**Die Linke:** Eva Bulling-Schröter, Ralph Lenkert; Stellvertreter: Herbert Behrens, Roland Claus;  
**Bündnis 90/Die Grünen:** Katharina Dröge, Oliver Krischer;  
 Stellvertreter wurden noch nicht benannt. Die Abgeordneten Karl A. Lamers und Volker Ullrich von der CDU/CSU-Fraktion wurden in den Stiftungsrat der „Deutschen Stiftung Friedensforschung (DSF)“ gewählt. (18/487). Die SPD-Fraktion vertritt Daniela De Ridder in diesem Gremium. In den Senat der „Hermann von Helmholtz-Gemeinschaft Deutscher Forschungszentren e.V.“ sind Michael Kretschmer (CDU/CSU) und René Röspel (SPD) gewählt worden. *dp* ||

# Die gebremteste Energiewende

**WIRTSCHAFT** Der Stromleitungsbau kommt in Bayern nicht voran. Blockadevorwürfe



Das soll es offenbar in Bayern nicht geben: Unsere Fotomontage zeigt, wie eine Stromleitung den Blick auf bayerische Attraktionen wie Schloss Neuschwanstein trüben würde.

**A**usgerechnet dort, wo sie am nötigsten wäre, verliert die Energiewende an Schwung. In Bayern kommen immer noch 30 Prozent des Stroms aus Kernkraftwerken, die in den nächsten Jahren abgeschaltet und durch erneuerbare Energien ersetzt werden sollen. Doch es hakt überall: Es werden zu wenig Windräder gebaut, und gegen den Bau von Höchstspannungsleitungen, die den Strom aus ertragreichen Windenergiegebieten nach Süden transportieren sollen, gibt es massiven Widerstand. Die Bayerische Staatsregierung will ein Moratorium. Der Leitungsbaubau solle erst dann weiterbetrieben werden, wenn klar ist, welche Vorgaben sich durch die Novellierung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) ändern würden.

»Doppelte Sabotage« Die bayerische Haltung sorgte am Donnerstag im Bundestag für Aufregung. Die Opposition kritisierte in einer aktuellen Stunde das Moratorium zum Stromleitungsbau scharf und forderte, den „bayerischen Löwen“ Horst Seehofer (CSU) wieder einzufangen, der frühere Beschlüsse zur Energiewende mitgetragen habe. Die Abgeordnete Julia Verlinden (Grüne) warf dem Ministerpräsidenten Seehofer vor, nicht nur den Stromleitungsbau, sondern durch neue Abstandsregelungen auch den Bau von Windenergieanlagen zu verhindern. „Das ist eine doppelte Sabotage der Energiewende, die wir uns nicht leisten können.“ Seehofers Eskapaden würden der Energiewende in Deutschland und auch der sicheren Energieversorgung in Bayern schaden, sagte Verlinden. Der Netzausbau müsse beschleunigt werden. Er müsse naturverträglich sein und eine transparente Planung haben, die die Menschen einbeziehe. Zur Erhöhung der gesellschaftlichen Akzeptanz gebe es die Möglichkeit der Erdverkabelung.

Die Forderung nach mehr Erdverkabelung stieß auf scharfe Kritik von Michael Fuchs (CDU): Wenn die Grünen Erdverkabelung wollen, „dann sagen Sie bitte gleichzeitig dazu, dass das acht mal so teuer wird und das bezahlen soll“. Fuchs sagte, die Ost-West-Trasse nach Bayern werde dringend gebraucht, aber es seien ausgerechnet die Grünen, die sich ausdrücklich gegen den Bau dieser Leitung ausgesprochen hätten: „Das ist scheinheilig.“ Die Grünen seien die größten Verhinderer des Netzausbaus. Wer gegen diese Thüringer Strombrücke sei, müsse wissen, dass das Kernkraftwerk Grafenrheinfeld dann länger laufen müsse. Die Grünen seien auch gegen Pumpspeicherkraftwerke, die zur Stabilisierung des Systems dringend notwendig seien. Joachim Pfeiffer (CDU) sagte, die Erdverkabelung sei weder technisch ausgereift noch erhöhe sie die Akzeptanz. Es sei bis heute kein Erdkabel verlegt worden. Den gegen die Grünen erhobenen Blockade-Vorwurf wies Dieter Janecek (Grüne) zurück. Es sei die CSU, die vor Ort blockiere und eine „Energiewende auf Basis von heißer Luft betriebe“. In Wirklichkeit wolle die CSU zurück zur Atomenergie und sei der „Totengräber der Energiewende“. „In Bayern regiert das energiepolitische Chaos“, sagte Eva Bulling-Schröter (Die Linke). Die CSU, die die Atomkraft immer unterstützt habe, habe keinen Plan für eine zukunftsfähige Energieversorgung in Bayern und wolle die Energiewende an die Wand fahren lassen. Nach Ansicht von Ralph Lenkert (Die Linke) ist der geplante Netzausbau tatsächlich überzogen. Statt dessen müsse es eine mehr dezentrale Energieversorgung geben. Für die Bundesregierung erklärte der parlamentarische Staatssekretär im Wirtschaftsministerium, Uwe Beckmeyer (SPD), „das Moratorium hat rechtlich keine Wirkung“.

Die geplanten Maßnahmen würden auf realistischen Bedarfsberechnungen beruhen. Es gebe keinen Grund, diese in Frage zu stellen. Die Zeit dränge. „Wir sind mit dem Netzausbau hinterher“, sagte Beckmeyer, der außerdem feststellte: „Das Gesetz gilt.“ Hubertus Heil (SPD) erklärte, es gehe wohl auch um die Frage, wie es um die Akzeptanz von Infrastruktur in diesem Land bestellt sei. Es sei geradezu fahrlässig, diese Akzeptanz für notwendige Infrastrukturen, zumal für solche, die zum Gelingen der Energiewende beitragen, in Frage zu stellen. Karl Holmeier (CSU) appellierte dagegen, die Vorlage der EEG-Novelle abzuwarten. Eine verantwortungsvolle Politik heiße, auf Veränderungen neu zu reagieren. Allerdings sind die von Seehofer und der Staatsregierung geäußerten Bedenken nicht ganz neu. Bereits in der Anhörung des Bundestages zum Zweiten Gesetz über Maßnahmen zur Beschleunigung des Netzausbaus Elektrizitätsnetze (17/12638) am 15. April 2013 hatte sich

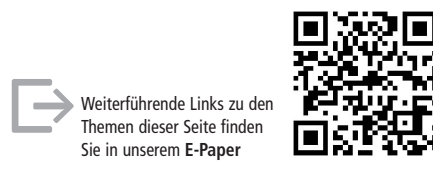
Professor Lorenz Jarass (Hochschule Rhein-Main Wiesbaden) mit deutlicher Kritik zu Wort gemeldet. Er bezeichnete die Netzausbauplanungen als „einseitig von den Interessen der Stromerzeuger geprägt“. Der geplante weit überdimensionierte Netzausbau bedrohe die gesellschaftliche Akzeptanz des weiteren Ausbaus erneuerbarer Energien und damit die Energiewende insgesamt. Als Grund für den überdimensionierten Ausbau der Netze nannte er die Interessen der Kohlekraftwerksbetreiber, Strom auch bei Starkwind ins Ausland exportieren zu können. Die Verbraucherzentrale Bundesverband zweifelte ebenfalls den Umfang der geplanten Netzausbaumaßnahmen an und gab in ihrer Stellungnahme den Hinweis auf Alternativen bei der Erreichung der Ausbauziele für die erneuerbaren Energien, die möglicherweise „einen geringeren, zumindest aber einen zeitlich gestreckten Netzausbau möglich machen“. Auch die Erdverkabelung ist aus Sicht der Experten höchst problematisch. Der Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW) hatte gefordert, bevor über eine Ausweitung der Erdverkabelung im Bereich der Leitungen im Bereich von 380-Kilovolt (kV) entschieden werde, sollten zunächst die Erfahrungen mit den vier Pilotstrecken abgewartet werden. „Neben deutlich höheren Kosten birgt die Teil-Erdverkabelung Risiken, die die Versorgungssicherheit beeinträchtigen könnten“, warnte der BDEW. Die Bundesnetzagentur stellte fest: „Die Erdverkabelung muss zunächst durch Pilotvorhaben erprobt werden.“ Belastbare Erkenntnisse und Erfahrungen mit einer Erdverkabelung auf der Höchstspannungsebene lägen noch nicht vor. Auch Professor Albert Moser (RWTH Aachen University) riet dazu, Erdkabel angesichts der hohen Bedeutung eines zuverlässigen und sicheren Übertragungsnetzes erst zu erproben. Aus technischer und wirtschaftlicher Sicht seien Freileitungen beim Übertragungsnetzausbau grundsätzlich zu bevorzugen. *Hans-Jürgen Leersch* ||

## Rechnungshof soll überprüfen

**HAUSHALT** Der Bundesrechnungshof soll auf Bitten des Haushaltsausschusses die aktuelle Rentenkampagne des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung überprüfen. Dies regten die Abgeordneten des Haushaltsausschusses in der vergangenen Woche auf Initiative der beiden Oppositionsfraktionen Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen an. Das Ministerium hatte nach eigener Darstellung die Kampagne initiiert, um über die Vorhaben der Regierung zur Rente (Mütterrente, abschlagsfreie Rente mit 63) zu informieren. Neben der Schaltung von Plakaten und Anzeigen gebe es für die Bürger auch Möglichkeiten, sich direkt informieren zu lassen. Dies werde rege genutzt. Die Kampagne koste insgesamt 1,15 Millionen Euro und werde aus Mitteln der Öffentlichkeitsarbeit bezahlt, erklärte die Vertreterin des Ministeriums. Die Oppositionsabgeordneten kritisierten unter anderem, dass es für das Jahr 2014 noch keinen beschlossenen Haushalt gebe. Deshalb müssten alle Bundesministerien im Rahmen der so genannten vorläufigen Haushaltsführung wirtschaften. Neuvorhaben seien dabei nicht erlaubt. Dies gelte auch für diese Kampagne. Zudem wiesen sie darauf hin, dass das Rentpaket vom Bundestag weder beraten noch beschlossen worden sei. Änderungen am Regierungsentwurf seien wahrscheinlich. Deshalb sei es unverantwortlich, den Menschen Tipps zu einem vom Bundestag noch nicht beschlossenen Gesetz zu geben. Dies sei außerdem eine Missachtung des Gesetzgebers. Das Arbeitsministerium hielt dagegen, die Kampagne sei die Fortsetzung einer schon im vergangenen Jahr begonnenen Planung. Außerdem sei das Informationsbedürfnis der Bevölkerung in diesem Falle groß. *mik* ||

## Exzellenz steht im Mittelpunkt

**FORSCHUNG** Das europäische Forschungsrahmenprogramm „Horizont 2020“ stellt bei seinen Förderrichtlinien die Exzellenz der Wissenschaft in den Mittelpunkt. Das machte Wolfgang Burtcher, Stellvertreter Generaldirektor der EU-Kommission bei der Generaldirektion Forschung und Innovation, vergangene Woche deutlich. Nur eine Wissenschaft von Weltrang könne als Grundlage für die Technologien, die Arbeitsplätze und die Lebensqualität von morgen dienen. „Europa muss Forschungstalente entwickeln, anziehen und halten“, betonte er. Die Unionsfraktion lobte die Ausweitung der europäischen Mittel für den Bereich Forschung und Entwicklung. Die Linksfraktion äußerte Unverständnis darüber, dass nicht nur Forschungen zu erneuerbaren Energien gefördert würden, sondern auch Projekte zur Kernfusion. Die SPD wies darauf hin, dass der Forschungsrat über eine Einschränkung seiner Flexibilität durch die EU-Kommission klagten würden. Auf Nachfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen stellte Burtcher zudem klar, dass die EU-Kommission keine militärische Forschung fördere. *hau* ||



**Das WILL ICH LESEN!**

Mehr Information.  
 Mehr Themen.  
 Mehr Hintergrund.  
 Mehr Köpfe.  
 Mehr Meinung.  
 Mehr Parlament.\*

Bestellen Sie unverbindlich vier kostenlose Ausgaben. Lieferung immer montags druckfrisch per Post.

Telefon 069-75014253  
 parlament@fs-medien.de  
 www.das-parlament.de



**KURZ REZENSiert**



**Mark Mazzetti:**  
Killing business.  
Der geheime Krieg  
der USA.  
  
Berlin Verlag,  
Berlin 2013;  
416 S., 22,99 €

US-Präsident Barack Obama zeigte sich im Mai 2013 davon überzeugt, dass der seit dem 11. September 2001 geführte Krieg gegen den Terrorismus allmählich zu einem Ende kommen müsse. Das lehnte die Geschichte und das Verlangen nach „die Demokratie von uns“. Ungeachtet dieser Einsicht kommt der amerikanische Journalist und Pulitzer-Preisträger Mark Mazzetti zu einem ernüchternden Ergebnis: Von einer grundlegenden Revision oder gar von einem Ende der geheimen Kriegführung der USA können keine Rede sein – im Gegenteil.

In einem Meisterwerk des investigativen Journalismus zeichnet Mazzetti die Strategiewechsel des US-Nachrichtendienstes CIA in den letzten zehn Jahren nach und lässt dabei auch die geheimen Drohnenoperationen nicht außen vor. Der Pulitzer-Preisträger zeigt, wie aus der weltweit operierenden Spionageorganisation innerhalb weniger Jahre eine „Tötungsmaschine“ werden konnte. Immerhin hatte die CIA seit dem 18. Februar 1976 keine Attentate mehr verüben dürfen; Nachdem die schmutzigen Details des geheimen Programms zur Tötung ausländischer Staatschefs öffentlich geworden waren, hatte US-Präsident Gerald Ford die Reißleine gezogen und diese Aktionen verboten. Er hoffte, dass sich seine Nachfolger nicht mehr leichtfertig auf „schwarze Operationen“ einlassen würden.

Weit gefehlt: Seit dem Jahr 2001 entwickelte sich die CIA zu einer Miniaturausgabe des Pentagons, müssen die Agenten militärische Operationen durchführen. Laut dem ehemaligen CIA-Direktor Michael Hayden verübt die Agency nach mehr als einem Jahrzehnt geheimer Kriegführung fast „nur noch gezielte Tötungsoperationen und Menschenjagden“. Er warnte: „Der globale Geheimdienst der Nation“ werde eines Tages seine Fähigkeit verlieren, das zu tun, wozu er eigentlich da sei: spionieren.

Mark Mazzetti resümiert, dass die gezielten Tötungen sowohl den Beifall der Republikaner als auch der Demokraten finden. In Washington sei man überzeugt, dass dem Drohnenkrieg die Zukunft gehört. manu



**Jeremy Scahill:**  
Schmutzige Kriege.  
Amerikas geheime  
Kommandoaktionen  
  
Verlag Antje  
Kunstmann,  
München 2013;  
719 S., 29,95 €

Es ist gleich, welchen Aufwand die US-Geheimdienste betreiben, damit ihre geheimen Operationen auch geheim bleiben. In demokratisch verfassten Gemeinwesen mit einer freien Presse gibt es immer wieder außergewöhnliche Journalisten, die die Öffentlichkeit über die wahren Begebenheiten und Zusammenhänge unterrichten. Zu diesen investigativen Journalisten gehört Jeremy Scahill, Autor des im Jahr 2008 erschienenen Bestsellers über die Geschäfte und internationalen Einsätze der privaten Sicherheitsarmee „Blackwater“. Seitdem spürt er den weltweiten und verdeckten Operationen von CIA und Pentagon nach, von denen die Öffentlichkeit allenfalls nach der Liquidierung bekannter Terroristen erfährt.

Das monumentale Panorama des US-Krieges gegen den Terror wird nicht nur in der Machtzentrale Washington gemalt, sondern vor allem an den Kriegsschauplätzen. Scahill reiste fünf Jahre lang an die Einsatzorte des „Joint Special Operations Command“ im Irak, in Dschibuti, Afghanistan, Somalia und in Pakistan. Bei seinen Recherchen wurde er von einheimischen Journalisten unterstützt. Diesen Kollegen, die teilweise wegen ihrer Arbeit inhaftiert wurden oder auf der Suche nach der Wahrheit untkamen, widmete Scahill sein beeindruckendes Buch. Besonders interessant sind seine Einblicke in den US-Drohnenkrieg gegen die Terroristen im Jemen, das neben Pakistan derzeit zum wichtigsten Rückzugsgebiet des islamistischen Terrornetzwerks Al Qaida gehört. Jeremy Scahill hegt keinen Zweifel daran, dass die USA auch mit dieser vermeintlich „intelligenten Kriegführung“ den islamistischen Terrorismus nicht endgültig besiegen werden. Der Journalist sprach auch mit den Familienangehörigen der unschuldigen Opfer der Drohnenangriffe. Scahill betont, diese Angriffe würden erneut Hass auf die USA und neue Terroristen und Selbstmordattentäter hervorbringen.

Scahill Fazit: Es war falsch, auf den asymmetrischen Krieg der Terroristen mit gleichen Mitteln zu antworten. Zu den Kollateralschäden gehören nicht zuletzt die amerikanische Demokratie selbst. manu



Die Enquetekommission „Internet und digitale Gesellschaft“ forderte einen ständigen Ausschuss des Bundestages.

# Wasser im Wein

**INTERNET** Trotz aller Freude über den neuen Ausschuss kritisiert die Opposition seine mangelnde Schlagkraft

Als die Enquete-Kommission „Internet und digitale Gesellschaft“ vor etwa einem Jahr ihren Schlussbericht vorlegte, konnte sie auf eine dreijährige Arbeit zurückblicken, in der so gut wie alle netzpolitisch relevanten Felder beachtet worden waren. Herausgekommen sind mehr als 400 Handlungsempfehlungen, die teils konsensual, teils aber auch nur mit knappen Mehrheiten verabschiedet wurden. Große Einigkeit herrschte aber in einer der Kernforderungen: Jener, nach der Schaffung eines ständigen Internet-Ausschusses. Ebenso einig war man sich in der Einschätzung, dass dieser Ausschuss auch im Verantwortungsbereich der Bundesregierung gespiegelt werden müsse, „um eine bessere Koordinierung im Bereich des Querschnittsthemas der Netzpolitik möglich zu machen“, wie in den Handlungsempfehlungen zu lesen ist. Soll-

te heißen: Wenn es möglicherweise für ein Internetministerium nicht reicht, soll es zumindest ein für die Netzpolitik zuständiger Staatsminister sein.

**Netzpolitik** Seit dem vergangenen Donnerstag gibt es nun tatsächlich einen ständigen Ausschuss, der sich mit Netzpolitik beschäftigt, auf den Namen „Ausschuss Digitale Agenda“ hört, 16 Mitglieder hat und sich in dieser Woche konstituieren soll. Der interfraktionelle Antrag (18/482) zur Einsetzung des nun 23. ständigen Ausschusses des Bundestages wurde denn auch von allen Fraktionen befürwortet. Und dennoch hält sich die Freude bei der Opposition in Grenzen. Sie bemängelt, dass der Ausschuss nicht federführend sondern nur mitberatend tätig sein soll. Zudem sieht es – zum großen Bedauern von Linken und Grünen – derzeit nicht nach einer besseren Koordinierung der Netzpolitik auf Regierungsseite aus.

Stattdessen, so kritisierte Konstantin von Notz (Bündnis 90/Die Grünen) während der Debatte über die Einsetzung des Ausschusses, sei mit dem Ministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur ein weiteres Haus, das das netzpolitische Thema für sich reklamiere, dazu gekommen. Dieses „Zuständigkeitspotpourri“ habe schon in der vergangenen Legislaturperiode dazu geführt, „dass keines der zentralen netzpolitischen Themen, vom Datenschutz, über die Netzneutralität bis hin zum Urheberrecht, politisch wirklich vorangekommen ist“, sagte von Notz. Nun werde ein Ausschuss eingesetzt, der keine Federführung habe und nichts entscheiden könne. „Das wird nicht reichen, um die Netzpolitik voranzubringen“, urteilte er. Für den Grünen-Abgeordneten liegt das Problem darin, dass in den Koalitionsfraktionen die „Netzkepler“, die keinen Ausschuss mit Relevanz im Bundestag wollten, in der Mehrheit seien. Außen-

rungen, wie jene des Parlamentarischen Geschäftsführers der Unionsfraktion Michael Grosse-Broemer (CDU), der Ausschuss biete die Möglichkeit „auch mal grundsätzlicher zu diskutieren“, seien „eine Unverschämtheit gegenüber allen ehemaligen Mitgliedern der Internet-Enquete“. Einmal in Rage setzte von Notz an die Netzpolitiker der Koalition gewandt hinzu: „Dass Sie sich das gefallen lassen, ist ein Armutszeugnis.“

**Mitberatung** Halina Wawzyniak (Die Linke) hat hingegen die Hoffnung noch nicht verloren. Der Einsetzungsantrag sei sehr knapp gehalten, argumentierte die Abgeordnete. Im Antrag sei nicht geklärt, wie es um die Federführung bestellt sei. Zwar stehe in der Begründung, dass der Ausschuss in der Regel mitberatend tätig sein wird. Aber: „Glücklicherweise stimmen wir nicht über Begründungen ab“, sagte Wawzyniak. Es bleibe also die Möglichkeit, dass der Bundestag netzpolitische Initiativen federführend an den Ausschuss überweist. „Ob der Ausschuss mit Leben gefüllt wird, liegt also an uns Parlamentariern“, machte sie sich Mut. Gleichzeitig ärgerte sie sich ebenso wie von Notz über die fehlende Bündelung der Netzpolitik auf Regierungsseite. „Das zu erwartende Kompetenzgerangel bringt uns nicht weiter“, sagte Wawzyniak. Die Abgeordneten von CDU/CSU und SPD zeigten sich indes von der Kritik unbeeindruckt. Von einer „typischen Oppositionskritik“ sprach Ulrich Lange (CDU). Statt sich über die Einsetzung des Ausschusses zu freuen, suchten Grüne und Linke nach dem Haar in der Suppe, befand Lars Klingbeil (SPD). Sein Fraktionskollege Sören Bartol sprach von einer „kleinkarierten Kritik“. Möglicherweise habe die Opposition der Koalition es nicht zugetraut, einen ständigen Ausschuss auf den Weg zu bringen, vermutete er. Im Übrigen sei der Bundestag jetzt netzpolitisch weiter als die Bundesregierung, da er das Thema in einem Ausschuss gebündelt habe, zeigte sich Bartol erfreut.

**Selbstbefassung** Auch der designierte Ausschussvorsitzende Jens Koeppen (CDU) wollte sich die gute Laune nicht nehmen lassen und sprach von einem „ganz, ganz großen Erfolg für die Enquete-Kommission“. Der neue Ausschuss sei „auf Augenhöhe mit den anderen Ausschüssen“. Die fehlende Federführung bezeichnete Koeppen als „logische Konsequenz der Arbeitsweise des Bundestages“. Es gebe „zurzeit“ eben keine direkte Spiegelung in der Bundesregierung. Aus seiner Sicht ist die Chance der Mitberatung jedoch größer zu bewerten als das Fehlen der Federführung. Im Übrigen habe der Ausschuss die Möglichkeit zur Selbstbefassung. „Wir können so eigene Akzente setzen“, sagte Koeppen und rief dazu auf, die Aufgabe selbstbewusst anzupacken, „statt zu klagen und palavern“. Anpacken will auch Lars Klingbeil, der deutlich machte, worauf es der SPD-Fraktion ankommt. Neben der Verhinderung der digitalen Spaltung müsse es um die Entwicklung der digitalen Wirtschaft gehen, ebenso wie um Konsequenzen aus der NSA-Affäre.

Nadine Schön (CDU) kündigte an, „die großen übergeordneten Fragen“ stellen zu wollen, statt „sich im Klein-Klein zu verlieren“. Es gehe darum, Deutschland voran zu bringen, etwa beim Thema digitale Souveränität und der Förderung der digitalen Wirtschaft. „Es wird eine Herausforderung werden, mit der Innovationsgeschwindigkeit der digitalen Welt Schritt zu halten“, sagte Schön und zeigte sich zugleich optimistisch, dass dies gelingen könne. Die Mitglieder des Ausschusses – und zwar aller Fraktionen – seien schließlich sehr kompetent, urteilte sie versöhnlich. Götz Hausding

## Kleine Biografien der großen Geschichte

**KUNST** Ausstellung »Die Nacht war ich da, an die Mauer gelehnt« im Bundestag

Die Gestalten auf den neun Gemälden sind nur schemenhaft zu erkennen. Auf jeder Leinwand steht in düsteren Farben ein Mensch regungslos in einer Telefonzelle. Kristina Volke, stellvertretende Kuratorin der Kunstsammlung des Bundestages, nennt sie ein Sinnbild für die deutsche Teilung. Die Werke von Einar Schleaf sind ab sofort zusammen mit Fotografien von Seiichi Furuya bis Ende Mai im Mauer-Mahmal des Bundestages im Rahmen der Ausstellung „Die Nacht war ich da, an die Mauer gelehnt“ zu besichtigen. Schleaf ist vor allem für seine Arbeit als Regisseur und Autor bekannt, wohnte Anfang der 1970er Jahre in Ost-Berlin, später in Frankfurt und West-Berlin. Zwar habe er der DDR 1976 den Rücken gekehrt, sagte Kristina Volke bei der Ausstellungseröffnung am vergangenen Donnerstag. „Aber er kam nie von der Mauer los.“ Die Figuren auf den sogenannten Telefonzellenbildern „sind nicht zuerst Handelnde, sondern Wartende“. Höchstens eine von ihnen zeige Schleaf selbst. Sie verdeutlichte die innerdeutsche Teilung. Die Fotos von Furuya wiederum zeigten sehr persönliche Eindrücke von dem Leben seiner Familie im Ost-Berlin vor dem Mauerfall, erläuterte Volke. Sie sind kombiniert mit einem Text von Schleaf über den Tod von Furuyas Frau. „Wir setzen eine schöne, aber auch stolze Tradition fort“, sagte Bundestagspräsident



Seiichi Furuya (l.) und Norbert Lammert während der Ausstellungseröffnung

Norbert Lammert zu Furuyas Bildern. Schon mehrfach habe der Bundestag Fotos ausgestellt, die sich mit der Berliner Mauer auseinandergesetzt hätten. Die Ausstellung sei ein „schöner Beleg dafür, dass die sogenannte große Geschichte und die kleinen Biografien mehr als nur zufällig zusammenhängen“. Schließlich gedenke man 2014 nicht nur des Ausbruchs beider Weltkriege, sondern auch dem Mauerfall vor 25 Jahren. „Ich bin ein sehr politischer Mensch“, sagte Furuya am Rande der Ausstellung. Deswe-

gen freute er sich besonders über die Schau im Bundestag. Mit Berlin verbinde er viel, weil er hier Mitte der 1980er Jahre als Dolmetscher für eine Baufirma gearbeitet habe. Die Ausstellung ist bis zum 31. Mai im Mauer-Mahmal des Deutschen Bundestages zu sehen. Öffnungszeiten sind Dienstag bis Sonntag von 11 bis 17 Uhr, der Eintritt ist frei. Schleafs „Telefonzellenbilder“ sind noch bis zum 23. März zu sehen. Danach werden sie gegen andere seiner Werke getauscht. Sandra Ketterer

## Plädoyer für Bafög-Novelle

**BILDUNG** Keine Unterstützung für sofortige Erhöhung

Die Fraktion Die Linke fordert eine sofortige Erhöhung des Bafög-Satzes um zehn Prozent. Die Fraktion macht diese Forderung unter anderem an den gestiegenen Mieten fest. Von 54 untersuchten Hochschulstädten hätte lediglich Chemnitz unter dem durchschnittlichen im Gesetz vorgesehenen Pauschalsatz von 224 Euro gelegen, rechnete Nicole Gohlke (Die Linke) in der Debatte über den entsprechenden Antrag der Linken (18/479) am vergangenen Freitag vor. Die 448 Euro, die die Bafög-Geförderten im Durchschnitt bekämen, reichten „vorne und hinten nicht aus“. Ferner forderte Gohlke die Anpassung an die Preis- und Einkommensentwicklung und die Gewährung des Bafögs als rückzahlungsfreien Vollzuschuss.

**Gestiegene Ausgaben** Der CDU-Bundestagsabgeordnete Stefan Kaufmann wies die Forderungen der Linken als überzogen zurück: „Alles fordern und der Bund soll zahlen.“ So mache man sich Oppositionspolitik sehr einfach. Kaufmann betonte, dass allein im Zeitraum von 2010 bis 2012 die Ausgaben noch einmal um rund 0,5 Milliarden Euro auf 3,34 Milliarden Euro gestiegen seien. Zudem lägen die Bedarfssätze immer noch oberhalb des Preisindex. Grundsätzlich bekannte sich auch Kaufmann zu einer Bafög-Reform. Allerdings sei eine Novelle bislang an der fehlenden Finanzierungszusage der Länder gescheitert.

## Grütters rügt Länder scharf

**KULTUR I** Kulturstaatsministerin Monika Grütters (CDU) hat die Bundesländer wegen ihrer Weigerung, die seit Anfang des Jahres geltenden Regelungen zur Besteuerung des Kunsthandels umzusetzen, scharf kritisiert. Es sei „skandalös“, dass die Länder den Anwendungserlass für die Pauschal-margenbesteuerung geschlossen ablehnen, sagte Grütters in der vergangenen Woche während einer öffentlichen Sitzung des Kulturausschusses. Sie kündigte an, die Regierung werde versuchen, einzelne Länder in Einzelgesprächen aus dieser „Phalanx“ herauszubrechen. Sie forderte die Abgeordneten zugleich auf, sich in ihren Ländern ebenfalls in diesem Sinne einzusetzen. Grütters erinnerte daran, dass der Kompromiss über die Besteuerung des Kunsthandels in mühseligen Verhandlungen gefunden worden sei. Die EU-Kommission hatte den ermäßigten Mehrwertsteuersatz von sieben Prozent für den Wiederverkauf von Kunst als unzulässige Subvention eingestuft. Damit drohte eine Anhebung auf den regulären Satz von 19 Prozent – nach Einschätzung von Experten das Aus für viele Galerien. Der Bundestag hatte deshalb die von der Kommission akzeptierte Pauschal-margenbesteuerung für den Kunsthandel mit dem Jahressteuergesetz 2013 eingeführt. Diese sieht vor, dass nur 30 Prozent des Verkaufspreises mit dem Mehrwertsteuersatz von 19 Prozent belegt werden. aw

## Rund 590 Werke unter Verdacht

**KULTUR II** Bei rund 590 Kunstwerken des sogenannten Schwabinger Kunstfundes wird derzeit geprüft, ob es sich um NS-Raubkunst handelt. Dies teilte die Leiterin der eigens eingesetzten Taskforce, Ingeborg Berggreen-Merkel, dem Kulturausschuss in der vergangenen Woche mit. Inzwischen seien rund 460 Werke bei der Datenbank „www.lostart.de“ im Internet eingestellt, um ihre Herkunft zu klären. Die Taskforce setze sich aus einer internationalen Gruppe von Experten für Provenienzforschung zusammen. Berggreen-Merkel warb bei den Abgeordneten zugleich um Verständnis, dass die Arbeit der Taskforce weitestgehend vertraulich sein müsse. Die Staatsanwaltschaft Augsburg habe im März 2012 den damaligen Kulturstaatsminister Bernd Neumann (CDU) um Amtshilfe gebeten, um die Herkunft der bei dem Kunstsammler Cornelius Gurlitt beschlagnahmten Werke zu klären. Mit Blick auf das Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts einer Steuerstrafat sei die Taskforce zur „strengsten Verschwiegenheit“ verpflichtet, erläuterte Berggreen-Merkel. Die Ergebnisse der Taskforce würden deshalb zuerst der Staatsanwaltschaft übermitteln. Später könnten sie auch in zivilrechtlichen Auseinandersetzungen über Rückgabeforderungen genutzt werden. An die Taskforce könnten sich auch potenzielle Anspruchsteller wenden. Kulturstaatsministerin Monika Grütters (CDU) lobte die Arbeit und die Zusammenarbeit der Taskforce vor dem Ausschuss ausdrücklich. Zugleich gab sie sich zuversichtlich, die von ihr angestrebte Verdoppelung der Mittel für die Provenienzforschung von zwei auf vier Millionen Euro in den Haushaltsverhandlungen zu erreichen. Sie stellte noch einmal klar, dass die Gelder nicht aus dem Kulturhaushalt aufbringen könne. aw







Sehr unterschiedlich wurde in der Schweiz über die Initiative zur Zuwanderungs-Begrenzung abgestimmt: In der Großstadt Genf (links) mit ihren mehr als 40 Prozent Ausländern stimmten nur 39,1 Prozent mit Ja. Rechts ein Plakat der Kampagne im Kanton Thurgau:

# Votum gegen das Establishment

**SCHWEIZER PLEBISZIT** Das Ja zu Einwanderungsquoten kam für die EU unerwartet. Nun fürchtet Brüssel Folgen für die Europawahl

Am Tag danach bemühte sich die EU-Kommission demonstrativ um Gelassenheit. Der Ball sei nun im Feld der Schweiz, hieß es am vergangenen Montag in Brüssel zum Votum der Schweizer, künftig den Zuzug von Ausländern zu beschränken. So lange nicht bekannt sei, auf welche Art genau der Volksentscheid umgesetzt werde, könne man nicht reagieren. Hinter den Kulissen sitzt der Schock jedoch tief über die Entscheidung, die mit 50,3 Prozent Zustimmung denkbar knapp ausfiel. Das Ergebnis wird in Brüssel als Votum gegen das Establishment interpretiert – und damit als schlechtes Omen für die Europawahl Ende Mai gesehen. Der irische Außenminister Eamon Gilmore bezeichnete das Votum als „beunruhigend“, da man in Europa einen Aufstieg einer „rechtsextremen und ziemlich fremdenfeindlichen Agenda“ erlebe. „Wenn man ein solches Referendum in Frankreich abgehalten hätte, dann wäre es schlimmer gekommen, nämlich eine Zustimmung von 60 Prozent“, gab Daniel Cohn-Bendit zu bedenken, der für die französischen Grünen im Europäischen Parlament sitzt.

**»Anders als Schweizer Käse kann der EU-Binnenmarkt keine Löcher haben.«**

Viviane Reding, Justizkommissarin der EU

Ganz unmittelbar beeinflusst das Votum das Verhältnis zwischen der Schweiz und der EU. Der Schweizer Europa-Experte Dieter Freiburghauser prognostiziert, dass sich das Klima zwischen der Eidgenossenschaft und der EU „deutlich“ verschlechtern werde: „Die EU wird reagieren wie nach dem Nein zum Europäischen Wirtschaftsraum: Sie wird einerseits bremsen und abwarten und andererseits einen härteren Ton anschlagen.“ Eine Kostprobe des härteren Tons gab es schon vergangene Woche. EU-

Kommissionspräsident José Manuel Barroso drohte mit Konsequenzen, wenn sich die Schweiz künftig abschottet. „Im Sinne der Gegenseitigkeit ist es nicht richtig, dass Schweizer Bürger die unbeschränkte Personenfreizügigkeit in der Europäischen Union haben“, betonte Barroso. In der EU-Kommission herrscht seit geraumer Zeit Ärger über die Hartleibigkeit, die die Schweiz bei bilateralen Verhandlungen an den Tag gelegt hat, der sich nun entladen könnte. Zumal sich Brüssel am längeren Hebel wähnt. Die Schweiz habe ein größeres Interesse an freiem Zugang zur EU als andersherum, heißt es. Relativ zur gesamten Einwohnerzahl wohnen deutlich mehr Schweizer in der EU, als andersherum. Die EU ist der wichtigste Handelspartner für die Schweiz, umgekehrt landet sie aber nur auf Platz vier. Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier (SPD) rechnet bereits vor, dass die Schweiz alleine mit Baden-Württemberg mehr Handel betriebe als mit den USA.

Wie geht es nun weiter? Das Ergebnis des Referendums verpflichtet die eidgenössische Regierung binnen drei Jahren ein neues Zuwanderungssystem zu schaffen. Die Ministerien für Justiz, Auswärtiges und Wirtschaft in Bern werden bis Ende Juni ein Umsetzungskonzept erarbeiten. Bis zum Jahresende soll eine Gesetzesvorlage entstehen. Parallel dazu will die Schweizer Regierung mit der EU im Gespräch bleiben, um die drängenden Fragen zu regeln. Konkret handelt es sich um das Zusatzprotokoll, mit dem das bisherige Freizügigkeitsabkommen auf Kroatien ausgedehnt werden soll. Das Dokument ist paraphrasiert, aber noch nicht unterschrieben. Die Schweiz hat Brüssel auf diplomatischem Wege zu verstehen gegeben, dass

die Unterzeichnung nach dem Referendum wohl aussetzen müsse. In diesem Fall wird aber auch die EU laufende Verhandlungen aussetzen. Die Retourkutsche soll der Schweiz signalisieren, dass es kein „business as usual“ geben kann, heißt es in Brüssel. Somit wäre die Teilnahme der Schweiz an den Forschungs- und Bildungsprogrammen der EU gefährdet. Konkret geht es um Horizon 2020 und den Studentenaustausch Erasmus. In Brüssel hat sich für dieses Szenario schon der Sprachgebrauch „Mini-Guillotine“ eingebürgert. Die große Guillotine droht der Schweiz, wenn sie das bestehende Freizügigkeitsabkommen aufkündigt, weil damit automatisch sechs weitere Abkommen infallig würden. Das sieht Artikel 25 des Freizügigkeitsabkommens von 1992 vor, die so genannte Guilloitineklause.

Für die Schweiz wäre das ein herber Schlag, denn die weiteren Abkommen regeln so grundlegende Dinge wie die Anerkennung von Industriestandards, den Zugang Schweizer Unternehmen zu öffentlichen Aufträgen und zu den Forschungsprogrammen der EU, die partielle Öffnung des Schweizer Agrarmarkts, den Zugang von Schweizer Fluggesellschaften zum EU-Luftverkehrsmarkt und die gegenseitige Öffnung des Straßen- und Schienennetzes. „Bern befindet sich, wenn es das bilaterale Vertragswerk behalten will, in der Position des Bittstellers“, urteilt bereits die „Neue Zürcher Zeitung.“ Die Initiatoren der Schweizer Volksabstimmung gehen dagegen davon aus, dass die EU die Abkommen nicht kündigen werde, weil sie kein Interesse daran habe. Schlussendlich werde sie eine Lösung akzeptieren, bei der die Schweiz Kontingente für Ausländer vorsieht. Dies könnte sich jedoch als Wunschdenken herausstellen. Brüssel und die Mitgliedsstaaten haben vergangene Woche sehr klar gemacht, dass die Schweizer ihre Annäherungsbedingungen nicht selbst entwerfen können. „Anders als Schweizer Käse kann der europäische Binnenmarkt keine Löcher haben“, sagte Justizkommissarin Viviane Reding. Außenminister Steinmeier warnte die Schweiz vor „Rosinenpickerei“ in ihren Beziehungen zur EU. Aus dem Europäischen Parlament kam die klare Ansage, dass die Schweiz mit Gegenwehr rechnen müsse, wenn sie sich abschotte. „Gibt es Quoten für Menschen, muss es auch Quoten für die Geschäfte der Schweizer Banken und die Exporte der Schweizer Wirtschaft geben“, sagte Cohn-Bendit. Die praktischen Probleme, die sich aus dem Votum ergeben, sind die eine Sache. In Brüssel herrscht aber deutlich mehr Unruhe darüber, dass das Schweizer Ergebnis Populisten Auftrieb geben könnte. Die jubilierten in vielen Mitgliedsstaaten. „Das sind wunderbare Neuigkeiten für die nationale Souveränität und für die Liebhaber der Freiheit in ganz Europa“, triumphierte etwa der Chef der UK Independence Party (Ukip), Nigel Farage, dessen Partei den Zuzug nach Großbritannien beschränken will. In den Niederlanden schrieb der Chef der niederländi-

schon Freiheitspartei PVV, Geert Wilders, auf Twitter: „Was die Schweizer können, das können wir auch. Quoten für Migranten. Phantastisch.“ In Frankreich schlug die Chefin des Front National, Marine Le Pen, eine ganz ähnliche Tonalität an: „Ich wünschte, wir würden den Schweizern folgen!“ Sie erklärte den Beschluss der Schweizer als „Sieg des Volkes gegen die Eliten und die Technokratie der EU.“ Mit ihrer Interpretation liegt sie interessanter gar nicht so weit entfernt von den Brüsseler Erklärungsversuchen. In der EU wird die Abstimmung als eine Wahl gegen das Establishment gesehen. In der Schweiz hatten Unternehmen, Wirtschaftsverbände, Gewerkschaften und sogar die Kirche für einen freien Zuzug plädiert, sich aber nicht durchgesetzt gegen Globalisierungsgegner, die diffuse Ängste schürten.

In Brüssel wächst die Angst, dass Populisten aller Couleur die Europawahl Ende Mai zu einer Abstimmung gegen das Establishment und das Elitenprojekt Europa ausrufen werden. Schon vor der Abstimmung in der Schweiz lagen Parteien wie Ukip, die PVV, der Front National und die linksgerichtete griechische Syriza in ihren Ländern an erster Stelle in der Wählergunst. Sollten die Kräfte am Rande des politischen Spektrums bei der Europawahl auftrumpfen, so hätte dies schwerwiegende Auswirkungen für die EU. Die Parteien der Mitte könnten sich gezwungen sehen, die populistischen und EU-kritischen Ideen in Teilen zu übernehmen, um politisch zu überleben. In Großbritannien ist der anti-europäische Kurs von Premierminister David Cameron schon bisher eine klare Reaktion auf Erfolge von Ukip.

In Frankreich droht nun offenbar eine ähnliche Annäherung des Mainstreams an die Forderungen des Randes. Der ehemalige konservative Ministerpräsident François Fillon preist das Schweizer Vorgehen unumwunden als Vorbild: „Ich fordere seit Monaten, dass Frankreich und Europa das gleiche Quotensystem einführen.“ Dies ist ein Beispiel, wie sich der politische Mainstream dem Gedankenkeg des politischen Randes öffnet. Sollten Regierungen aber immer häufiger nationalistische Positionen einnehmen, wird die Zusammenarbeit in Brüssel kompliziert. Der Wahlkampf könnte schon bald Aufschluss geben, wie stark die Parallelen zwischen der Schweiz und der EU sind. *Silke Wettach*

Die Autorin ist Korrespondentin der „Wirtschaftswoche“ in Brüssel.

## »Dringender Wunsch der Bürger«

**INTERVIEW** Der Münchner Europaabgeordnete Gerald Häfner plädiert für mehr direkte Demokratie

**Herr Häfner, die Schweizer haben sich per Plebiszit für eine Zuwanderungsbegrenzung ausgesprochen. Wie finden Sie das?**  
Die Schweizer diskutieren mit dem Instrument der direkten Demokratie ein Thema, das derzeit viele Länder in Europa umtreibt. Ich hätte inhaltlich anders entschieden als die – übrigens hauchdünne – Mehrheit in der Schweiz. Aber ich akzeptiere das Ergebnis. Das ist Demokratie. Dass einige Deutsche jetzt die Schweizer pauschal als hinterwäldlerisch und fremdenfeindlich angreifen, scheint mir maßlos. Die Schweiz hat mit über 23 Prozent weit mehr Ausländer aufgenommen als wir mit über acht Prozent. Auch die derzeitige Einwanderung ist dreimal so hoch.

**Gegner der direkten Demokratie sehen sich bestärkt darin, bei heiklen Fragen dürfen man das Volk nicht abstimmen lassen ...**  
Man kann doch demokratische Verfahren nicht danach beurteilen, ob einem das Ergebnis passt oder nicht. Ich bin ein glühender Parlamentarier, aber auch Parlamente haben schon Dinge entschieden, die ich anders gesehen hätte. Deshalb sollte man nicht die Parlamente ablehnen, sondern für bessere Mehrheiten kämpfen. In der Demokratie ist das Volk der Souverän und Volksabstimmungen sind ein Spiegel der Gesellschaft, in der Schweiz wie hier. Aber Meinungen können sich verändern – und das tun sie auch. Dafür sollten wir kämpfen, anstatt das Volk oder die Demokratie anzuprangern. Einen Punkt aber sehe ich anders als die Schweizer: Ich habe im Bundestag 2001 einen Gesetzentwurf zur Einführung von Volksbegehren und Volksentscheiden eingebracht. Danach sind diese an Recht und Gesetz, und insbesondere an die Verfassung gebunden. Im Zweifel entscheidet das Bundesverfassungsgericht. In der Schweiz dagegen kann sich eine Abstimmung über geltendes Völker- und Verfas-



Gerald Häfner (Grüne) ist Präsident von „Democracy International“, einer Vereinigung für mehr Bürgerbeteiligung.

sungsrecht hinwegsetzen. Das halte ich für falsch.

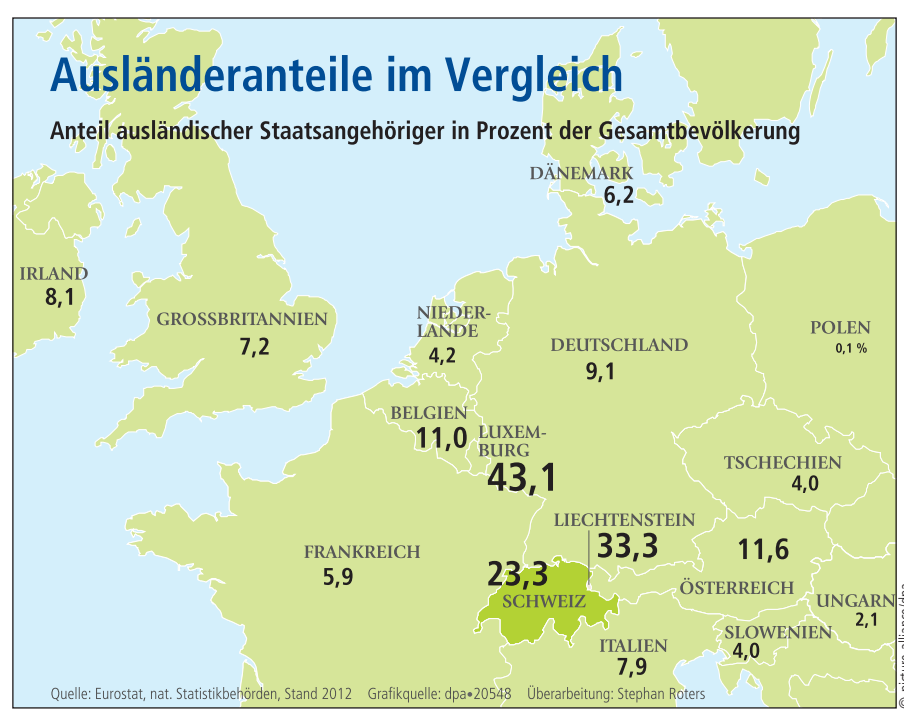
**In Deutschland wäre so eine Abstimmung unmöglich. Sollte das geändert werden?**  
Ja. In Deutschland wäre eine Volksabstimmung wie jetzt in der Schweiz von vorneherein unzulässig, weil sie gegen geltendes europäisches und internationales Recht verstößt. Da ist Deutschland nicht nur vor dem Hintergrund der Geschichte, sondern auch des geltenden Rechts in einer anderen Position. Zugleich muss aber auch über europäische und internationale Verträge abgestimmt werden können. Andernfalls führt die fortschreitende Globalisierung und Internationalisierung der Politik zu einem Ausstieg aus der Demokratie.

**Wie weit sollte direkte Demokratie überhaupt gehen?**

Volksabstimmungen führen zu mehr Information, Diskussion, Engagement, Akzeptanz, Identifikation und Integration der Bürger. Prinzipiell kann alles, was heute von Parlamenten entschieden wird, auch durch direkte Abstimmung der Bürgerinnen und Bürger entschieden werden. Faktisch würde das Parlament weiter die meisten Entscheidungen treffen, weil die Bürger weder Interesse noch Zeit haben, alles selbst zu entscheiden. Die eigentlich spannende Frage ist: Wie organisiert man diesen Prozess gründlich, sachlich und so, dass alle die Chance haben, die Argumente beider Seiten abzuwägen und es am Ende eine Frage der Argumente und nicht von Geld- oder Medienmacht ist, welche Position sich durchsetzt.

**Im Koalitionsvertrag von Union und SPD findet sich nichts zur direkten Demokratie auf Bundesebene. Haben Sie trotzdem noch Hoffnung?**  
Klar. Die Hoffnung gebe ich nicht auf. 80 Prozent der Bevölkerung in Deutschland fordern mehr direkte Demokratie auch auf Bundesebene, darunter auch über drei Viertel der Wähler der CDU. Ich glaube nicht, dass die Große Koalition auf Dauer diesen dringenden und wohl begründeten Wunsch der Bürger verhindern kann, auch wenn der Koalitionsvertrag bei der direkten Demokratie alle Diskussionen der letzten Jahre und alle Forderungen der Bürger ignoriert und sich taub und stumm stellt.

Das Gespräch führte Hans Krump.



Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



# Opposition kämpft um ihre Rechte

**BUNDESTAG** Linke und Grüne stellen zusammen nur 20 Prozent der Abgeordneten. Damit können sie eine Reihe von Kontrollinstrumenten nicht nutzen. Sie fordern, gemeinsam die Minderheitenrechte ausüben zu können

Mit 64 Abgeordneten ist Die Linke im 18. Bundestag vertreten, ein Mandat weniger haben die Grünen –macht zusammen 127 Parlamentarier. 127 von 631 Bundestagsmitgliedern, wahlgemäß, also gerade mal 20 Prozent; den großen Rest stellt die schwarz-rote Regierungskoalition. Und da liegt das Problem, das die Erste Parlamentarische Geschäftsführerin der Linksfraktion, Petra Sitte, vergangenen Donnerstag im Plenum so beschrieb: Um sich im Parlament „wirkungsvoll einbringen zu können, benötigen wir auch umfassend die Rechte einer parlamentarischen Opposition“, sagte sie, doch seien diese Rechte an Quoren gebunden: „Wir müssen zur Ausübung dieser Rechte mal über ein Drittel der Abgeordneten des Bundestages verfügen, mal über ein Viertel – aktuell besteht die Opposition aber eben nur aus einem Fünftel der Abgeordneten“.

**Keine Normenkontrollklage** Damit kann die Opposition derzeit eine ganze Reihe von Minderheitenrechten nicht nutzen: „Beispielsweise die Einberufung des Bundestages“, wie Sitte auflistete, „die Einsetzung von Enquete-Kommissionen und Untersuchungsausschüssen, die Durchsetzung von öffentlichen Anhörungen.“ Und auch keine Normenkontrollklage vor dem Bundesverfassungsgericht könne die Opposi-

tion einreichen zur Überprüfung der Verfassungsmäßigkeit von Gesetzen. Für Die Linke und die Grünen sind die Geschäftsordnung des Parlaments und bestimmte Gesetzesregelungen „nicht auf eine Situation ausgerichtet, in der die Koalitionsfraktionen über mehr als zwei Drittel der Bundestagssitze verfügen“. Zahlreiche Kontrollrechte drohten ihre Wirksamkeit zu verlieren, weil die Große Koalition aus Union und Sozialdemokraten „über eine solche übergroße Mehrheit verfügt“, heißt es in einem gemeinsamen Gesetzentwurf (18/380) der beiden Oppositionsfraktionen, über den der Bundestag vergangene Woche erstmals debattierte.

Aus Sicht der Oppositionsfraktionen beseitigt ihr Gesetzentwurf „die Probleme, soweit sie durch Gesetzesänderungen zu lösen sind“. Grundprinzip sei dabei, „dass die jeweilige Rechtsposition den beiden Oppositionsfraktionen des 18. Deutschen Bundestages zur gemeinsamen Ausübung zur Verfügung gestellt wird“. In einem Antrag (18/379) dringen Linke und Grüne zudem auf eine Änderung der Geschäftsordnung. Danach sollen Rechte, die die Geschäftsordnung einer qualifizierten Minderheit verleiht, auch „von zwei Fraktionen, die nicht die Bundesregierung tragen“, gemeinsam ausgeübt werden können. Dies solle für Ausschussberatungen entsprechend gelten. „Das heißt: Wir müssen uns immer einigen“, erläuterte Sitte die Oppositionsvor-



Vier Fünftel ist schwarz-rot: Die CDU/CSU-Fraktion hat im Bundestag 311 Sitze, die Grünen-Fraktion 63, die SPD-Fraktion 193 und Die Linke 64.

stellungen, die ein Kompromissvorschlag seien, der der Koalition die Zustimmung erleichtern solle. Die Koalition wiederum will der Opposition zwar in der Frage der parlamentarischen Minderheitenrechte entgegenkommen, wie ihre Redner in der Debatte versicherten. Sie hat dazu aber einen eigenen Antrag (18/481) eingebracht, die Geschäftsordnung durch einen neuen Paragraphen 126a zu ergänzen. Danach soll etwa ein Untersuchungsausschuss eingesetzt werden können, wenn alle Mitglieder der Oppositions-

fraktionen dies beantragen. Besser stellen will Schwarz-Rot die Opposition auch bei den Geldleistungen, die die Fraktionen erhalten. Sie setzen sich aus einem Grundbetrag für jede Fraktion, einem Betrag für jedes Mitglied und einem weiteren Zuschlag für jede Oppositionsfraktion zusammen. Dieser Oppositionszuschlag soll dem Koalitionsantrag zufolge für die laufende Wahlperiode „auf den Betrag für jedes Mitglied von zehn Prozent auf 15 Prozent“ erhöht werden.

**Streit um die Redezeiten** Und schließlich enthält die Vorlage eine Regelung zur Verteilung der Redezeiten auf die Fraktionen – ein seit den ersten Debatten der Wahlperiode heftig diskutiertes Thema. Danach soll die Opposition über 25 bis 32 Prozent der Redezeit verfügen können, je nach Debattendauer, bei der in der Koalitionsvorlage sechs nach Konfektionsgrößen benannte Varianten von 25 Minuten („XS“-Format für „kurz“) bis 224 Minuten („XXL“-Format) unterschieden werden. Für die Union wertete ihr Erster Parlamentarischer Fraktionsgeschäftsführer Michael Grosse-Brömer (CDU) den Vorschlag zu den Redezeiten als „klares Entgegenkommen“ der Koalition, da der Opposition ja eigentlich nur 20 Prozent zustünde. Die Koalition wolle jedoch eine „hörbare und sichtbare Opposition“ und ein „lebendiges Parlament“.

Seiner Grünen-Kollegin Britta Haßelmann ging der Vorschlag indes nicht weit genug. Jedes lebendige Parlament brauche in den Debatten das Prinzip von Rede und Gegenrede, entgegnete sie und verwies darauf, dass dieses Prinzip in vielen Landtagen unabhängig von der Stärke der Fraktionen gepflegt werde. In Hessen habe beispielsweise jede Fraktion die gleiche Redezeit.

„Positiv“ fand es Haßelmann, dass die Koalition mittlerweile bereit sei, in der Frage der Minderheitenrechte die Geschäftsordnung ändern. Wichtig sei aber auch, etwa das Untersuchungsausschussgesetz zu ändern. Ähnlich äußerte sich Sitte. Der Koalitionsantrag zeige, dass man sich grundsätzlich „in vielem einig“ sei, sagte sie. Auseinander gingen die Meinungen indes in der Frage, wie man die Minderheitenrechte verlässlich regeln könne. Nur ein Teil der Oppositionsrechte werde in der Geschäftsordnung geregelt, ein anderer Teil finde sich dagegen in verschiedenen Gesetzen wieder. Auch dort müssten die Minderheitenrechte geregelt werden, forderte Sitte. Zugleich beharrte sie wie Haßelmann auf dem Recht, eine Normenkontrollklage einzulegen. Dieses Recht sähen manche Juristen als „Königsrecht der Opposition“.

**Nein zu Gesetzesänderungen** Grosse-Brömer hielt dem entgegen, dass die Normenkontrollklage kein Minderheitenrecht sei. Und die Parlamentarische SPD-Fraktionsgeschäftsführerin Dagmar Ziegler wies die For-

derungen nach Gesetzesänderungen zurück. Schwarz-Rot gestehe der Opposition mehr parlamentarische Rechte zu, als ihr von den Wählern zugestanden worden sei. „Das zeigt auch, dass wir diejenigen sind, die Ihnen etwas zugestehen, was Ihnen nicht von vornherein zusteht“, sagte sie an die Adresse der Opposition. Umfassende Gesetzesänderungen halte die Koalition dafür aber nicht für zwingend erforderlich.

**Erfahrungen aus Weimar** Auch öffne es „möglichst verantwortungslos Verhalten und Versuchen politischer Obstruktion Tür und Tor“, jeder denkbaren Oppositionskonstellation per Gesetz das Recht einzuräumen, auf „grundlegende Abläufe und Verfahrensweisen unserer parlamentarischen Demokratie Einfluss zu nehmen“, argumentierte Ziegler. Die Koalition unterstelle dies nicht der jetzigen Opposition. Die „Väter und Mütter unseres Grundgesetzes“ und Verfasser der Geschäftsordnung hätten aber „aus gutem Grund die Einhaltung bestimmter Quoren für tiefgreifende Eingriffe“ in die Verfahrensweisen des Bundestages festgeschrieben und dabei „die Weimarer Republik und die Erfahrungen damit im Hinterkopf gehabt“. Der Koalitionsantrag sei eine „faire Handreichung der Mehrheitsfraktionen an die Kollegen aus den Minderheitenfraktionen“, fügte Ziegler hinzu und appellierte an die Opposition: „Gehen Sie einfach durch diese Tür durch.“ Helmut Stoltenberg



Die Oppositionsrechte sind auch Thema im Geschäftsordnungsausschuss.

## Ringens um die »angemessene Entschädigung«

**ABGEORDNETE** Die Pläne der Großen Koalition zur deutlichen Anhebung der Diäten stoßen bei Linken und Grünen auf Kritik

Wenn es um die Abgeordnetenentschädigung geht, die sogenannten Diäten, befinden sich die Volksvertreter in einer Zwischmühle: Auf der einen Seite verlangt das Bundesverfassungsgericht von ihnen, ihre Vergütung selbst festzulegen, wie der Erste Parlamentarische Geschäftsführer der Unionsfraktion, Michael Grosse-Brömer (CDU), vergangenen Freitag im Bundestag erläuterte. Andererseits gehe die Tatsache, dass die Parlamentarier selbst bestimmen, was sie verdienen, in der öffentlichen Debatte „häufig mit dem Vorwurf einer Selbstbedienungsmentalität einher“.

**Jährliche Anpassung** Künftig soll sich die Erhöhung der Abgeordnetenentschädigung nach dem Willen der Großen Koalition an der Entwicklung der Nominallöhne orientieren. Als Ausgangsgröße soll die Besoldung eines Richters an einem obersten Gerichtshof des Bundes (Besoldungsgruppe R 6 mit der Zulage für Richter und Staatsanwälte bei obersten Gerichtshöfen des Bundes ohne Familienzuschlag) dienen, wie aus dem schwarz-roten Gesetzentwurf zur Änderung des Abgeordnetengesetzes (18/477)

hervorgeht. Um eine „Annäherung an die Ausgangsgröße“ zu erreichen, soll die Abgeordnetenentschädigung, die derzeit bei 8.252 Euro monatlich liegt, der Vorlage zufolge zum 1. Juli 2014 auf 8.667 Euro und zum 1. Januar 2015 auf 9.082 Euro angehoben werden. Danach soll die Entschädigung jährlich zum 1. Juli, erstmals im Jahr 2016, auf der Basis des durchschnittlichen Anstiegs der Nominallöhne angepasst werden.

Ferner sieht der Entwurf neben den bisherigen Amtszulagen für den Bundestagspräsidenten und seine Stellvertreter eine Zulage auch für die Vorsitzenden der ständigen Ausschüsse, Untersuchungsausschüsse und Enquete-Kommissionen vor. Grosse-Brömer betonte in der ersten Lesung des Gesetzentwurfs, seit 1995 gebe es im Abgeordnetengesetz die Festlegung, dass der Vergleichsmaßstab für eine angemessene Vergütung der Parlamentarier der Verdienst eines Bundesrichters sei, der auf Bundesebene eine nicht weisungsgebundene Tätigkeit ausübe. Diese Vergütung habe man aber nie erreicht. Daher schlage die Koalition nun vor, die derzeitige Differenz von rund 830 Euro in zwei Schritten auszugleichen und sich dann an einen Index anzukoppeln, der die Abgeordneten „nicht schlechter und

nicht besser stellt als jeden abhängig Beschäftigten in Deutschland“. Zudem solle bei der Altersversorgung der Parlamentarier der Höchstbetrag von bisher 67,5 Prozent der Abgeordnetenentschädigung auf 65 Prozent gesenkt werden.

Seine SPD-Kollegin Christine Lambrecht betonte, eine gute Bezahlung der Abgeordneten sei „gesellschaftlich durchaus akzeptiert“, doch gebe es zu Recht Kritik an der

Altersversorgung der Parlamentarier. Hier nehme man nun deutliche Einschnitte vor. „Richtig weh tun“ werde dabei, „dass es in Zukunft keine Möglichkeit mehr geben soll, abschlagsfrei in den sogenannten Vorruhestand zu gehen“. Auf Kritik stießen die Koalitionspläne bei der Opposition. Für Die Linke nannte es ihre Erste Parlamentarische Fraktionsgeschäftsführerin

Petra Sitte „höchst problematisch“, die Diäten „in sieben Monaten um 830 Euro steigen zu wollen“. Eine angemessene Entschädigung für Abgeordnete sei eine demokratische Errungenschaft, sagte sie. Seit dem Jahr 2000 habe es aber bei den Diäten ein Wachstum von 25 Prozent gegeben habe, während die Bruttolöhne lediglich um 22 Prozent gestiegen seien und es in den unteren Gehaltsklassen Reallohneinbußen gegeben habe.



Die Koalition will den Straftatbestand der Abgeordnetenbestechung erweitern.

Die Erste Parlamentarische Geschäftsführerin der Grünen-Fraktion, Britta Haßelmann, bemängelte, dass der Koalitionsentwurf bereits am kommenden Freitag verabschiedet werden solle. Ihre Fraktion halte bei der Abgeordnetenentschädigung die

grundsätzliche Orientierung an der Besoldungsgruppe R 6 für angemessen. Aber statt einer zweimaligen Anhebung innerhalb eines halben Jahres hätte man „das auch über die Legislaturperiode strecken können“. Auch müsse man die Altersversorgung der

Abgeordneten neu regeln. Es werde in der Öffentlichkeit als „zutiefst ungerecht“ empfunden, dass die Parlamentarier „in sehr kurzer Zeit sehr viele Rentenbezüge erwerben können“.

**Straftatbestand Bestechung** Ebenfalls in erster Lesung debattierte das Parlament zugleich über einen Koalitionsentwurf zum Thema Abgeordnetenbestechung (18/476) und eine Grünen-Vorlage zum UN-Übereinkommen gegen Korruption (18/478). Der Koalitionsentwurf zielt darauf ab, einen Straftatbestand zu schaffen, der „strafwürdige korruptive Verhaltensweisen von und gegenüber Mandatsträgern“ erfasst. Derzeit sind Bestechlichkeit und Bestechung von Abgeordneten nur als Stimmenverkauf und -kauf bei Wahlen und Abstimmungen strafbar. Grosse-Brömer betonte, natürlich müsse Bestechlichkeit von Abgeordneten strafbar sein, „ohne dabei den Grundsatz des freien Mandats nebst Beachtung der Besonderheiten des politischen Prozesses aufzugeben“. Viele Abgeordnete seien besorgt, dass dies falsch geregelt werde, doch sei er überzeugt, dass man die beste Lösung erarbeitet habe. Lambrecht nannte die Materie „kompliziert“. Die Koalition traue sich aber eine Regelung zu, mit der nicht nur der Stimmenverkauf, sondern auch die Bestechung und die Bestechlichkeit von Abgeordneten unter Strafe gestellt werden kann“, fügte sie hinzu. Helmut Stoltenberg





Die Legislaturperiode hat kaum begonnen, da ist die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses über die Aktivitäten des US-Geheimdienstes in Deutschland so gut wie beschlossen.

## Kiko kümmert sich um Kinder

**KINDERKOMMISSION** Im Bundestag hat sich am vergangenen Mittwoch die Kinderkommission (Kiko) konstituiert. Neuer Vorsitzender ist der CDU-Abgeordnete Eckhard Pols. Die Kommission gibt es seit 1988. Sie ist ein Untergremium des Ausschusses für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Der Vorsitzende des Familienausschusses, Paul Lehrieder (CSU), betonte, Ziel des Gremiums sei es, kindgerechte Lebensverhältnisse zu schaffen. Mit der erneuten Einsetzung der Kinderkommission mache der Bundestag deutlich, wie wichtig den Abgeordneten diese Aufgabe sei. Pols warb für die Einsetzung eines Kinderbeauftragten nach dem Vorbild des Wehrbeauftragten. Dieser sollte sich ausschließlich um die Interessen von Kindern und Jugendlichen kümmern. Er gab zu bedenken: „Was wir uns hier oben ausdenken, muss auch unten ankommen.“ So müsse bei politischen Entscheidungen Rücksicht auf die Heranwachsenden genommen werden. Die Kiko will Kinderrechte im Grundgesetz verankern. Bundesfamilienministerin Manuela Schwesig (SPD) stellte drei Rechte von Kindern in den Vordergrund: Beteiligung, Förderung und Schutz. In der Kiko sitzen neben Pols noch die Abgeordneten Susann Rührich (SPD), Diana Golze (Die Linke) und Beate Walter-Rosenheimer (Grüne). Alle Entscheidungen der Kiko müssen einstimmig getroffen werden, der Vorsitz wechselt jedes Jahr. *ldjpk*

## Einfacher in die Insolvenz

**RECHT** Wenn Unternehmen, die zu einem Konzern gehören, in Insolvenz gehen, sind heute aufgesplittete, häufig langwierige und teure Verfahren die Folge. Die Bundesregierung will das ändern und hat einen entsprechenden Gesetzentwurf (18/407) vorgelegt, über den der Bundestag am vergangenen Freitag erstmals beraten hat. Er sieht vor, die Insolvenzverfahren der einzelnen Unternehmen bei einem einzigen Gericht zu bündeln und durch nur einen Insolvenzverwalter bearbeiten zu lassen. Zudem soll die Zusammenarbeit zwischen Gerichten und Verwaltern vereinfacht werden. In der Debatte betonte der Parlamentarische Staatssekretär Christian Lange (SPD), man nehme bei der Reform der Konzerninsolvenzen „minimalinvasive Eingriffe“ vor. Die Regierung strebe „keine radikale Neuausrichtung“ an, sondern eine „maßvolle Fortentwicklung“ bestehender Lösungsmöglichkeiten. Für die Union betonte Heribert Hirt (CDU), im Insolvenzrecht stehe bisher die einzelne Person im Vordergrund. Dies entspreche dem Konkursrecht des 19. Jahrhunderts. Damit würden aber bei einer Abwicklung die „Synergievorteile bei der Großorganisation Konzern“, die Gesellschaftern und Gläubigern zu Gute kämen, „vergeudet“. Karl-Heinz Brunner (SPD) sagte, der Gesetzentwurf sei „gut“, auch wenn er nur die Probleme der Vergangenheit und nicht die der Zukunft löse. Nachbesserungsbedarf attestierte die Linke. Richard Pitterle kündigte an, seine Fraktion werde sich im Verfahren für eine stärkere Beteiligung von Betriebsräten und Gewerkschaften einsetzen. Für Bündnis 90/die Grünen kritisierte Katja Keul, wenn Insolvenzverwalter bislang nicht schon im eigenen Interesse kooperiert hätten, helfe auch „kein Bittebitte ohne jedwede Durchsetzungskraft“. Die Neuregelung sei „mutlos“. *suk*

# Einig im Großen und Ganzen

**NSA-SKANDAL** Der Untersuchungsausschuss kommt. Doch noch gibt es Streit wegen des Fragenkatalogs

Am Klartext hat es in der Debatte zur Einsetzung eines NSA-Untersuchungsausschusses nicht gemangelt. Die Linken-Abgeordnete Martina Renner etwa wette am vergangenen Donnerstag im Plenarsaal über „einen der größten Geheimdienstskandale“ und einen „Generalangriff auf die Bürgerrechte“. Thomas Silberhorn (CSU) sprach von einem Ausmaß der Ausforschung durch den US-Geheimdienst NSA, „das niemand für möglich gehalten hat“. CDU-Kollege Patrick Sensburg assistierte: Verdachtsunabhängige Erfassungen und Auswertungen der Daten hiesiger Bürger und Unternehmen seien nicht hinnehmbar. Über die massenhafte Speicherung von Kommunikationsdaten erregte sich auch Eva Högl (SPD): In Zukunft müsse das Recht auf Privatsphäre und informationelle Selbstbestimmung gewahrt werden. Bei so viel Übereinstimmung erstaunte es nicht, dass sich Koalition und Opposition gleichermaßen für einen Untersuchungsausschuss zur Durchleuchtung der NSA-Spähaktivitäten stark machten.

auf einen Fragenkatalog zu einigen. Für den Grünen-Innenexperten Hans-Christian Ströbele ist dies eine „schlechte Nachricht“ – denn die NSA könne ihre Ausforschungen fortsetzen, „ohne dass etwas dagegen getan wird“. Koalition und Opposition machten sich gegenseitig für die Blockade verantwortlich. Linke und Grüne appellierten an Union und SPD, ihren Antrag (18/483) zurückzuziehen und die Beschlussvorlage der Oppositionsfraktionen (18/420) als Basis zu akzeptieren, einige Aspekte der Koalitionsvorlage werde man dann übernehmen.

Union und SPD warben hingegen dafür, einen gemeinsamen Fragenkatalog zu entwerfen. Eva Högl zeigte sich enttäuscht, „dass wir es bisher nicht geschafft haben, an einem Strang zu ziehen“. Nun will man im Geschäftsausschuss zu einer Verständigung kommen. Die Papiere offenbaren eigentlich keine großen Differenzen. Doch Renner und die Grüne Britta Haßelmann warfen Union und SPD vor, einen Bogen um die Frage machen zu wollen, ob deutsche Geheimdienste in die Aktionen der NSA involviert waren und von deren Erkenntnissen profitierten. Zu-

dem wolle die Koalition die Rolle der Regierung in der Affäre nicht näher prüfen. Die Koalitionsfraktionen wiesen die Vorwürfe zurück: „Wir sparen nicht an unangenehmen Fragen, auch nicht zur Arbeit deutscher Nachrichtendienste“, betonte etwa der CSU-Mann Silberhorn. Der Fragenkatalog der Opposition sei weithin zu unpräzise formuliert.

**Bedrohte Freiheit** Verlor sich diese Diskussion zuweilen im Klein-Klein, so entpuppte sich einen Tag später die Debatte über einen Antrag der Grünen zur Demokratie im digitalen Zeitalter (18/182) als weit ausholende Tour d’horizon über die Bedrohungen der Freiheitsrechte in der IT-Welt. Die Grünen griffen mit ihrem Vorstoß einen Appell von fast 600 Schriftstellern auf, die gegen Ausspähung und Überwachung zu Felde ziehen. Katrin Göring-Eckardt zitierte einen zentralen Satz: „Ein Mensch unter Beobachtung ist niemals frei.“ Grundsätzlich warnte die Fraktionsvorsitzende der Grünen vor der Gefahr, „dass sich unsere Gedanken verändern, weil wir abgehört werden“. Sie warf Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) vor, nichts zu tun, um die Bürgerrechte gegenüber den USA zu verteidigen. Wie die Grünen verlangte auch Halina Wawzyniak, auf die Vorratsdatenspeicherung zu verzichten. Die Linken-Abgeordnete forderte generell die Auflösung der Geheimdienste, die weltweit in den „Überwachungsbooten“ die Kapitäne seien. Nötig sei es vielmehr, Konzerne und Staaten per Gesetz zur

Wahrung der Grundrechte zu zwingen. Wawzyniak plädierte für ein „Recht auf anonyme Kommunikation“. In der Tradition Willy Brandts interpretierte Matthias Schmidt (SPD) den Schriftsteller-Aufruf. Der Datenschutz müsse endlich der digitalen Welt gerecht werden. Im Sinne des Selbstverfügungsrechts müssten Bürger das Recht haben, ihre Daten im Netz wieder zu löschen. Schmidt kündigte ein Gesetz zum Schutz von Whistleblowern an – Edward Snowden demonstrierte, welchen Risiken sich jene aussetzen, die Skandale aufdecken.

Thomas Jarzombek (CDU) sah vor allem in besseren Verschlüsselungstechniken einen Weg zu einem effizienteren Schutz des Datenverkehrs. In Deutschland müsse man die Forschung auf diesem Gebiet verstärken. Im Bereich der IT-Infrastruktur seien deutsche Firmen leider nur noch beim Vertrieb von Endgeräten wie Routern tätig. Parteifreundin Nina Warken betonte, neben dem Datenschutz dürfe man Sicherheitsbelange wie die Terrorismusbekämpfung nicht aus dem Auge verlieren: „Auch wer sich bedroht fühlt, ist nicht frei.“ *Karl-Otto Sattler*

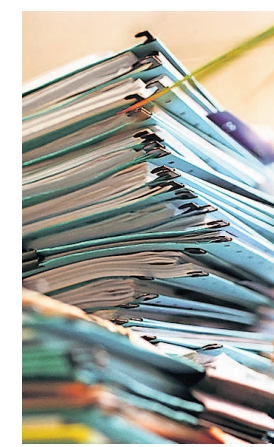


»Auch wer sich bedroht fühlt, ist nicht frei.«  
Nina Warken (CDU)

### STICHWORT

#### NSA-Skandal – Untersuchungsausschuss in heikler Mission

- Aufklärung** Alle Fraktionen des Bundestages sind sich einig über die Notwendigkeit eines Untersuchungsausschusses. Dieser soll die Späh-Aktionen des US-Geheimdienstes NSA gegenüber deutschen Staatsbürgern durchleuchten.
- Auftrag** Koalition und Opposition streiten noch über die Ausgestaltung des Fragenkatalogs, im Geschäftsausschuss soll jetzt eine Einigung gesucht werden.
- Snowden-Auftritt** Zum Konflikt im Ausschuss dürfte die Forderung der Opposition führen, den Enthüller Edward Snowden als Zeugen zu vernehmen. Im Regierungslager stößt die Idee, Snowden in Berlin persönlich auftreten zu lassen und ihm einen sicheren Aufenthalt zu gewähren, auf Widerstand.



## Notfallpille mit Spaltpotenzial

**GESUNDHEIT** Kontroverse Debatte im Bundestag über die Rezeptpflicht für die »Pille danach«

Gerade für junge Frauen dürfte sie im Notfall der letzte Ausweg sein. Die sogenannte „Pille danach“ gewährt eine zweite Chance in kritischen Momenten, wo gerade Teenager meinen, jetzt sei alles zu spät und die größte denkbare Katastrophe, eine ungewollte Schwangerschaft, nicht mehr zu verhindern. Rund 463.000 Packungen der „Rettungspille“ wurden im vergangenen Jahr in Deutschland verschrieben, und 13 Prozent der Frauen hierzulande haben die Notfallmedikation schon einmal genutzt.

**Krasser Einzelfall** Als im Januar 2013 bekannt wurde, dass eine mutmaßlich vergewaltigte junge Frau wenige Wochen zuvor in zwei katholischen Kliniken in Köln nicht behandelt worden war, weil die Ärzte fürchteten, gegen die Ethik der Kirche die „Pille danach“ verschreiben zu müssen, kochte die Frage der umstrittenen Rezeptpflicht für das Medikament erneut hoch. Auch am vergangenen Donnerstag in der Debatte über zwei Anträge der Opposition (Linke 18/303 und Grüne 18/492), die Rezeptpflicht aufzuheben, zeigte sich wieder, welch großes Spaltpotenzial in der kleinen Pille steckt. Denn auch die SPD-Fraktion hält, anders als der Koalitionspartner Union, eine Freigabe der Pille mit dem gut erforschten Wirkstoff Levonorgestrel (LNG) für überfällig. Es

gehe hier, sagen die Befürworter, auch ums Prinzip: um das sexuelle Selbstbestimmungsrecht von Frauen in Notlagen. Derweil hat sich Gesundheitsminister Hermann Gröhe (CDU), der an der Debatte im Plenum gar nicht teilnahm, schon auf ein Nein festgelegt. Seine Parlamentarische Staatssekretärin Annette Widmann-Mauz (CDU) möchte sich redlich, SPD, Linken und Grünen die Argumente der Union nahe zu bringen. So gehe es in der Praxis um Verhütungsspannen und ungeschützten Sex bis hin zur Vergewaltigung. Entsprechend umfassend müsse die Beratung ausfallen, die nur ein Arzt leisten könne. Wer die „Pille danach“ benötige, habe „ganz konkret Angst“. Das erfordere „mehr als den Nachtschalter in der Apotheke“. Die jetzige Regelung stärke Frauen in ihrer Selbstbestimmung und gebe ihnen Sicherheit. Der Ansicht ist auch die Bundesärztekammer, die zudem bei einer Freigabe Werbung für das Arzneimittel befürchtet.

### KOMPAKT

- Wirkungsweise** Die „Pille danach“ verhindert oder verzögert den Eisprung. Somit kommt es nicht zu einer Befruchtung der Eizelle durch Spermien. Es handelt sich um ein Notfallmedikament, aber nicht um ein Mittel zur Abtreibung.
- Zeitfenster** Der Wirkstoff Levonorgestrel (LNG) kann bis zu 72 Stunden nach dem Sex eine Schwangerschaft verhüten, der Wirkstoff Ulipristalacetat bis zu 120 Stunden. Die Pillen enthalten hohe Hormondosen.
- Nebenwirkungen** Mögliche Folgen sind Übelkeit und Bauchschmerzen.
- Kosten** Das Mittel „PiDaNa“ kostet rund 18 Euro, „ellaOne“ knapp 36 Euro.

cherer, je früher es eingenommen werde. Die Wege zum Gynäkologen und zu einer offenen Apotheke seien aber gerade am Wochenende auf dem Land lang. „Alles zusammen ziemlich viele Hürden.“ Die CSU-Abgeordnete Emmi Zeulner ließ das Argument nicht gelten. Auch in ländlichen Räumen sei die zeitnahe ärztliche Versorgung jederzeit sichergestellt. Der SPD-Gesundheitsexperte Karl Lauterbach warf der Union vor, Frauen in Notlagen das Recht auf schnelle Hilfe ohne gute Begründung vorenthalten zu wollen. Manche jungen Frauen griffen in der Not sogar zur Selbstmedikation, besorgten sich Hormonpillen bei Bekannten und stellten eine eigene Dosis zusammen. Den Apothekern werde seltsamerweise die Beratung in dem Fall nicht zugetraut, obwohl sie viel gefährlichere Wirkstoffe ausgeben. Die Anträge werden nun im Gesundheitsausschuss weiter beraten. Nach einer Freigabe des Mittels auf Kosten des Koalitionsfriedens sieht es aber derzeit nicht aus. *Claus Peter Kosfeld*

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



Anzeige

## DAS WILL ICH ONLINE LESEN!

Jetzt auch als E-Paper.

Mehr Information.  
Mehr Themen.  
Mehr Hintergrund.  
Mehr Köpfe.  
Mehr Parlament.

www.das-parlament.de  
parlament@fs-medien.de  
Telefon 069-75014253

Direkt zum E-Paper



**AUFGEKEHRT**

**Elf Sterne für Mierscheid**

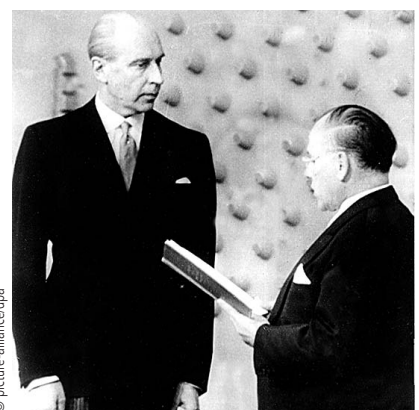
Er gehört dem Bundestag seit 1979 an, hat dort eine eigene Homepage (bundestag.de/bundestag/abgeordnete18/mierscheid), twittert (@jakobmierscheid), und steht jetzt auch im „Kürschner“, dem Handbuch, in dem alle aktuellen Mitglieder des Parlaments mit biographischen Angaben aufgeführt sind: Jakob Mierscheid, legendärer SPD-Abgeordneter aus Morbach im Hunsrück. Korrekt stehen neben seinem Namen im „Kürschner“ elf Sternchen für die elf Wahlperioden, die MdB Mierscheid schon durch den Parlamentsbetrieb geleistet. Doch dürfen viele – er selbst wohl auch – mit Unverständnis sehen, dass der Eintrag nicht bei dem der anderen 631 Abgeordneten zu finden ist, sondern weiter vorn, und dabei auch noch steht, er sei ein „fiktiver“ Politiker. Das hat Mierscheid davon, dass er sich im Oktober bei der Konstituierung des neuen Bundestages nicht meldete, als der zwei Jahre jüngere Alterspräsident Heinz Riesenhuber fragte, ob jemand im Hause älter als er sei. Dabei hatte Bundestagspräsident Norbert Lammert bei der Gratulation zu Mierscheids 80. Geburtstag den Jubilar im März ermahnt, persönlich anwesend zu sein, wenn er im Herbst als Alterspräsident fungieren wolle. Doch Mierscheid zog wie stets die Rolle des Phantoms vor. Das führt immer wieder zu dem – jüngst auch auf Twitter von „Unnützes Wissen“ verbreiteten – Gerücht, im Bundestag sitze mit Mierscheid „ein Politiker, der nicht existiert“. Immer diese Zweifel! Zum Glück konnte Mierscheid beruhigen: „Liebes @unnutzeswissen“, twitterte er prompt zurück, „natürlich existiere ich.“ Helmut Stoltenberg

Der „Kürschner“ ist kostenfrei zu beziehen unter [www.bundestag.de/service/glossar/kiuerschner.html](http://www.bundestag.de/service/glossar/kiuerschner.html)

**VOR 55 JAHREN ...**

**Schwedisches Modell**

19. Februar 1959: Wahl des ersten Wehrbeauftragten. „Familiäre Probleme, ständige Versetzungen, riskante Auslandseinsätze.“ – Der Jahresbericht 2013 des Wehrbeauftragten Hellmut Königshaus stieß auf breites Medienecho. Angesichts der viel beschworenen „neuen Herausforderungen“ der Bundeswehr interessiert sich die Öffentlichkeit für die Lage der Soldaten – und fragt sich, was sie leisten können. Der Wehrbeauftragte spielt dabei längst eine wichtige Rolle. Doch als der Bundestag am 19. Februar 1959 mit Helmut von Grolman den ersten Wehrbeauftragten wählte, konnten sich viele nichts Konkretes unter dem Amt vorstellen.



Der Wehrbeauftragte Helmut von Grolman (links) wird vereidigt.

Eine Art Mensch gewordener Kummerkasten für Soldaten war jedenfalls eine Vorstellung, die so gar nicht zum Soldatenbild der 1950er Jahre passen wollte. Zudem war das neue Amt ein Novum in Deutschland, man orientierte sich an einem schwedischen Vorbild: dem sogenannten „Militie ombudsman“. Schon Anfang der 1950er Jahre war eine Delegation des Bundestages nach Schweden gereist, um sich über die Idee zu informieren. Die Suche nach einem geeigneten Kandidaten gestaltete sich schwierig. Am Ende verständigte man sich auf Grolman, der mit 363 gegen 16 Stimmen gewählt wurde.

Aller Skepsis zum Trotz bewies schon das Jahr 1959, dass die Bundeswehrosoldaten ihren „Briefkasten-Onkel“, wie der Wehrbeauftragte spöttisch genannt wurde, annehmen: In den ersten neun Monaten seiner Amtszeit erreichten von Grolman 3.368 Eingaben. Benjamin Stahl



Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper

**ORTSTERMIN: BEIM STATISTISCHEN BUNDESAMT IM BUNDESTAG**



Beate Bork (links) beantwortet im Bundestag alle Fragen zu statistischen Daten. Claudia Brunner (rechts) leitet den „i-Punkt Berlin“ des Statistischen Bundesamtes.

**Das Nadelöhr der Daten**

Wie viele männliche Erzieher arbeiten in deutschen Kindertagesstätten? Wie hoch ist der Anteil der jährlichen Lebensmittelimporte aus China an den gesamten Lebensmittelimporten? Wie entwickelt sich die Geburtenrate in Deutschland im Vergleich zum europäischen Ausland? Wer im Bundestag Antworten auf solche Fragen sucht, der ist bei Beate Bork gut aufgehoben. Denn sie ist Leiterin des Servicebüros des Statistischen Bundesamtes beim Deutschen Bundestag und bei ihr erhalten alle Abgeordneten und deren Mitarbeiter Antworten auf sämtliche Fragen zu statistischen Daten. „Wir sind dafür zuständig, den Datenbedarf des Parlamentes nach statistischen Informationen zu erfüllen“, erklärt Beate Bork ihre Arbeit. „Dabei fungieren wir hauptsächlich als Übersetzer zwischen der Anfrage und dem, was die Statistik leisten kann.“ Sie kooperiert dabei eng mit den Wissenschaftlichen Diensten des Bundestages. Diese leiten Statistikfragen gleich an das Servicebüro weiter. „Wer uns kennt, kann uns aber auch direkt anrufen“, sagt Beate Bork. Auch wer aus dem Bundestag heraus den Hauptsitz des Statistischen Bundesamtes in Wiesbaden anruft, wird zum Servicebüro umgeleitet. Hier werden die Anliegen der Parlamentarier so schnell wie möglich beantwortet. „Im Regelfall ge-

schieht das innerhalb einer Stunde“, sagt Beate Bork. Die Statistikerin hat hierbei Zugriff auf alle Daten des Bundesamtes und der jeweiligen Landesämter sowie des Statistischen Amtes der Europäischen Union (Eurostat). „Das ist für uns sehr wichtig, da die Abgeordneten zum einen natürlich besonders an Daten zu ihren Wahlkreisen interessiert sind, und zum anderen gerade Vergleiche mit anderen europäischen Ländern immer stärker nachgefragt werden.“ Seit den 1970er Jahren hat das Bundesamt eine Präsenz beim Bundestag. Damals kam einmal wöchentlich eine Mitarbeiterin vorbei und sammelte die Anfragen der Abgeordneten ein. Mit dem Umzug des Parlamentes nach Berlin entstand ein festes Büro vor Ort. Momentan hat es seinen Sitz im sechsten Stock des Marie-Elisabeth-Lüders Hauses des Bundestages. Das Servicebüro gehört zum offiziellen Dienst des Statistischen Bundesamtes in Berlin, dem „i-Punkt Berlin“. Der hat seinen Sitz in der Friedrichstraße, unweit des Parlamentes. Claudia Brunner leitet den „i-Punkt Berlin“ und erklärt dessen Aufgabe: „Wir wollen den Datenbedarf aller Institutionen erfüllen, die in Berlin Politik machen.“ Das beinhaltet den Bundestag, die Bundesregierung und die

Ministerien, aber auch Botschaften oder Verbände. Darüber hinaus ist der „i-Punkt Berlin“ auch für die Kommunikation europäischer und internationaler Ländervergleiche zuständig. Die Expertise des Bundesamtes werde immer stärker nachgefragt, sagt Claudia Brunner. So würden Experten auch schon einmal zu Anhörungen in Ausschüssen und sogar zur Beratung von Enquetekommissionen eingeladen. Außerdem biete der „i-Punkt Berlin“ regelmäßig Hintergrundgespräche für alle politische Institutionen zu neuen statistischen Ergebnissen an. „Wir wollen nicht nur reagieren, sondern auch Themen setzen und den Hauptstadtdialog unterstützen“, sagt Claudia Brunner. Das Servicebüro beim Bundestag ist für sie „das Nadelöhr, durch das die Statistik zum Bundestag fließt“. Rund zwei Drittel aller Bundestagsabgeordneten haben regelmäßig Kontakt mit der Außenstelle. Pro Monat gehen dort ungefähr 100 Anfragen ein, insgesamt werden knapp 9.000 Fragen pro Jahr beantwortet. Neben der Zweigstelle in Berlin betreibt das Bundesamt noch eine Außenstelle in Bonn, der Großteil der 2.500 Mitarbeiter des Bundesamtes arbeitet jedoch weiterhin in der hessischen Landeshauptstadt. Sämtliche Statistiken des Bundesamtes sind auf dessen Webseite [www.destatis.de](http://www.destatis.de) öffentlich einsehbar. Julian Burgert

**PERSONALIA**

**>Wilfried Böhm**  
Bundestagsabgeordneter 1972-1994, CDU  
Am 9. Februar vollendete Wilfried Böhm sein 80. Lebensjahr. Der Diplom-Volkswirt und Verwaltungsbeamte aus Melsungen war von 1968 bis 1981 Mitglied der Kreistage Melsungen sowie Schwalm-Eder und von 1966 bis 1972 hessischer Landtagsabgeordneter. Im Bundestag engagierte sich Böhm von der 7. bis zur 11. Wahlperiode im Ausschuss für innerdeutsche Beziehungen. Von 1977 bis 1995 gehörte er der Parlamentarischen Versammlung des Europarats und der WEU an und amtierte von 1988 bis 1994 als stellvertretender Vorsitzender der EVP-Fraktion im Europarat. Böhm, seit 1995 dort Ehrenmitglied, ist im Rahmen der Förderung der europäischen Städtepartnerschaften nach wie vor für den Europarat ehrenamtlich tätig.

**>Horst Krockert**  
Bundestagsabgeordneter 1969-1980, SPD  
Am 17. Februar vollendet Horst Krockert sein 90. Lebensjahr. Der protestantische Theologe aus Wiesbaden, zuletzt Oberkirchenrat der Evangelischen Kirchenleitung in Hessen und Nassau, schloss sich 1965 der SPD an und vertrat in allen drei Legislaturperioden den Wahlkreis Wiesbaden. Krockert arbeitete im Bundestag stets im Ausschuss für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau mit.

**>Hansjörg Schäfer**  
Bundestagsabgeordneter 1994-2002, SPD  
Hansjörg Schäfer wird am 17. Februar 70 Jahre alt. Der Mediziner aus Kaiserslautern trat 1969 der SPD bei, war seit 1985 Vorsitzender des Unterbezirks Kaiserslautern, Mitglied des Bezirksvorstandes Pfalz sowie des SPD-Landesausschusses Rheinland-Pfalz. Der Direktkandidat des Wahlkreises Kaiserslautern gehörte zuletzt dem Gesundheitsausschuss an.

**>Peter Feile**  
Bundestagsabgeordneter 1980-1983, SPD  
Am 17. Februar wird Peter Feile 75 Jahre alt. Der aus Friedberg bei Augsburg stammende Verwaltungsdirektor schloss sich 1965 der SPD an. Er gehörte dem Parteivorstand des Bezirks Südbayern an, war viele Jahre Stadtrat in Friedberg, Kreistagsabgeordneter und stellvertretender Landrat. Im Bundestag war Feile Mitglied des Finanzausschusses. bmf

**Haben Sie Anregungen, Fragen oder Kritik? Schreiben Sie uns:**

Das Parlament  
Platz der Republik 1, 11011 Berlin  
[redaktion.das-parlament@bundestag.de](mailto:redaktion.das-parlament@bundestag.de)

Leserbriefe geben nicht die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen.

Die nächste Ausgabe von „Das Parlament“ erscheint am 24. Februar.

**LESERPOST**

**Leserbrief zur Zeitung „Das Parlament“ im Jahr 2013 allgemein:**

An dieser Stelle herzlichen Dank für Ihre stets informative, umfangreiche und insbesondere im Hinblick auf die im vergangenen Jahr zahlreich vorgekommenen Wahlkämpfe sachliche Information und Berichterstattung. Weiter so!

Andreas Hupfaut, München

**Leserbrief zur Ausgabe 52 vom 23.12.2013 allgemein:**

Herzlichen Dank für das Weihnachtsrätsel 2013 und ein Jahr interessante Berichterstattung über den Parlamentsbetrieb in Berlin.

Torsten Johanßen, Preetz

**Leserbrief zur Ausgabe 52 vom 23.12.2013, Buchrezensionen auf den Seiten 12/13:**

Ich möchte die Gelegenheit nutzen und Sie für ihre ausgewogene Berichterstattung in „Das Parlament“ beglückwünschen. Dennoch würde ich mir eine vermehrte Kommentierung des Politischen anstelle einer einfachen Reproduktion der Ereignisse wünschen. Deshalb würde ich mich auch über vermehrte Themenausgaben wie beispielsweise die zu „50 Jahre Élysée-Vertrag“ freuen. In diesem Kontext ist mir auch die große Anzahl an Buchrezensionen in Ihrer Weihnachtsausgabe positiv aufgefallen, die es ermöglicht, sich tiefer in bestimmte Themenkomplexe einzulesen. Bitte mehr davon!

Christian Eger, Jena

**Leserbrief zur Ausgabe 52 vom 23.12.2013, „Groko, die dritte“ auf Seite 1:**

Obwohl bei dem zu leistenden Amtseid der Bundesregierung nach dem Grundgesetz die religiöse Beteuerung „So wahr mir Gott helfe“ weggelassen werden kann, haben sich sowohl die Bundeskanzlerin als auch die gesamte Ministerriege für den himmlischen Beistand entschieden.

Bei Gerhard Schröders beiden rot-grünen Koalitionen haben im Jahr 1998 sieben seiner 14 Minister und im Jahr 2002 fünf seiner 13 Minister beim Amtseid den

Beteuerungszusatz nicht gesprochen. Schröder verzichtete ebenfalls beide Male auf Gottes Hilfe. In einem säkularisierten Staat, in dem es keine Staatskirche gibt und Glaubensfreiheit besteht, hat dieser angehängte Satz zur Eidesformel – mit der Anrufung Gottes – meiner Meinung nach seine Rechtmäßigkeit verloren. Der Ausdruck „So wahr mir Gott helfe“ bewirkt eher die Assoziation einer vorsorglichen Entschuldigung und keinesfalls die Vermittlung von christlichen Wertvorstellungen. Durch die Glaubensfreiheit ist der Glaube zur Privatsache geworden

und da soll er auch bleiben und praktiziert werden. Deswegen wäre es begrüßenswert und folgerichtig, wenn die öffentliche religiöse Bekundung aus dem Amtseid gestrichen wird.

Hans-Dieter Seul, Berlin

**Leserbrief zur Ausgabe 52 vom 23.12.2013, „Mütterrente sorgt für Streit“ auf Seite 6:**

Die Berichterstattung in „Das Parlament“ unterscheidet sich wesentlich von der Berichterstattung im Politikteil regionaler Zei-

tungen. Dort sind die Artikel oft von einem gefühlten Gleichschritt, einer Konformität und einer einseitigen Betrachtungsweise gekennzeichnet. Das ist in „Das Parlament“ nicht so, weshalb Ihre Zeitung eine gute politische Zeitung ist.

Allerdings halte ich den Beitrag „Mütterrente sorgt für Streit“ für kritikwürdig. Der Titel stimmt so nicht, denn die Erweiterung der Regelung für Mütter, die vor 1992 Kinder zur Welt gebracht haben, ist unstrittig. Strittig ist allein, aus welchem Topf die Regierung die Millionen entnehmen will. Schließlich steht

allen Müttern ab dem 1. Juli 2014 der erhöhte Beitrag zu – auch denen, die nie in die Rentenkasse eingezahlt haben.

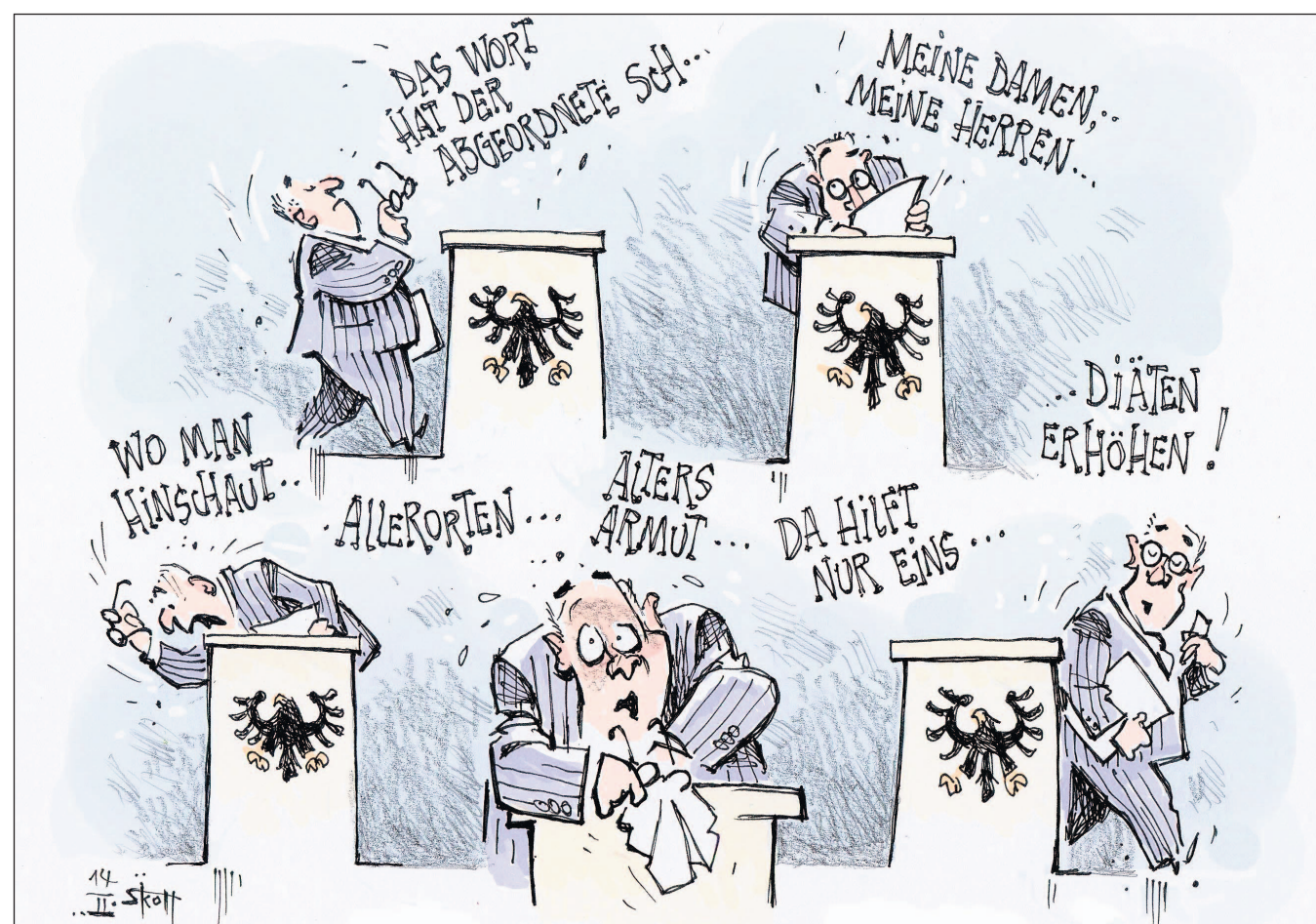
Werner Rockstroh, Chemnitz

**Leserbrief zur Ausgabe 1-3 vom 30.12.2013 allgemein:**

„Das Parlament“ schätze ich sehr, da sie mir gut aufbereitete, ausgewogene und gesellschaftlich relevante Informationen und Meinungen bietet. Um so mehr bin ich verwundert, in Ihrer Themenausgabe zum Ersten Weltkrieg einen „blinden Fleck“ zu finden: Für den Verlauf des Krieges und insbesondere für den gegenüber Deutschland sehr harten Friedensvertrag von 1919 spielt der deutsche Überfall auf das neutrale Belgien eine zentrale Rolle. Diesen Überfall auf Belgien ignoriert Ihre Zeitung. Zwar ist vom Schlieffen-Plan die Rede, die brutale Konsequenz für Belgien wird jedoch nicht erwähnt. Das Vorgehen der deutschen Truppen bei Lüttich, die vom hartnäckigen Widerstand der vorab im deutschen Generalstab als „Praliné-Soldaten“ verhöhnten Verteidiger des überfallenen Belgien überrascht wurden, war von der willkürlichen Erschießung hunderter Zivilisten und dem vorsätzlichen Abbrennen ganzer Dörfer gekennzeichnet. Ohne die deutsche Aggression gegen Belgien ist der Erste Weltkrieg in seiner Entwicklung und in seinen Konsequenzen nicht zu verstehen.

Wilfried Sauter, Essen

**SEITENBLICKE**



**BUNDESTAG LIVE**

Topthemen vom 17.-21.02.2014  
NSU-Untersuchungsausschuss (Do),  
Jahresbericht Deutsche Einheit (Fr)

Phoenix überträgt live ab 9 Uhr

Auf [www.bundestag.de](http://www.bundestag.de):  
Die aktuelle Tagesordnung sowie die  
Debatten im Livestream



Sigmar Gabriel, SPD, Bundesminister für Wirtschaft und Energie:

## Die soziale Marktwirtschaft ist ein deutsches Erfolgsmodell



Sigmar Gabriel (\*1959)  
Bundesminister

Deutschland besitzt ein Erfolgsmodell für eine langfristig ökonomisch und sozial nachhaltige Entwicklung: das Modell der sozialen Marktwirtschaft. Dazu gehört beides: innovative, wettbewerbsfähige Unternehmen mit Unternehmerinnen und Unternehmern, die zu einer höheren Investitionsquote beitragen, und gute Löhne, die der Inflation und der Produktivität Rechnung tragen und den Spielraum für den Wohlstandszuwachs der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ausschöpfen.

Der Jahreswirtschaftsbericht 2014 will die Aufmerksamkeit auf dieses deutsche Erfolgsmodell soziale Marktwirtschaft richten, das sich nicht zuletzt nach den Erschütterungen in der Finanzmarktkrise so glänzend bewährt hat. Wir sagen: Lassen Sie uns das stärken, was unserem Land in der Vergangenheit gutgetan hat: eine Wirtschaftspolitik – und übrigens auch eine Energiepolitik –, die nicht nur einzelne Interessen bedient, sondern die ganze Gesellschaft im Blick hat, und ein Versprechen von Wohlstand, das allen sozialen Schichten etwas zu bieten hat.

Fairer Wettbewerb, die Effizienz der Märkte nutzen sowie eine gerechte Einbettung in soziale und ökologische Rahmenbedingungen sind in der Marktwirtschaft keine Gegensätze, sondern Prinzipien, die sich ergänzen und unsere Gesellschaft produktiver und lebenswerter machen.

Meine Damen und Herren, in diesem Jahr liegt der Ausbruch des Ersten Weltkrieges 100 Jahre zurück und der Beginn des Zweiten Welt-

krieges 75 Jahre. Im Rückblick wird klar: Nicht nur die Demokratisierung unseres Landes war eine Lehre aus dieser Katastrophe, sondern auch die Überwindung der scharfen sozialen Gegensätze – von massenhafter Unsicherheit bis Arbeitslosigkeit und Elend – war und bleibt eine Lehre unserer Geschichte. Wenn Historiker heute von der „geglückten Demokratie“ der Bundesrepublik sprechen, meinen sie damit auch und gerade den wirtschaftlichen Neuanfang, für den Ludwig Erhard die Formel „Wohlstand für Alle“ gefunden hat. Natürlich gibt es auch in unserem Land gute und weniger gute Traditionen; aber die soziale Marktwirtschaft gehört zu den besten Traditionen der deutschen Geschichte. An ihr wollen wir auch in Zukunft anknüpfen.

Ich verstehe die Wirtschaftspolitik der Bundesregierung als Angebot an engagierte Unternehmerinnen und Unternehmer, an das Handwerk, an den Mittelstand und auch an die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Denn Wirtschaftspolitik ist eben auch immer Gesellschaftspolitik. Sie soll mithelfen, stabile, soziale, gerechte und faire Rahmenbedingungen für unsere Gesellschaft zu schaffen. Das Wirtschaftsministerium steht als Haus der Wirtschaft Unternehmerinnen und Unternehmern deshalb ebenso offen wie den Vertretern der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und der Gewerkschaften. Sie alle miteinander sind die Wirtschaft, und sie sind die Sozialpartner unseres Landes.

In der Öffentlichkeit mag man sich vielleicht darüber wundern, dass der Jahreswirtschaftsbericht vermutlich zum ersten Mal in der Geschichte der Jahreswirtschaftsberichte ein Dokument ist, in dem steht, dass ein Wirtschaftsminister den Mindestlohn für richtig empfindet.

Ich will gar nicht auf die Frage eingehen, ob die Höhe des Mindestlohns gerechtfertigt ist und ob er schnell genug kommt. Das ist in der politischen Debatte umstritten. Ich will vielmehr darauf hinweisen, dass der Mindestlohn nicht nur wegen seiner Höhe oder wegen seines ökonomischen Beitrags für den einzelnen Arbeitnehmer von Bedeutung ist. Es geht im Kern in der De-

batte über die soziale Marktwirtschaft nämlich darum, dass Arbeit und Leistung ihren Wert haben müssen.

Der Wert der Arbeit und übrigens auch die Würde und Wertschätzung des arbeitenden Menschen müssen in einer sozialen Marktwirtschaft zum Ausdruck kommen. Man kann wahrlich nicht sagen, dass ein Mindestlohn von 8,50 Euro eine überschäumende Wertschätzung ist.

Aber er ist zumindest eine Abkehr von dem unwürdigen und entwürdigenden Zustand, dass Menschen den ganzen Tag arbeiten und hinterher trotzdem zum Sozialamt gehen müssen. Damit muss in unserem Land Schluss sein.

Die soziale Marktwirtschaft ist nicht deshalb groß geworden, weil die Menschen wussten, dass nach Arbeit unmittelbar paradiesische Zustände eintreten. Aber sie wussten – und das war die Lebenserfahrung auch meiner Generation –, dass Arbeit sich lohnt und dass es Stück für Stück besser werden kann. Der Spruch der Eltern an die Adresse der Kinder „Du sollst es einmal besser haben als wir“ wurde in vielen Generationen der Republik zur Realität.

Wir haben heute – das ist eines der Probleme der Marktwirtschaft – einen gespaltenen Arbeitsmarkt. Wir haben das Nichtvorhandensein von Mindestlöhnen. Wir haben die Zunahme von Leih- und Zeitarbeit. Es gibt das Werksvertragsarbeitnehmerunwesen. Das alles ist nicht nur in ökonomischer Hinsicht ein Problem für die betroffenen Menschen, und es ist nicht nur sozial ungerecht, sondern es ist im Kern gegen die Idee der Marktwirtschaft gerichtet, die besagt, dass Arbeit und Leistung sich lohnen müssen und dass es Menschen durch Arbeit in ihrem Leben besser gehen muss. Das ist das Problem dieser Entwicklung.

Es ist richtig, dass der Mindestlohn Eingang in den Koalitionsvertrag gefunden hat. Es ist übrigens auch gut, dass er mit dem Angebot verbunden ist, zum System der Tarifverträge zurückzukehren. Denn dass in Ostdeutschland 70 Prozent

der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer keinen Tarifvertrag haben, ist ein Zustand, an dem selbst die schnelle Einführung eines Mindestlohns von 8,50 Euro nichts ändern würde. Wir wollen nicht nur Mindestlöhne. Wir wollen gute Tariflöhne in unserem Land. Das ist das, was wir eigentlich erzeugen wollen.

Ich mache übrigens für den Gedanken kein Urheberrecht geltend. Einer der Gründerväter der sozialen Marktwirtschaft, Walter Eucken, sozusagen der Ordoliberaler unseres Landes, hat vor mehr als 60 Jahren präzise das Gleiche formuliert. Lohnverfall hat er als Anomalie des Arbeitsmarktes bezeichnet. Wo der Arbeitsmarkt nachhaltig anomal, weil vermachtet ist, da wird – ich zitiere – „die Festsetzung von Mindestlöhnen akut“.

Darauf zu setzen, zeigt eine im Kern ordoliberalen Vorstellung. Das Problem ist, dass in der Vergangenheit manche das Buch von Ludwig Erhard zwar hochgehalten, aber möglicherweise nur die Klappentexte gelesen haben.

**Es ist richtig,  
dass der  
Mindestlohn  
Eingang in den  
Koalitionsvertrag  
gefunden hat.**

Meine Damen und Herren, die Einführung eines Mindestlohns ist nicht nur sozialpolitisch, sondern auch wirtschaftspolitisch geboten. Der Mindestlohn ist sozusagen Kernbestandteil der sozialen Marktwirtschaft. Hatten wir Jahre, in denen die Steigerung von Löhnen und Gehältern nicht die Produktivitätsfortschritte und manchmal nicht einmal die Inflationsentwicklung widerspiegeln, so werden sich – das ist die Projektion des Jahreswirtschaftsberichtes 2014 – Löhne und Gehälter nun endlich wieder entlang von Produktivität und Inflationsrate entwickeln.

Ich habe gestern erleben müssen, dass meine Formulierung, es sei gut, wenn sich Löhne und Gehälter entlang von Produktivität und Inflationsrate entwickelten, als Aufforderung zur Lohnzurückhaltung kritisiert worden ist. Ich habe – das will ich hier einmal deutlich sagen – mit 19 Jahren meinen ersten Lehrgang bei der IG Metall besucht, nämlich den Funktionärslehrgang 1. Das sollten Sie auch einmal tun.

Dort habe ich gelernt, was eine gewerkschaftliche Lohnforderung ist. Diese setzt sich zusammen aus dem Ausgleich der Inflationsrate, der Zunahme der Produktivitätsrate und, wenn Gewerkschaften richtig kräftig sind, aus dem Element der Umverteilung. Zwei Drittel der Forderung der IG Metall hinsichtlich der Zusammensetzung der

Lohnsteigerung sind in diesem Jahreswirtschaftsbericht zu finden, und Sie von der Opposition kritisieren das immer noch. Also, ich verstehe Sie nicht.

Es ist volkswirtschaftliche Normalität und Grundlage jeder Tarifverhandlung, Tarifierhöhungen daran zu orientieren, wie sich Produktivität und Inflationsrate entwickeln. Dann muss man schauen, ob man die Kraft hat, noch ein bisschen mehr zu erreichen.

In unserem Land hatten wir in den letzten Jahren eher sinkende Reallöhne. Jetzt haben wir mit einer Reallohnsteigerung von 1,1 Prozent die stärkste Steigerung seit 2010. Wir gehen in der Prognose davon aus, dass die durchschnittliche Erhöhung der Löhne bei 2,7 Prozent liegen wird. Das ist aber der Durchschnitt für die gesamte Volkswirtschaft. Natürlich wird es Tarifbereiche geben, in denen die Lohn- und Gehaltsentwicklung darüber liegen wird.

Ich finde diese Lohnentwicklung in Deutschland gut; denn wir sehen anhand der Jahresprojektion, dass das wirtschaftliche Wachstum unseres Landes in den nächsten Jahren im Wesentlichen durch die Binnenkonjunktur getragen werden wird.

Der Mindestlohn, die Verhinderung von Rentenkürzungen nach langen Arbeitsjahren und die gesellschaftliche Akzeptanz von Erziehungsleistungen, die mit einer höheren Rente verbunden sind – das sind die Beschlüsse der Bundesregierung zur Rentenpolitik –, stärken die Kaufkraft im Land. Das ist auch wichtig, weil das prognostizierte Wirtschaftswachstum von 1,8 Prozent in diesem Jahr sowie im kommenden Jahr und im weiteren Verlauf von sogar 2 Prozent ganz wesentlich von der Binnenkonjunktur getragen wird.

Deshalb gibt es die Entwicklung, dass Menschen wie im letzten auch in diesem Jahr mit steigenden Einkommen rechnen können. Die Menschen in Deutschland haben übrigens das Gefühl, dass sich die Wirtschaft gut entwickelt und sie keine Sorgen um ihre Arbeitsplätze

Fortsetzung auf Seite 2

Dies ist eine gekürzte Version der Debatte. Das Plenarprotokoll und die vorliegenden Drucksachen sind im Volltext im Internet abrufbar unter:  
<http://dip21.bundestag.de/dip21.web/bt>

Der Deutsche Bundestag stellt online die Übertragungen des Parlamentsfernsehens als Live-Video- und Audio-Übertragung zur Verfügung.  
[www.bundestag.de/live/tv/index.html](http://www.bundestag.de/live/tv/index.html)



Fortsetzung von Seite 1: Sigmar Gabriel (Bundesminister für Wirtschaft und Energie)

haben müssen. Das ist die Grundlage für den wirtschaftlichen Aufschwung. Das ist die Grundlage dafür, dass wir auch im europäischen Vergleich einen Teil der Kritik, die die Europäer an uns haben, nämlich dass wir zu geringe Löhne hätten, zurückweisen können; denn dann, wenn sich die ökonomische Entwicklung unseres Landes gut darstellt, gibt es Tarifabschlüsse mit höheren Löhnen.

Wir sehen, dass in diesem Jahr die Importe erheblich zunehmen werden. Der Export, obwohl er nach wie vor ein wichtiger Bestandteil der deutschen Wirtschaft ist, treibt nicht alleine das Wirtschaftswachstum an. Deshalb freuen wir uns darüber, dass die gute Lohn- und Einkommensentwicklung im letzten und in diesem Jahr dazu führen wird, dass sich die Binnenkonjunktur in unserem Land stärker entwickeln wird.

Meine Damen und Herren, die Exporte nehmen zu. Das ist Ausdruck der hohen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie. Für die Importe gilt das aber eben auch. Nur eine Bemerkung zum Thema Leistungsbilanzüberschuss: Durch die Importsteigerungen reduzieren wir diesen Überschuss ein bisschen. Man sollte aber auch noch einmal deutlich sagen, dass die hohen Exporte unseres Landes vor allen Dingen Ausdruck der Innovationskraft und der hohen Produktivität unserer Unternehmen sind – nichts anderes.

Die Grundlage dieser hohen Produktivität sind Forschung und Entwicklung und die hohe Qualifikation unserer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Das ist die Grundlage des Erfolges der Unternehmen und der guten Exportzahlen.

Die deutsche Industrie zieht Vorleistungen ins Land, die wir übrigens auch dringend brauchen; denn sie sind Teil unserer und Teil der europäischen Wertschöpfungskette. Diese stützen auch die Erholung in Europa; denn ein Großteil der Einfuhren der europäischen Länder kommt von ihren europäischen Handelspartnern.

Meine Damen und Herren, zentrale Stütze des Aufschwungs in diesem Jahr wird aber, wie schon gesagt, der private Konsum sein. Nach einer Steigerung des privaten Konsums um real 0,9 Prozent im letzten Jahr – das entspricht einem Wachstumsbeitrag von 0,5 Prozentpunkten – erreichte der Konsumklimaindex im Januar den höchsten Wert seit der Finanzkrise.

Dass die Deutschen der Meinung sind, dass sie mehr konsumieren können, weil sie höhere Einkünfte haben, und glauben, dass ihre Jobs sicher sind, macht das doch nicht schlecht.

Es ist schwer, das zu kritisieren. Selbst Sie müssten sich eigentlich darüber freuen.

Ich dachte, 240 000 zusätzliche Arbeitsplätze und ein Beschäftigungsstand mit einem Rekordwert von 42,1 Millionen Personen sind ein Grund zur Freude – auch für Sie.

Die zweite wichtige Stütze für das Wirtschaftswachstum in diesem Jahr sind die Investitionen. Bei den Unternehmensinvestitionen haben wir im vergangenen Jahr die Trendwende geschafft. Für das Jahr 2014 erwarten wir einen spürbaren Anstieg um 4 Prozent.

Angesichts der zunehmenden Kapazitätsauslastung investieren die Unternehmen verstärkt in neue Maschinen und Ausrüstungen. Das ist ein ausgesprochen positives Signal. Das Land braucht dringend neue Investitionen. Wir dürfen nicht zusehen, wie das Anlagekapital der Unternehmen veraltet, wie die öffentliche Infrastruktur auf Verschleiß läuft und wie Straßen, Schienen, Brücken oder auch kommunale Gebäude vor die Hunde gehen, und wir dürfen auch die digitale Moderne nicht verschlafen und müssen die Investitionen in Breitbandnetze vorantreiben – insbesondere im ländlichen Raum, weil die kleinen und mittelständischen Betriebe dort ansonsten einen massiven Wettbewerbsnachteil hätten.

Der Blick auf die aktuell günstige Konjunkturlage darf uns aber nicht die Augen davor verschließen lassen, dass es natürlich auch erhebliche Risiken und Herausforderungen gibt. Ich will ein paar davon nennen:

Da ist erstens die Entwicklung im Euro-Raum. Wir müssen nach wie vor um die Stabilisierung des Euro-Raums und Europas kämpfen. Das heißt, neben der Konsolidierung und Strukturreformen müssen wir in Wachstum und Arbeit in Europa investieren.

Zweitens. Wir sehen es gerade in den Schwellenländern: Die Regulierung der Finanzmärkte, insbesondere des Schattenbankensystems, ist nach wie vor eine der wichtigsten Aufgaben, vor denen wir stehen.

Dort entstehen die Risiken für die Realwirtschaft, und ich kann nur hoffen, dass es uns trotz der Schwierigkeiten gelingt, die Bankenunion in diesem Jahr unter Dach und Fach zu bekommen. Aufgrund der aktuellen Debatte darauf zu schließen, dass sie ein Jahr später oder noch später kommt, wäre, glaube ich, ein ganz schlechtes Signal für die Stabilität im Euro-Raum.

Aber auch im Inland gibt es eine ganze Reihe von Herausforderungen. Eine davon ist zum Beispiel die zu geringe Investitionsquote.

Wenn wir das von der OECD geforderte Niveau erreichen wollen, dann müssen wir wesentlich mehr tun, als wir derzeit schaffen. Selbst die erhöhten Investitionen durch die Bundesregierung im Verkehrssektor, in Hochschulen und im Städtebau reichen nicht aus.

Ich bin gestern gefragt worden, welche Chance wir haben, die öffentlichen Investitionen zu verstärken. Die Debatte über die Finanzbeziehungen von Bund, Ländern und Gemeinden, die wir im Koalitionsvertrag festgelegt haben – es geht dabei darum, Aufgaben und Finanzverantwortung endlich wieder zusammenzubringen –, muss im Ergebnis zur finanziellen Entlastung der Kommunen führen; denn zwei Drittel der öffentlichen Investitionen tätigen nicht Bund und Länder, sondern Städte und Gemeinden. Diese müssen wir in ihrer Finanzkraft wieder stärken. Dann sind wir auch in der Lage, mehr zu investieren.

Wir haben erheblichen Nachholbedarf in der öffentlichen Infrastruktur. Wir haben Schwierigkeiten im Bereich der Energiekosten. Natürlich erhöhen wir mit unseren Beschlüssen zur Rente, zur Pflegeversicherung und zum Arbeitsmarkt die Arbeitskosten der deutschen Wirtschaft. Das darf niemand verschweigen. Umso wichtiger ist es, dass wir die Kosten nicht auch noch im Energiebereich und in anderen Bereichen weiter ansteigen lassen. Unser ganzes Augenmerk muss daher darauf gerichtet sein, im Rahmen der Energiewende Versorgungssicherheit und Kostenentwicklung in den Griff zu bekommen.

Ich verzichte heute auf eine Reihe von Bemerkungen zur Energiepolitik, weil wir im Haus noch ausreichend Gelegenheit haben werden, darüber zu sprechen.

Die Dynamik der Unternehmensgründungen ist zurückgegangen. Wir haben Schwierigkeiten bei der Umsetzung von Forschungsergebnissen in industrielle Prozesse. Es gibt also eine Reihe von Herausforderungen, die wir in unserem Land bewältigen müssen, um Rahmenbedingungen zu erhalten, mit denen wir dafür sorgen, dass diese wirtschaftliche Entwicklung nicht nur im Moment als positiv erscheint, sondern auch nachhaltig fortgeschrieben wird.

Ostdeutschland – das wird in der nächsten Woche die Debatte um den Jahresbericht zum Stand der Deutschen Einheit zeigen – hat bei allen Erfolgen immer noch erhebliche Investitions-, Produktivitäts- und Lohnlücken. In der ostdeutschen Wirtschaft haben sich inzwischen industrielle Kerne gebildet. Gerade in dieser Woche war ich bei einem Unternehmen in Leipzig, in dem eine halbe Milliar-

de Euro in die Produktion investiert wurde. Viele gute Beispiele zeigen: Die Reindustrialisierung in Ostdeutschland ist in vielen Bereichen gelungen. Aber wir dürfen bei der regionalen Wirtschaftsförderung nicht nachlassen.

Diesem Ansatz entspricht auch die Idee, dass wir im Zusammenhang mit der Reform der Gemeinschaftsaufgabe für die Förderung der regionalen Wirtschaft nicht nur die Mittel wieder anheben, sondern in Zukunft auch Förderstrukturen entwickeln, bei denen wir, wie das meine Kollegin in Nordrhein-Westfalen immer sagt, nicht nach Himmelsrichtungen fördern, sondern da fördern, wo der wirtschaftliche und soziale Nachholbedarf am größten ist. Ohne Zweifel ist das auch in Zukunft in weiten Bereichen Ostdeutschlands der Fall. Wir haben Erfolge. Aber wir dürfen uns mit ihnen nicht zufriedengeben.

Nicht zuletzt ist auch die Deckung des Fachkräftebedarfs in den kommenden Jahren eine der größten Herausforderungen. Wir haben uns deshalb im Koalitionsvertrag die Allianz für Fachkräfte auf die Fahne geschrieben. Ich bin allerdings – das gebe ich zu – bei solchen Allianzen gelegentlich ernüchtert. Da wird oft sehr viel besprochen. Aber am Ende muss man aufpassen, dass das, was verabredet ist, auch umgesetzt wird. Wenn der Streit um Zuständigkeiten unsere einzige Aktivität ist, werden wir am Ende scheitern. Deswegen sollten wir uns konkrete Ziele setzen: weniger Schulabbrecher, mehr Ausbildungsplätze, bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf, mehr Chancen für Frauen und natürlich auch ein für Zuwanderinnen und Zuwanderer offenes Land, das sich über diese Zuwanderung freut.

Wir mobilisieren in dieser Legislaturperiode 6 Milliarden Euro zur Entlastung von Ländern bei der Finanzierung von Kitas, Schulen und Hochschulen. 3 Milliarden Euro kommen dem Aufwuchs bei der universitären Forschung zugute. Wir investieren in Köpfe, vor allem auch in umsetzungsfähige und anwendungsnahe Ideen.

Das, was der Jahreswirtschaftsbericht abbildet, ist einerseits das Ergebnis einer guten wirtschaftlichen Entwicklung. Politische Rahmenbedingungen haben in den letzten zehn Jahren dazu geführt, dass Unternehmen flexibel und innovativ sein konnten und Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ihre Qualifikation zugunsten der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit einsetzen konnten. Der Bericht markiert andererseits die Herausforderungen, denen wir uns in diesem Jahr und in den kommenden Jahren stellen werden und bei

denen wir auch nachhaltige Erfolge haben werden.

Eine der Möglichkeiten, den Erfolg fortzuschreiben, ist die Neuverhandlung des Transatlantischen Freihandelsabkommens. Ich sage das deshalb, weil in der öffentlichen Debatte zu Recht Sorgen geäußert werden: hinsichtlich der Gefahr einer Absenkung von sozialen Rechten, hinsichtlich der Gefahr von Lohndumping, auch hinsichtlich der Absenkung von kulturellen Standards, die wir in unserem Land erreicht haben. Aber nur die Sorgen zu formulieren und die Chancen eines Freihandelsabkommens zu verschweigen, ist auch nicht der richtige Umgang mit diesem Thema. Ich finde, woran wir ein Interesse haben müssen, ist, dass das Freihandelsabkommen nicht zum Dumpingabkommen wird, in keinem Bereich. Dafür werden wir uns miteinander einsetzen.

Wir wollen keine neue Runde der blinden Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen. Das wollen wir nicht.

Aber wir wollen die Chance nutzen, zwischen der Europäischen Union und Amerika den größten Freihandelsmarkt der Welt zu erzeugen und übrigens damit in unserem Land und in anderen Ländern ganz erheblichen wirtschaftlichen Erfolg und neue Arbeitsplätze zu schaffen. Ich glaube, wir brauchen beides.

Die Bundesregierung ist dazu bereit, eine transparente Debatte über das Freihandelsabkommen zu führen. Ich jedenfalls bin auch persönlich dazu bereit, zu erläutern, wo aus meiner Sicht Risiken und Aufgaben liegen und worauf man achten muss, damit erreichte europäische und deutsche Standards nicht nivelliert werden. Aber ich finde, wir müssen in der Öffentlichkeit auch darstellen, was wir für Chancen mit diesem Freihandelsabkommen haben, damit nicht der Eindruck entsteht, dies sei sozusagen ein Freihandelsabkommen für amerikanische Spionage. Darum geht es gerade nicht, meine Damen und Herren.

Nein, es geht darum, dass wir eine Chance schaffen für viele, viele Leute in diesem Land, die Zukunftsperspektiven für sich und übrigens auch für ihre Kinder brauchen. Das, glaube ich, geht, wenn man Debatten unideologisch, pragmatisch und unter Wahrung der eigenen Interessen führt. So können wir gemeinsam wirtschaftlichen Erfolg für unser Land herstellen, und der bedeutet immer Erfolg für Unternehmen, aber auch Erfolg und faire und gerechte Arbeits- und Lebensbedingungen für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Beides ist Gegenstand der sozialen Marktwirtschaft, und die wollen wir weiterentwickeln.

(Anhaltender Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

### Wir haben erheblichen Nachholbedarf in der öffentlichen Infrastruktur.

### Für 2014 erwarten wir einen spürbaren Anstieg der Investitionen um vier Prozent.



Aussprache zur Regierungserklärung / 14. Sitzung des 18. Deutschen Bundestages am 13. Februar 2014

Dr. Sahra Wagenknecht, DIE LINKE:

## Wenn Europa solche Freunde hat, dann braucht es keine Feinde mehr



Sahra Wagenknecht (\*1969)  
Landesliste: Nordrhein-Westfalen

Ich lese Ihnen einmal vor, was ein tapferer Oppositionspolitiker vor etwa einem Jahr an diesem Pult der schwarz-gelben Regierung entgegengeschleudert hat:

25 Prozent der Beschäftigten in Deutschland arbeiten in sogenannten prekären Beschäftigungsverhältnissen ...

Jeder zweite neu zu besetzende Arbeitsplatz ist befristet. ...

Wir reden in Deutschland nicht nur über Altersarmut. Wir reden auch über Jugendarmut, Familienarmut, die Armut der Alleinerziehenden ... Früher galt in unserem Land: Fleiß und Anstrengung lohnen sich. Heute führt nicht Leistung zum Aufstieg, sondern Beziehungen, Herkunft, Vermögen, im Zweifel Erbschaften. ... 80 Prozent der Gemeinwohllasten werden von den ganz normalen Menschen ... getragen. Nur 12 Prozent der Gemeinwohllasten tragen die Einkommensbesitzer von Kapital und Vermögen.

So weit die Anklage.

Tja, der tapfere Oppositionspolitiker ist heute Wirtschaftsminister, redet von sozialer Marktwirtschaft und guten Löhnen. Herr Gabriel, das ist vollkommen unglaubwürdig. Was wollen Sie an den hier kritisierten Verhältnissen in der Substanz wirklich ändern? Gar nichts wollen Sie ändern, wenn ich Ihren Koalitionsvertrag richtig gelesen habe.

Sachgrundlose Befristung verbieten? Fehlanzeige. Werkverträge, Leiharbeit? Nichts als heiße Luft. Nach neun Monaten soll es gleiche Bezahlung geben. Aber so lange ist leider kaum einer in einem Unternehmen.

Kinderarmut? Altersarmut? Die Verbesserungen bei der Rente, die Sie ja vornehmen, gehen aber an den wirklich von Altersarmut Bedrohten oder Betroffenen komplett vorbei. Oder gar Vermögensteuer oder höherer Spitzensteuersatz für Reiche? Gott bewahre.

Während Sie hier den Macher spielen, Herr Gabriel, ist Ihre Politik in Wahrheit jämmerlich, weil Sie alles fortsetzen, was vorher der Fall war.

Jetzt erzählen Sie uns etwas von Beschäftigungsboom und fröhlichen Konsumenten. Das ist wirklich sehr originell. Als uns Herr Rösler das Gleiche erzählt hat, sahen die Ergebnisse so aus: 0,7 Prozent Wachstum 2012 und 0,4 Prozent Wachstum 2013, also Stagnation. Selbst diese wäre ohne den riesigen Exportüberschuss nicht möglich gewesen. Aber jetzt soll ja die große Konsumwelle auf Deutschland zurollen.

Nun habe ich mit Zustimmung zur Kenntnis genommen, dass Sie die Tarifforderungen zum Beispiel von Verdi unterstützen. Ich hoffe, dass das nicht nur Dampfplauderei ist. Wenn das tatsächlich Koalitionsposition ist, dann müssten diese Verhandlungen ja relativ schnell zum Abschluss kommen. Das wäre ohne Zweifel gut.

Allerdings reicht das nicht. Es ist doch kein Zufall, dass exakt seit der Agenda 2010 in Deutschland der Konsum stagniert.

Schauen Sie sich doch die Einzelhandelsumsätze an! Ja, es steigen die Ausgaben für Lebensmittel, Energie und Mieten. Aber der Einzelhandel stagniert und hatte im letzten Dezember sogar einen Einbruch zu verzeichnen, und das nicht, weil die Menschen in Deutschland keine Lust mehr haben, sich Geschenke zu Weihnachten zu machen. Vielmehr stagniert der Einzelhandel, weil die Lohnentwicklung nach wie vor mies ist. Das letzte Jahr war eben kein positives Beispiel. Der Einzelhandel stagniert, weil die Rentenentwicklung nach wie vor miserabel ist, weil seit Jahren die Rentenerhöhungen noch nicht einmal die Inflation ausgleichen.

Natürlich fressen auch die explodierenden Strompreise, die Sie nicht senken wollen, einen großen Teil des Haushaltsbudgets der Menschen weg. Das heißt, es liegt letztendlich daran, dass die Menschen schlicht nicht mehr genug Geld im Portemonnaie haben, um sich den Konsum leisten zu können, den sie sich liebend gern leisten würden.

Daran wird sich nichts ändern, solange Sie an Leiharbeit, Werkverträgen, Hartz IV und Rentenkürzungen festhalten.

Ich sage Ihnen zum Mindestlohn: Wir brauchen nicht löchrige 8,50 Euro irgendwann, sondern endlich 10 Euro die Stunde, und zwar sofort und flächendeckend. Das entspricht

auch dem Maßstab unserer europäischen Nachbarländer.

Auch die Investitionen sollen plötzlich brummen, sagt Herr Gabriel. Man fragt sich nur, warum. Etwa seit der Jahrtausendwende investieren deutsche Unternehmen deutlich weniger als ihre Wettbewerber, und das, obwohl die Gewinne gerade großer Unternehmen wegen Lohnrückerei und Steuerentlastungen sprudeln wie nie zuvor. Aber was haben denn diese Unternehmen mit den ganzen geschenkten Milliarden gemacht? Sie haben jährlich etwa viermal so viel Dividenden ausgeschüttet wie in den 90er-Jahren üblich. Sie haben die Gehälter ihres Topmanagements hochgetrieben, und sie haben über 300 Milliarden Euro als Barreserven gebunkert. Das heißt, das ganze geschenkte Geld ist direkt auf die Konten der oberen Zehntausend geflossen. Mästung der Millionäre zulasten von Beschäftigten und öffentlichen Einnahmen, das war die Politik der Bundesregierung, und genau diese Politik setzen Sie fort, Herr Gabriel.

Auch die öffentlichen Investitionen, von denen Sie geredet haben, sind seit Jahren auf einem Tiefstand. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung hat im letzten Jahr vorgerechnet, dass die öffentliche Hand 80 Milliarden Euro mehr im Jahr investieren müsste, um wenigstens den Verschleiß der öffentlichen Infrastruktur – Straßen- und Schienennetze usw. – auszugleichen. Jetzt

kündigen Sie fröhlich mehr öffentliche Investitionen an. Angesichts der steuerpolitischen Entscheidungen der Großen Koalition fragt man sich allerdings: Haben Sie neuerdings eine Maschine zum Gelddrucken? Oder wer soll es bezahlen, vielleicht am Ende die Autofahrer über die Maut? Die kleinen Leute abzukassieren, weil man sich an die Millionäre und Großverdiener nicht herantraut, das war schon der gemeinsame Nenner der letzten Großen Koalition. Aber eine solche Politik kann nur in die Stagnation oder zu Schlimmerem führen. Das erleben wir ja europaweit.

Der Ökonom Paul Krugman hat vor kurzem festgestellt, dass Europa heute eine schlechtere Wirtschaftsentwicklung vorzuweisen hat als nach der großen Weltwirtschaftskrise in den 30er-Jahren. Wer dafür verantwortlich ist, sagt er auch, und zwar in ziemlich deutlichen Worten – ich zitiere Krugman –:

Es stimmt schon, harthäutige, starrköpfige Konservative haben die Politik bestimmt, aber ermutigt und begünstigt worden sind sie von rückgratlosen, wirrköpfigen Politikern der gemäßigten Linken.

Rückgratlose, wirrköpfige Politiker, das ist das Urteil des Wirtschaftsnobelpreisträgers Krugman über Leute wie Sie, Herr Gabriel.

Nun habe ich zur Kenntnis genommen, Herr Gabriel, dass jemand, der die EU-Kommission eher für einen Hort des Wirtschaftsliberalismus und Wirtschaftslobbyismus als für ein glühendes Beispiel funktionierender Demokratie hält, in Ihren Augen ein Antieuropäer ist.

Aber da muss ich Sie, Herr Gabriel, wirklich bemitleiden, weil Sie von Antieuropäern in diesem Sinne offensichtlich geradezu umzingelt sind. Ich erinnere mich zum Beispiel

darán, dass die Herren Habermas, Nida-Rümelin und Bofinger im letzten August einen Aufsatz verfasst haben, nachdem sie sich mit Ihnen unterhalten haben, in dem es hieß, dass die Entwicklung Europas als – Zitat – „Umwandlung der sozialstaatlichen Bürgerdemokratie in eine marktkonforme Fassadendemokratie“ zu kritisieren ist. Fassadendemokratie! Dieses europafeindliche Machwerk hat die SPD bis heute auf ihrer Webseite stehen. Also nicht nur in der Linken, Herr Gabriel, offensichtlich auch in Ihrer Partei lauern die Europafeinde.

Die waren es wahrscheinlich auch, die Jürgen Habermas zu Ihrer letzten Klausur eingeladen haben, auf der er Ihnen ziemlich deutlich gesagt hat, was er von Ihrer Europapolitik hält. „Europaumarmende Sonntagserhetik“ sei das, während Sie gleichzeitig – ich zitiere Habermas – „eine strikt anlegerfreundliche Politik“ betreiben, „um den Preis der politischen Entwürdigung ganzer Völker“ und ihres sozialen Absturzes. Europäische Völker entwürdigen und in den sozialen Absturz treiben und gleichzeitig die deutschen Steuerzahlerinnen und Steuerzahler mit immer neuen Milliardenbeträgen zur Rettung von Banken und Anlegern belasten, das ist offensichtlich in Ihren Augen, Herr Gabriel, eine proeuropäische Politik. Da kann ich nur sagen: Wenn Europa solche Freunde hat, dann braucht es keine Feinde mehr.

Die Linke jedenfalls wird Ihrer Europapolitik für Banken und Millionäre auch in Zukunft vehement widersprechen, und das Gleiche gilt für Ihre Wirtschaftspolitik, die nichts daran ändern wird, dass dieses Land sozial und wirtschaftlich immer tiefer gespalten ist.

(Beifall bei der LINKEN)

Dr. Michael Fuchs, CDU/CSU:

## Eine Erfolgsstory, die wir weiterführen müssen



Michael Fuchs (\*1949)  
Wahlkreis: Koblenz

Frau Wagenknecht, zuerst hatte ich überlegt, ob ich auf Sie eingehe. Aber wenn ich mir diesen Quatsch anhören muss, dann tut das schon weh.

Es sind körperliche Schmerzen, die man hier erleidet, und dann ist es besser, man vergisst es einfach und geht gar nicht groß darauf ein. Denn Sie haben bis jetzt nicht kapiert, dass es Deutschland gut geht. Ich würde gerne einmal von Ihnen hören, dass Deutschland im Vergleich zu anderen Ländern heute das führende Land in Europa ist, dass wir und die Politik der Bundeskanzlerin dafür gesorgt haben, dass es in Europa wieder aufwärtsgeht

und sich Länder langsam, aber sicher aus der Krise herausentwickeln.

Was ist denn mit Irland? Was ist mit Spanien? Was ist mit Griechenland? Diese Länder sind auf dem Sprung, aus der Krise, in der sie sich lange Jahre befunden haben, wieder herauszukommen. Dafür können wir dankbar sein. Das war eine vernünftige Politik, das war Konsolidierungspolitik. Nur, davon verstehen Sie einfach nichts; Sie führen Ihr kommunistisches Gelaber immer weiter.

Fortsetzung auf Seite 4



Fortsetzung von Seite 3: Dr. Michael Fuchs (CDU/CSU)

Deutschland geht es gut. Dafür haben eine Menge Politiker gesorgt. Ich bin fair genug, um zu sagen, dass das natürlich mit Gerhard Schröder und der Agenda 2010 angefangen hat.

Wir haben Maßnahmen ergriffen, die den Arbeitsmarkt verbessert haben, und wir haben Maßnahmen ergriffen, die dazu geführt haben, dass wir heute in Deutschland die höchste Beschäftigungsrate haben, die es jemals gegeben hat. Der Bundesminister hat vollkommen zu Recht eben auf 42,1 Millionen Erwerbstätige in Deutschland hingewiesen. Diese Zahl hat es noch nie gegeben. Wir haben knapp 30 Millionen sozialversicherungspflichtig Beschäftigte. Auch diese Zahl hat es noch nie gegeben. Das ist eine Erfolgsstory, und die müssen wir weiterführen.

Die Beschäftigungslage ist so gut, wie es seit Jahrzehnten nicht der Fall war. Wir haben eine ständig sinkende Arbeitslosigkeit, wir haben die niedrigste Jugendarbeitslosigkeit in Europa, wir haben die niedrigste Arbeitslosigkeit überhaupt in Europa. Vor allen Dingen bei der Reduzierung der Jugendarbeitslosigkeit haben wir ein Erfolgsmodell. Ich bin den Unternehmen dafür dankbar, dass sie viel ausbilden; denn das ist der richtige Weg.

Wir müssen auch weiterhin dafür sorgen, dass mehr junge Menschen in Arbeit kommen. Wir haben, nach dem OECD-Standard gerechnet, immer noch eine Jugendarbeitslosigkeit von ungefähr 7 Prozent. Das sind immer noch 7 Prozent zu viel. Wir müssen den jungen Leuten eine Perspektive geben.

Wenn ich den OECD-Standard auf andere Länder anwende – zum Beispiel auf Spanien, wo die Jugendarbeitslosigkeit bei annähernd 55 Prozent liegt; selbst Frankreich, unser direktes Nachbarland, hat eine Jugendarbeitslosigkeit von 25 Prozent; in anderen Ländern ist sie noch höher; in Griechenland liegt sie

bei rund 60 Prozent –, stelle ich fest: Der Kampf gegen die Jugendarbeitslosigkeit ist eine zentrale europäische Aufgabe. Die Maßnahmen, die die Bundeskanzlerin der EU-Kommission angeraten hat, greifen. Das Ganze werden wir weiter verfolgen.

Meine Damen und Herren, auch was den Aufschwung angeht, ist Deutschland die Lokomotive. Die Wachstumszahl von 1,8 Prozent in diesem Jahr, die der Minister eben verkündet hat, ist konservativ geschätzt. Ich gehe davon aus, dass der Finanzminister ein bisschen den Daumen draufgehalten hat, damit diese Schätzung nicht zu hoch ausfällt. Sie, Herr Gabriel, haben Ihre Wachstums-

### Die Beschäftigungslage ist so gut, wie es seit Jahrzehnten nicht mehr der Fall war.

schätzung nach Ihrem Jahreswirtschaftsbericht ausschließlich auf den Binnenmarkt konzentriert. Danach erwarten Sie für den Export so gut wie kein Wachstum. Doch da bin ich ein klein bisschen optimistischer als Sie. Beispielsweise haben die deutschen Exporte nach China im letzten Monat ein Wachstum von 10,6 Prozent verzeichnet. Das ist natürlich schon ein Anzeichen dafür, dass es auch in dieser Ecke der Welt wieder vorwärtsgeht. Also können wir ziemlich sicher sein, dass unser Exportwachstum stärker sein wird als projiziert. Ich bin so optimistisch, dass ich sage: Wir werden beim Wachstum am Ende des Jahres auch das 2 Prozent-Ziel erreichen können. Das ist hervorragend.

Daraus resultiert, dass wir hier im Hohen Hause trotzdem alle jene Punkte diskutieren müssen, die wichtig sind, damit wir das Ganze weiter und stärker unterstützen können. Es gibt nämlich eine ganze Reihe Risiken in Deutschland. Ein zentrales Risiko ist die demografische Entwicklung. Das Arbeitskräfteangebot hätte im Jahre 2013 eigentlich um 240 000 zurückgehen sollen; trotzdem wurden mehr Personen eingestellt. Das bedeutet, dass verstärkt Zuwanderer aus dem Ausland

eingestellt worden sind und dass mehr Frauen und auch mehr ältere Arbeitnehmer erwerbstätig geworden sind. Das ist erfreulich. Wir haben in vielen Regionen und auch in vielen Berufen einen heftigen Fachkräftemangel. Das ist ein Problem, das wir angehen müssen. Wir müssen die Erwerbstätigkeit in unserem Land besser ausschöpfen. Dabei müssen wir auch nach neuen Wegen suchen; denn das wird nicht einfach sein. Gleichzeitig müssen wir – Sie haben es eben erwähnt – die Zuwanderung qualifizierter Fachkräfte fördern.

Der Erfolg gibt uns recht: Die Zahl der Erwerbstätigen und der sozialversicherungspflichtigen Dauerbeschäftigten ist gewachsen. Frau Wagenknecht, Sie fangen immer wieder an, von der Zeitarbeit zu sprechen: Wissen Sie eigentlich, wie viele Arbeitnehmer in Deutschland überhaupt in Zeitarbeit beschäftigt sind? Nur circa 2,1 Prozent der Beschäftigten sind in Zeitarbeitsunternehmen. Das heißt, wir reden über 850 000 bis 900 000 Personen, die in solchen Beschäftigungsverhältnissen sind. Für viele ist die Zeitarbeit eine Brücke in den ersten Arbeitsmarkt, und das ist gut so.

Die Zahl der Erwerbstätigen zwischen 55 und 64 ist, nebenbei gesagt, ebenfalls gestiegen. Es heißt die ganze Zeit, dass zu wenig ältere Menschen im Erwerbsleben stehen. Nein, das ist falsch: In den letzten vier Jahren ist die Zahl der Erwerbstätigen zwischen 55 und 64 um 13 Prozent gestiegen. Das zeigt, dass es auch da eine Veränderung gibt, dass also mehr ältere Menschen den Weg in den Arbeitsmarkt gefunden haben. Auch das halte ich für sehr gut.

Insofern habe ich ein bisschen ein Problem damit – das ist einer der wenigen Punkte, wo wir uns nicht einig sind –, dass wir mit der Rente mit 63 unter Umständen das falsche Signal setzen. Ich möchte auf jeden Fall – das halte ich für sehr wichtig –, dass wir Anreize für Frühverrentungen begrenzen. Da helfen keine Appelle. Wir müssen die gesetzlichen Regelungen so ausgestalten, dass wir ein vorzeitiges Ausscheiden aus dem Erwerbsleben nicht unterstützen.

Es kann nicht sein, dass jemand bereits mit 61 Jahren in die Arbeitslosigkeit und mit 63 abschlagsfrei in Rente geht. Das zu verhindern, dazu müssen Möglichkeiten gefunden werden. Eine Möglichkeit wäre, dass Zeiten der Arbeitslosigkeit nach dem 1. Januar 2014 oder zumindest Zeiten der Arbeitslosigkeit unmittelbar vor Renteneintritt nicht berücksichtigt werden. Bei vorgeschalteter Altersteilzeit sollte auch der Zugang in die Rente ab 63 nur mit entsprechenden Abschlägen möglich sein.

Das sind Punkte, die wir noch diskutieren müssen. Es muss gerade aufgrund der demografischen Situation

darauf geachtet werden, dass wir wertvolle Fachkräfte nicht verlieren; denn der Arbeitsmarkt wird diese Fachkräfte brauchen.

Meine Damen und Herren, der Bundesminister sprach zu Recht die Risiken der Energiewende an. Ich bin für diese Energiewende; sie muss umgesetzt werden. Aber wir müssen die Energiewende so ausgestalten, dass sie von den Bürgerinnen und Bürgern und von den Unternehmen bezahlt werden kann. Irgendwann hört die Akzeptanz bei der Bevölkerung für diese Energiewende auf, nämlich dann, wenn sie nicht mehr bezahlbar ist, und da sehe ich große Risiken.

Wir haben Firmen, die absolut stromabhängig sind, und zwar nicht deshalb, weil sie unbedingt Strom verbrauchen wollen. Sie würden alles daransetzen, weniger Strom zu verbrauchen. Aber wenn sie technische Prozesse haben, beispielsweise Elektrolysen, dann brauchen sie Strom. Sie brauchen dummerweise ein Elektron, das den ganzen Prozess antreibt – wenn man ein ganz kleines bisschen über Physik oder Chemie weiß, dann kann man das verstehen –; ohne das geht es nicht.

Genau dieses Problem ist nun einmal da, und das wissen wir auch. Deswegen müssen wir stromintensive Unternehmen unterstützen. Ich erwarte, dass wir dafür eine vernünftige Lösung finden.

Es gibt einen zweiten Punkt, Herr Minister, bei dem ich mit Ihnen nicht einig sein kann. In Ihrem Eckpunktepapier für Meseberg stand, dass die Eigenerzeugung von Strom ebenfalls der EEG-Umlage unterfallen soll. Das geht nicht.

Die industrielle Eigenerzeugung von Strom muss für bestehende Anlagen weiterhin von der EEG-Umlage befreit sein. Der Koalitionsvertrag sieht dies, nebenbei bemerkt, ausdrücklich vor. Bestandschutz ist kein Privileg nur der erneuerbaren Energien, sondern das muss natürlich auch für die Eigenstromerzeugung gelten.

Hier haben wir Vertrauensschutz zu gewährleisten. Daran müssen wir gemeinsam arbeiten. Wir müssen dafür eine vernünftige Regelung finden.

Ich sehe mit Sorge, dass es Industrien gibt, die heute schon darüber nachdenken, ob sie noch in energieintensive Anlagen in Deutschland investieren können. Ich will dazu den VDMA anführen. Der hat eine Analyse gemacht, nach der in den letzten fünf Jahren nur noch etwa 85 Prozent der Mittel aus Abschreibungen reinvestiert werden. Das macht mir Sorge. Das bedeutet schlicht und ergreifend, dass 15 Prozent woanders investiert werden. Ich gehe nicht davon aus, dass sich diese Unternehmen aus dem Markt verabschieden, aber sie investieren nicht mehr in energieintensive Anlagen in Deutschland. Wenn das der Fall ist,

dann heißt das am Ende des Tages, dass sie sich aus Deutschland verabschieden. Bei Unternehmen ist es, nebenbei bemerkt, nicht so, dass sie zum Einwohnermeldeamt gehen müssen, um sich zu verabschieden. Das machen sie klammheimlich; auf einmal sind sie weg.

Das muss verhindert werden; denn ich möchte, dass dieses Land ein industrielles Land bleibt. Deutschland ist der Industriestandort Nummer eins in Europa. Wir müssen alles daransetzen, liebe Kolleginnen und Kollegen, dass es das bleibt.

Wenn es nicht so bleibt und wenn wir nicht mehr geschlossene Wertschöpfungsketten haben, dann wird sich dieses Land verändern, und zwar so, wie Sie es in großen Teilen von Großbritannien beobachten können. Das ist nicht meine Vorstellung von Deutschland.

Meine Damen und Herren, dafür werden wir bei der Energiewende noch etliche schwierige Aufgaben zu lösen haben. Es muss eine EU-konforme Regelung für besondere Ausnahmen gefunden werden. Es muss dringend mit Kommissar Almunia verhandelt werden. Ich weiß, dass der Minister schon auf dem Weg ist, das zu tun. Wir müssen bis zum 1. Juli eine vernünftige Regelung haben, die die EU notifizieren kann. Wenn wir das nicht schaffen, dann haben wir ein heftiges Problem für die deutsche Wirtschaft. Das möchte ich nicht. Die Unternehmen, die jetzt befreit sind, müssen in wesentlichen Teilen auch befreit bleiben. Die Grünen haben die Schienenbahnen berücksichtigt. Ob man nun die Straßenbahn in Rostock als im internationalen Wettbewerb stehend empfinden kann, weiß ich nicht; ich tue das nicht. Das könnte zum Beispiel ein Bereich sein, den wir von den Ausnahmen herausnehmen müssen, damit wir ein Opfer an die EU liefern können. Das wird uns abverlangt werden. Darüber müssen wir nachdenken.

Ich bin froh, dass Sie eben das Transatlantische Freihandelsabkommen angesprochen haben. Das ist mit Sicherheit eine Riesenchance. Man sieht es, nebenbei bemerkt, an Bali, wo die letzte WTO-Verhandlung stattgefunden hat. Die OECD hat ausgerechnet, dass allein Europa dadurch schon in den nächsten Jahren Exportchancen in Höhe von 60 Milliarden Euro zusätzlich bekommt. Das zeigt: Solche Freihandelsabkommen sind der richtige Weg. Daran werden wir gemeinsam arbeiten. Es hat keinen Sinn, die NSA-Problematik mit einem Freihandelsabkommen zu verknüpfen. Das ist sicherlich nicht der richtige Weg.

Ich bin davon überzeugt, dass dieser Jahreswirtschaftsbericht die Chancen, die wir haben, und ebenso die Risiken aufzeigt. Wir müssen gemeinsam hart daran arbeiten, die Risiken möglichst klein zu halten.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)



Die Bundesregierung erwartet 2014 eine Arbeitslosenquote von 6,8 Prozent.



Dr. Anton Hofreiter, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

## Sorgen Sie für eine andere Politik



Anton Hofreiter (\*1970)  
Landesliste: Bayern

Ach, Herr Gabriel, es ist ja schön, wenn die wirtschaftliche Lage bei uns gut ist. Es ist schön, wenn die Löhne steigen. Es ist schön, wenn es den Menschen einigermaßen gut geht. Aber erstens trifft das nicht auf alle Menschen in unserem Lande zu, und zweitens ist von einem Bundeswirtschaftsminister schon etwas mehr zu erwarten, wenn er über die wirtschaftspolitischen Perspektiven spricht, als eine Beschreibung der derzeitigen Lage. Da hätte man auch jemanden vom Statistischen Bundesamt einladen können; der hätte das hier mindestens so inspiriert vorgetragen wie Sie.

Wenn Sie sagen, dass eine offene Gesellschaft, dass Zuwanderung Voraussetzungen für ökonomischen Erfolg sind, dann geben wir Ihnen recht. Aber haben Sie eigentlich bemerkt, dass Sie in einer Koalition mit CDU und CSU sind? Haben Sie eigentlich einmal mit Ihrem Koalitionspartner darüber gesprochen, der ja nicht nur Unsinn erzählt, sondern die Stimmung im ganzen Land vergiftet? Sorgen Sie doch einmal dafür, dass das abgestellt wird! Das ist nicht nur eine ökonomische Frage, sondern auch eine des Anstandes.

Herrn Fuchs möchte ich Folgendes sagen: Wenn man schon die Linkspartei angreift, dann bitte nicht mit völligem fachlichen Unsinn.

Denn wenn Sie behaupten, Zeitarbeit sei eines der großen Sprungbretter auf dem Weg zu einer dauerhaften Beschäftigung, und die Statistiken sagen, dass es im besten Falle 7 Prozent schaffen, dann können Sie das nicht als Beispiel anführen. Lesen Sie doch einfach einmal Ihre eigenen Statistiken; dann werden Sie feststellen, wie es wirklich aussieht.

Zu Ihrer Energiewende. Sie haben gesagt, Sie wollen die Energiewende. Erstens glaube ich Ihnen das nicht; denn das ist mir völlig

neu. Dass Sie eine Energiewende von der Atomkraft hin zur Braunkohle wollen, könnte man Ihnen vielleicht noch glauben.

Aber wenn Sie wirklich eine Energiewende wollen, die dazu beiträgt, dass die Strompreise stabil bleiben, dann müssen Sie sich doch um die kostengünstigsten Bereiche der Stromproduktion kümmern.

Und was ist inzwischen die kostengünstigste Form der Stromproduktion? Wir reden hier überhaupt nicht über die ökologischen Kosten, die zum Beispiel Braunkohle verursacht. Wir reden auch überhaupt nicht über das Risiko, das Atomkraft verursacht, sondern wir betrachten das rein betriebswirtschaftlich.

Die kostengünstigste Form der Stromproduktion ist eine Windkraftanlage an Land. Aber ausgerechnet diese Produktion wollen Sie deckeln. Das macht doch überhaupt keinen Sinn. Selbst wenn Ihnen die Umwelt und die Lebensgrundlagen vollkommen egal sind: Es macht auch ökonomisch keinen Sinn, ausgerechnet die kostengünstigste Form der Stromproduktion zu deckeln, wenn man die Strompreise in den Griff kriegen will.

Aber schauen wir uns einmal an, was in Ihrem schönen Bericht steht und was die Bundesregierung in wirtschaftlicher Hinsicht eigentlich vorhat; davon ist bis jetzt kaum gesprochen worden. Beim Lesen und Hören musste ich manchmal an die eine oder andere Wahlkampfrede von Ihrem Kollegen Steinbrück denken. Er hat Frau Merkel immer vorgeworfen, dass sie schöne Pappschachteln ins Fenster stellt, in denen nichts drin ist. Solche Pappschachteln werden nicht schöner, bloß weil man sie rot anmalte, Herr Gabriel.

Schauen wir uns einmal einige dieser Pappschachteln an, zunächst die Investitionsoffensive. Im Rahmen dieser Investitionsoffensive wollen Sie 1,2 Milliarden Euro mehr für den Erhalt und Neubau im Bereich Straße ausgeben. Das klingt erst einmal gut; das ist scheinbar eine hohe Summe. Das Problem ist bloß: Die gemeinsame Expertenkommission der 16 Länder hat festgestellt, dass 7,2 Milliarden Euro notwendig sind, und zwar allein für den Erhalt. Sie geben nur einen Bruchteil mehr für Erhalt und Neubau aus. Ist Ihnen eigentlich nicht klar, dass zwischen 1,2 Milliarden und 7,2 Milliarden Euro durchaus ein relevanter Unterschied besteht? Oder gehen Sie so nachlässig mit Zahlen um, wie das der ADAC tut?

Schauen wir uns den Bericht der OECD an. Laut OECD ist Deutschland Schlusslicht bei den Investitionen. Der Durchschnitt der großen Industrieländer liegt bei 20 Prozent des BIP. Wir liegen bei 17 Prozent.

Mit Ihrer Investitionsoffensive erreichen Sie 17,1 Prozent, das heißt, Sie steigern die Quote um 0,1 Prozent. Das nennen Sie Investitionsoffensive? Das ist doch lachhaft. Das ist doch nicht ernst zu nehmen.

Sorgen Sie dafür, dass die Infrastruktur verbessert wird, dass Straßen und Brücken saniert werden, anstatt wie Don Quichotte gegen Windräder zu kämpfen! Bei diesem Vergleich stellt sich natürlich die Frage, wer eigentlich Sancho Pansa ist. Beim Kampf gegen Windräder könnte es Horst Seehofer sein; aber das passt doch nicht so ganz. Stoppen Sie also den Verfall!

Herr Finanzminister, es ist ja schön, dass der nominale Schul-

denstand sinkt. Aber was haben wir von einem nominal sinkenden Schuldenstand, wenn de facto die implizite Staatsverschuldung weiter steigt, weil Sie die vorhandene Infrastruktur vergammeln lassen? Davon haben wir nichts, sondern am Ende wird alles nur noch teurer und die Lasten werden in die Zukunft verschoben. Das ist in der Form einfach Unsinn.

Das Gleiche gilt für den Breitbandausbau. Ursprünglich war dafür noch 1 Milliarde Euro vorgesehen.

### Beenden Sie die Blockadehaltung Deutschlands in der Frage der Bankenunion.

Irgendwie ist die den Koalitionsverhandlungen zum Opfer gefallen. Woher wollen Sie denn das Geld dafür nehmen? Geld dafür könnte man schon finden. Sie müssten auch gar nicht die Steuern erhöhen. Es wäre schon schön, wenn Sie sich an den Subventionsabbau herantrauen würden.

Laut Ihrem eigenen Bericht belaufen sich die jährlichen Subventionen auf 21 Milliarden Euro. Bauen Sie doch wenigstens einen Teil davon ab, dann hätten Sie Geld für Investitionen. Aber nein, Sie haben ja jetzt einen Minister für Ausländermaut auf der Straße und für Daten. Vielleicht führen Sie ja noch eine Ausländermaut für Datenverkehr ein. Geld kommt damit jedoch auch nicht herein.

Herr Gabriel, Sie selbst haben ja, auch wenn Sie sonst nicht viel von Wirtschaftspolitik, sondern vor allem von Statistik gesprochen haben, in Ihrer Rede erwähnt, dass eine Bankenunion notwendig ist, um die Probleme in den Griff zu bekommen. Ja, eine Bankenunion ist notwendig. Darin sind sich die SPD-Fraktion und unsere Fraktion auf europäischer Ebene einig. Aber die Bundesregierung blockiert eine effiziente Bankenunion.

Da stellt sich schon die Frage: Wer bestimmt denn jetzt: die europäische Sozialdemokratie oder die Bundesregierung?

Unterlassen Sie das! Beenden Sie die Blockadehaltung Deutschlands in der Frage der Bankenunion! Sorgen Sie dafür, dass wir schnell Banken abwickeln können; denn sie sind eine relevante Gefahr.

Herr Gabriel, wenn ich mir Ihre Rede insgesamt anschau, dann kann ich nur feststellen – der Koalitionsvertrag hieß ja „Deutschlands Zukunft gestalten“ –: Es war leider wieder bloß Statistik und „Deutschlands Zukunft verwalten“. Das ist zu wenig. Sorgen Sie für eine andere Politik, damit „Wohlstand für Alle“ gilt. Mit dieser Politik, mit dem Verlesen von Statistiken oder ein paar harmlosen Verwaltungsakten werden Sie dieses Ziel mit Sicherheit nicht erreichen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Hubertus Heil, SPD:

## Eine realistische Betrachtung der Situation



Hubertus Heil (\*1972)  
Wahlkreis: Gifhorn - Peine

Lieber Kollege Hofreiter, ich war ja auch vier Jahre lang Oppositionspolitiker. Wenn man als Oppositionspolitiker eine Rede hält, dann ist sie wirksamer, wenn man nicht sozusagen alles in Bausch und Bogen verdammt und schlechtredet, sondern sich auf die Punkte konzentriert, bei denen eine Regierung angreifbar ist. Insofern kann ich nur eines sagen:

Ihre Rede ist der Sache nicht angemessen gewesen. Die Opposition scheint noch zu üben. Der Bundeswirtschaftsminister regiert. Das ist der Unterschied.

Ich habe Ihren Antrag gelesen. Ich finde im Antrag der Grünen den einen oder anderen sympathischen Punkt. Aber eines darf man doch bitte einmal zur Kenntnis nehmen: Die Rede des Bundeswirtschaftsministers zum Jahreswirtschaftsbericht, die wir heute gehört haben, unterscheidet sich von denen seiner Vorgänger.

Oft haben Bundeswirtschaftsminister bei der Vorstellung des Jahreswirtschaftsberichts im Wesentlichen die Lage beschrieben, meistens sehr rosig, und sich damit begnügt. Sie finden ganz tolle Begriffe wie XXL-Aufschwung oder Ähnliches. Der Unterschied ist: Dieser Bundeswirtschaftsminister hat ein realistisches Bild der wirtschaftlichen Entwicklung dieses Landes gezeichnet, mit allen Stärken, die wir haben, aber auch mit allen Herausforderungen und Risi-

ken. Er begnügt sich aber nicht damit, sondern er sagt, was diese Bundesregierung tun will und tun wird. Das ist der Unterschied.

Politik heißt, die Wirklichkeit zu betrachten, sie aber auch zu verändern. Das ist der Unterschied zur Vorgängerregierung.

Ich will Ihnen sagen, was konkret wir uns vorgenommen haben. Es geht um leistungsfähige Infrastrukturen, die wir bereitstellen müssen, damit dieses Land wirtschaftlich erfolgreich bleibt. Es geht um die Sicherung der Fachkräftebasis in diesem Land. Es geht – das hat Sigmar Gabriel deutlich gemacht – um die Überwindung der Spaltung am Arbeitsmarkt, weil die Spaltung nicht nur ungerecht ist, sondern weil wir sie uns ökonomisch mit Blick auf die demografische Entwicklung gar nicht leisten können, weil wir Wohlstand und Teilhabe für alle brauchen, nicht nur aus Gründen

Fortsetzung auf Seite 6



Fortsetzung von Seite 5: Hubertus Heil (SPD)

des gesellschaftlichen Zusammenhalts, sondern auch aus Gründen der wirtschaftlichen Vernunft. Wir können uns Ausgrenzungen von Menschen am Arbeitsmarkt durch schlechte Löhne oder Dauerarbeitslosigkeit dauerhaft nicht leisten. Das ist eine ökonomische Weisheit, meine Damen und Herren, die wir begriffen haben.

Es geht um Innovation, Forschung und Entwicklung. Und es geht darum, die Energiewende zu gestalten, sowie nicht zuletzt darum, die nach wie vor schwelende Krise im Euro-Raum in den Griff zu bekommen; denn die ist mitnichten überstanden. Es gilt der Satz: Wir haben gute Chancen, diese Reformen jetzt zu stemmen, weil wir in Deutschland eine gute wirtschaftliche Lage haben. Es gilt aber nach wie vor auch der Satz: Wer morgen sicher leben will, muss heute für Reformen kämpfen. Das tun wir mit den im Jahreswirtschaftsbericht aufgezeigten Instrumenten.

Auch wenn Statistik Sie langweilt, Herr Kollege Hofreiter, sollte man sich trotzdem mit ein paar wirtschaftlichen Fundamentaldaten zumindest auseinandersetzen. Es ist nicht zu bestreiten, dass wir eine ganz ordentliche wirtschaftliche Entwicklung haben.

Die Prognose für dieses Jahr liegt bei 1,8 Prozent. Wir sagen nicht, dass das ein Grund ist, sich zurückzulehnen. Es ist mitnichten ein Grund, sich zurückzulehnen. Wir können etwas daraus machen. Wir sollten darüber reden, welches

die Auseinandersetzungen der Zukunft sein werden, welche Herausforderungen auf uns zukommen.

Es geht darum, dass wir uns dem demografischen Wandel, dessen Folgen inzwischen auch den Arbeitsmarkt erfasst haben, stellen. Auf der einen Seite suchen immer mehr Unternehmen händeringend

qualifiziertes Fachpersonal. Auf der anderen Seite gibt es in Deutschland nach wie vor viel zu viele Menschen, die abgehängt sind. Die Frauenerwerbsbeteiligung in Deutschland erscheint zwar pro-

zentual hoch, das Arbeitsvolumen aber ist zu niedrig. Auch viele junge Leute sind abgehängt. Nach wie vor verlassen Jahr für Jahr 70 000 junge Menschen in Deutschland die Schule ohne Schulabschluss. 1,5 Millionen Menschen zwischen 20 und 30 Jahren haben keine berufliche Erstausbildung. Wir haben viel zu viele Menschen, die im erwerbsfähigen Alter sind, aber zum alten Eisen gehören. Wir müssen nicht nur die Frage der Ausbildung in den Vordergrund stellen, sondern auch die Frage der Weiterbildung und der Beschäftigungsfähigkeit von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern behandeln.

Arbeitnehmerrechte sind nicht nur Bürgerrechte, sondern sie sind in diesem Land auch ein Instrument, um über Mitbestimmung für gute Arbeitsbedingungen und so dafür zu sorgen, dass Menschen auch beschäftigungsfähig bleiben können. Wir können es uns nicht mehr leisten, Menschen am Arbeitsmarkt auszugrenzen.

Wenn wir über Fachkräftesicherung reden, gehört dazu auch, dass wir über qualifizierte Zuwanderung in dieses Land reden müssen. Dafür brauchen wir nicht nur gesetzliche Regelungen, sondern vor allen Dingen eine Willkommenskultur, eine Weltoffenheit, die deutlich macht, dass dieses Land von Einwanderung und Zuwanderung profitiert und keinen Schaden nimmt.

Deshalb, meine Damen und Herren, ist die eine oder andere xenophobe Rede, die Politiker im Wahlkampf halten, nicht nur unanständig, sondern auch ökonomisch schädlich für dieses Land. Wir brauchen qualifizierte Zuwanderung. Wir müssen die inländischen Potenziale nutzen. Und wir brauchen Menschen, die zu uns kommen, damit sie hier arbeiten, lehren und leben. Das ist die Erkenntnis, die wir aus der demografischen Entwicklung ziehen müssen. Deshalb ist es gut, dass wir hier einen Schwerpunkt setzen.

Es geht bei dem, was wir vorhaben, im Kern um eine Strategie, die auf Investitionen setzt. Frau Wagenknecht, Herr Hofreiter, es geht da um öffentliche Investitionen – gar keine Frage! Diese Bundesregierung wird in dieser Legislaturperiode 23 Milliarden Euro zusätzlich investieren, 6 Milliarden Euro in den Bereich Kitas, Schulen, Hochschulen, 3 Milliarden Euro in den Bereich Forschung, 5 Milliarden Euro in den Bereich der Verkehrsinfrastruktur. Und ja, ich würde mir auch das eine oder andere mehr wünschen. Aber es geht eben nicht nur um öffentliche Investitionen, sondern im gleichen Maße um die Bedingungen für private Investitionen.

Wir haben da ein Risiko, Herr Fuchs. Wir haben die Situation, dass deutsche Unternehmen tatsächlich nicht wenig investieren, vor allen Dingen große Unternehmen, aber leider viel zu wenig in Deutschland. Das ist eine Diskussion, die wir führen müssen. Dabei müssen wir über die Standortbedingungen in diesem Land sprechen. Ich rede davon, dass man für Innovationen auch Investitionen braucht, aber wir uns in diesem Land auch einmal vor Augen führen müssen, dass wir bei der Herausforderung der Digitalisierung, bei dem technischen Fortschritt, der vor uns liegt, nicht abgehängt werden dürfen. Da mache ich mir Sorgen. Wer weiß, dass der IKT-Anteil, der Anteil des Bereichs der Informations- und Kommunikationstechnologie an der Wertschöpfung, bei einem deutschen Auto heute 30 Prozent ausmacht, wer weiß, dass der IKT-Anteil bei Autos im Jahr 2025 aufgrund technischen Fortschritts bei ungefähr 60 Prozent liegen wird, und sich dann anschaut, wo die wesentlichen

IKT-Unternehmen in der Welt sitzen, um dann festzustellen, dass nur noch 10 Prozent der Wertschöpfung im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnologie in Europa stattfindet, der muss sich auf lange Sicht darum kümmern, dass wir in diesem Land und in Europa insgesamt im Bereich der digitalen Wirtschaft vorankommen. Deshalb, Herr Bundesminister, ist es gut, dass dieses Thema im Jahreswirtschaftsbericht angesprochen wird. Ich bitte diese Bundesregierung ganz herzlich darum, das Thema digitale Ökonomie, digitale Agenda, Industrie 4.0 als Herausforderung zu begreifen, die ähnlich groß ist wie das, was wir gerade im Bereich der Elektromobilität erleben, dass wir also die Kräfte bündeln müssen, wir Infrastrukturen benötigen, wir Investitionen in Bildung und Forschung brauchen, wir dafür sorgen müssen, dass wir da nicht zurückfallen, damit wir die Chancen digitaler Wirtschaft auch für Deutschland und Europa nutzen können.

Ja, es geht um Innovationen, es geht auch um Integration in gute Arbeit. Dazu hat der Bundeswirtschaftsminister eine ganze Menge gesagt. Es geht letztendlich auch um Internationalisierung. Deshalb bin ich dankbar, dass der Bundeswirtschaftsminister da einen differenzierten Blick auf die Chancen und die Risiken der Freihandelspolitik und des internationalen Freihandelsabkommens geworfen hat. Wir in Deutschland diskutieren ja ganz intensiv die Risiken. Es gibt viele Ängste in der Bevölkerung, in der Wirtschaft üb-

rigens auch, dass bestimmte Standards, die wir in Deutschland und Europa gewohnt sind, abgesenkt werden könnten. Dagegen muss man sich stemmen. Aber ich sage im gleichen Atemzug: Es geht beim Thema Transatlantisches Freihandelsabkommen auch darum, die außen- und sicherheitspolitischen und ökonomischen Chancen zu sehen.

Wir haben vor einigen Jahren eine Rede von Präsident Obama erlebt, in der er beschrieben hat, dass die Vereinigten Staaten von Amerika eine pazifische Nation seien.

Er hat also einen Blick von der pazifischen Küste Kaliforniens in Richtung Fernost – so nennen wir es – geworfen. Es ist ohne Zweifel so, dass die Vereinigten Staaten von Amerika auch eine pazifische Nation sind. Aber wir müssen ein

politisches und wirtschaftliches Interesse daran haben, dass die Vereinigten Staaten von Amerika und Nordamerika insgesamt eben auch eine transatlantische Beziehung haben.

Meine Damen und Herren, vor diesem Hintergrund muss man – bei allem, was wir intensiv diskutieren, um sicherzustellen, dass das Transatlantische Freihandelsabkommen nicht sozusagen ein wirtschaftsradikaler Trojaner in Europa wird – über die Chancen dieses Abkommens reden und die Verhandlungen so gestalten, dass wir sie zum Nutzen Deutschlands und Europas führen. Deshalb ist meine ganz herzliche Bitte, in diesem Haus differenziert darüber zu reden. Ich muss schon sagen, dass mich da der Beschluss von Bündnis 90/Die Grünen, bei denen ich viele Atlantiker kenne, ein bisschen überrascht hat, weil er ein bisschen zu sehr die Risiken und nicht die Chancen berücksichtigt.

Meine Damen und Herren, Politik fängt damit an, die Wirklichkeit zu betrachten, um sie zu verändern.

In diesem Sinne hat der Bundeswirtschaftsminister mit dem Jahreswirtschaftsbericht eine realistische Betrachtung der Situation in diesem Land vorgelegt. Es geht nicht darum, nur die rosarote Brille aufzusetzen. Aber es geht eben auch nicht darum, alles in Grund und Boden zu reden, Frau Wagenknecht. Wir brauchen Macher und nicht Miesmacher, wenn es um die Wirtschaftspolitik in diesem Land geht. Das ist der Unterschied zu diesem Bundeswirtschaftsminister.

Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit. Wir brauchen tatsächlich Anpacker, und die gibt es in dieser Bundesregierung.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

### Wir können uns Ausgrenzungen von Menschen am Arbeitsmarkt dauerhaft nicht leisten.

### Diese Bundesregierung wird in dieser Legislaturperiode 23 Milliarden Euro investieren.



Die Kaufkraft der Deutschen trägt laut dem Jahreswirtschaftsbericht auch zum Wirtschaftswachstum bei.

© picture-alliance/dpa



Michael Schlecht, DIE LINKE:

## Wir müssen zu einer neuen Ordnung am Arbeitsmarkt kommen



Michael Schlecht (\*1951)  
Landesliste: Baden-Württemberg

Herr Gabriel, Sie haben nicht nur jahrelang Tarifpolitik betrieben, sondern in Gewerkschaftsschulen Tarifpolitik auch unterrichtet. Nun haben Sie sich geoutet, dass wichtige Dinge, die man Ihnen beigebracht hat, auch hängen geblieben sind.

Es ist erfreulich, dass Sie herausstellen, dass sich faire Tarifierhöhungen mindestens an der Preissteigerungsrate – an dem Ausgleich der Inflation – und natürlich auch an der Produktivitätssteigerung orientieren müssen. Es ist richtig – und ich finde es gut, dass Sie auch das herausgestellt haben –, dass es für Gewerkschafter immer angezeigt ist, bei den Tarifverhandlungen eine deutliche Umverteilungskomponente herauszuholen, also mehr als nur den Ausgleich der Preissteigerung und eine Anpassung an die Produktivitätssteigerung.

Gerade in diesen Zeiten ist das von außerordentlicher Bedeutung; denn durch die Politik der letzten zehn, zwölf Jahre, durch die Rahmenbedingungen, mit denen Gewerkschaften konfrontiert waren, ist den Gewerkschaften ein dramatisches Lohndumping aufgezwungen worden. Die Gewerkschaften konnten jahrelang – das haben Sie selbst in Ihrer Rede eben angesprochen – nicht einmal Lohnerhöhungen herausholen, die die Preissteigerungen und Produktivitätssteigerungen berücksichtigten. Vielmehr wurden sie gezwungen, sich auf niedrigere Lohnabschlüsse einzulassen. Das muss jetzt ausgeglichen werden. Dafür ist in der Tat Jahr für Jahr eine massive Umverteilungskomponente notwendig.

Grundsätzlich kann ich die Grundsätze, die Sie formulieren, loben. Aber machen Sie etwas, damit diese Grundsätze in der Realität auch umgesetzt werden können? Fehlanzeige! Als Gewerkschafter kann ich keine Tarifierhöhungen durchsetzen, indem ich den Unternehmern am Verhandlungstisch er-

zähle: Hört mal zu, es gibt da jetzt einen Wirtschaftsminister, der dieses und jenes sagt. – Das interessiert die im Regelfall nicht, sondern Unternehmer interessiert immer nur, was in Tarifaueinandersetzungen und auch in Streikauseinandersetzungen durchgesetzt werden kann.

Die in der Vergangenheit im Rahmen der Agenda von Ihnen durchgesetzte massive Deregulierung am Arbeitsmarkt führte zu Befristungen, Leiharbeit, Minijobs, Verunsicherung durch Hartz IV und Verängstigung der Beschäftigten. Das ist der Grund

dafür, dass wir jetzt seit über zehn Jahren ein dramatisches Lohndumping in unserem Land zu verzeichnen haben. Das muss geändert werden.

**Ein Wille zur Veränderung ist in Ihrer Politik nicht festzustellen.**

Ändern Sie denn nun tatsächlich etwas an dieser verhängnisvollen Politik? Wieder Fehlanzeige! Es gibt keine Veränderungen bei Befristungen; denn mit befristet Beschäftigten, das sage ich aus Erfahrung, streikt es sich nicht besonders gut, weil sie natürlich Angst haben, dass ihr Vertrag nicht verlängert wird. Es streikt sich nicht besonders gut mit Leihar-

Dr. Joachim Pfeiffer, CDU/CSU:

## Das Ergebnis von harter Arbeit und Reformen



Joachim Pfeiffer (1967)  
Wahlkreis: Waiblingen

Deutschland geht es in der Tat gut. Das ist nicht vom Himmel gefallen, sondern das ist das Ergebnis von harter Arbeit, von Reformen in den letzten zehn Jahren. Wir haben uns aus einer Abwärtsspirale mit immer mehr Arbeitslosen, mit einer immer höheren Verschuldung und immer mehr Sozialausgaben durch Reformen herausgearbeitet und befinden uns nun in einer Aufwärtsspirale mit immer mehr Beschäftigungsverhältnissen, höheren Steuereinnahmen und weniger Sozialausgaben. Wir haben eine wettbewerbsfähigere Wirtschaft. Die Reformen bezogen sich auf die Flexibilisierung des Arbeitsmarktes, Technologieförderung und Gründungsförderung. Viele Dinge sind zusammengesommen. Diese Reformen haben es ermöglicht, dass beispielsweise die Be-

schäftigungsschwelle in Deutschland, die vor zehn Jahren noch bei 1,5 Prozent des Wirtschaftswachstums lag, auf jetzt 0,5 Prozent zurückgegangen ist. Das heißt, wenn der Wirtschaftsminister für dieses Jahr ein Wachstum von 1,8 Prozent voraussagt, dann hat dies außerordentlich positive Beschäftigungseffekte in diesem Land.

Die Zahlen, die hier von Teilen der Opposition angeführt wurden – offensichtlich wurden bewusst falsche Zahlen genannt; ich kann kaum glauben, dass Sie es nicht besser wissen –, sind wirklich hanebüchen. Frau Wagenknecht spricht davon, dass 25 Prozent der 42 Millionen Menschen in Deutschland prekär beschäftigt wären.

Es würde mich interessieren, woher diese Zahl kommt. Gerade letzte Woche hat die Bundesagentur die Zahlen zu den Aufstockern korrigiert.

Es gibt in diesem Land 47 000 Aufstocker, die Singles sind, und 170 000, die in Mehrpersonenhaushalten wohnen. Das sind insgesamt circa 230 000 Aufstocker. Das sind 0,5 Prozent von 42 Millionen und nicht 25 Prozent. Ich glaube, da ist Ihnen das Komma ein bisschen verrutscht.

Behaupten Sie hier nicht irgendwelche Sachen, die wirklich hanebüchen sind!

Wenn ich den Kollegen Hofreiter höre, sehne ich mich fast nach dem Herrn Trittin zurück; das muss ich wirklich sagen. Das, was der erzählt hat, hatte wenigstens noch ein gewisses intellektuelles Niveau.

Es streikt sich auch nicht besonders gut mit Minijobbern – mittlerweile sind es 7 Millionen –, die in atomisierten Arbeitsverhältnissen eingesetzt werden. Diese kennen im Regelfall nicht einmal die Kollegen aus der Mittel- oder Spätschicht. Unter solchen Umständen ist es sehr schwierig, Widerstand in Form einer Streikbewegung zu organisieren.

Ein Wille zur Veränderung ist in Ihrer Politik nicht festzustellen. Es ist allerdings festzustellen, dass Sie im zurückliegenden Wahlkampf zu all diesen Punkten wunderbare Forderungen formuliert haben. Aber mit politischen Kräften wie uns, die mit Ihnen in diesem Bereich vorankommen wollten, wollten Sie in Form von Koalitionsverhandlungen nichts zu tun haben.

Die Lohnerhöhung, die Sie jetzt erwarten, ist außerordentlich bescheiden. Sie gehen von einem Plus von 2,7 Prozent aus, schreiben aber selbst in Ihren Bericht hinein, dass die Einkommen aus Unternehmer-tätigkeit und Vermögen um das

Doppelte ansteigen sollen. Das heißt, dass davon auszugehen ist, dass die Umverteilung von unten nach oben sogar noch weiter zunimmt. Anscheinend finden Sie das gut. Das passt aber mit Ihren sonstigen Reden nicht zusammen. Insofern entpuppen sich Ihre sonstigen Reden als Sonntagsreden.

Sie haben von Lohnverfall gesprochen. Den gibt es in der Tat. Daher ist es dringend notwendig, dass von politischer Seite gegengewirkt wird, dass Befristungs- und Leiharbeitsregelungen zurückgenommen werden. Wir müssen zu einer neuen Ordnung am Arbeitsmarkt kommen. Nur dann haben Gewerkschaften bei Streiks und Auseinandersetzungen eine Chance, Lohnsteigerungen entsprechend den Preis- und Produktivitätssteigerungen sowie unter Umständen auch eine Umverteilungskomponente durchzusetzen. Die Politik muss aber die Rahmenbedingungen dafür schaffen.

(Beifall bei der LINKEN)

weiter trainiert, wenn er nicht weiter hart arbeitet, dann wird er bei den nächsten Olympischen Spielen in vier Jahren nicht automatisch wieder auf dem Treppchen stehen. Deshalb sollten wir uns genau anschauen, was wir tun.

Wir müssen aufpassen: Die Demografie ist, wie sie ist. Deshalb sind heute die Probleme anders als vor 10, 15, 20 Jahren. Uns fehlen bis 2025 6,5 Millionen Fachkräfte. Sie alle sind nicht geboren, und so viele Fachkräfte werden wir sicher nicht durch Zuwanderung bekommen. Deshalb brauchen wir die älteren Menschen im Arbeitsmarkt. Kollege Fuchs hat es schon angesprochen: Von 2000 bis heute, bis 2014, ist die Beschäftigungsquote der Älteren, der 55- bis 64-Jährigen, von 38 Prozent auf im letzten Jahr wahrscheinlich 65 Prozent gestiegen. Das heißt, zwei Drittel der Menschen im Alter von 55 bis 65 sind heute erwerbstätig und nicht mehr nur 38 Prozent. Die Menschen arbeiten länger. Das ist ein Grund dafür, dass so viele Menschen in Beschäftigung sind und wir weniger für Sozialausgaben, sei es Arbeitslosengeld, sei es Arbeitslosenhilfe, oder auch für Rente ausgeben müssen.

Deshalb dürfen wir jetzt keine neuen Frühverrentungsmodelle einführen. Die Gefahr ist sehr konkret. Mir wurde dieser Tage ein Beispiel eines mittelständischen Unternehmens aus dem Sauerland zugetragen. Das Unternehmen stellt mit 35 Mitarbeitern Steuerungssysteme für Fregatten her. In der Abteilung Prüffeld arbeiten vier Mitarbeiter. Zwei davon könnten nach der jetzt angedachten Regelung bereits Ende 2014 statt wie bisher Ende 2016 in Rente gehen. Qualifizierungen für jüngere Mitarbeiter sind bereits im

Auch Ihre Zahlen stimmen nicht, Herr Hofreiter. Sie behaupten, dass 7 Prozent in der Zeitarbeit Arbeit finden. Allein der Klebeeffect – dabei geht es um die Menschen, die nach der Zeitarbeit beim Kundenunternehmen verbleiben – macht 15 Prozent aus. Das ist mehr als das Doppelte von dem, was Sie insgesamt der Zeitarbeit zuschreiben.

Zwei Drittel der Menschen, die Zeitarbeit als Brücke nutzen, bleiben über die Zeitarbeit hinaus dauerhaft in Arbeit. Das ist die richtige Zahl. Wenn Sie nicht einmal Statistiken richtig lesen können, sollten Sie vielleicht etwas leiser sein und hier nicht irgendwelche Behauptungen aufstellen.

Weil wir diese Reformen unternommen haben, haben wir heute höhere Steuereinnahmen und sind wettbewerbsfähiger.

Deswegen können wir uns heute auch entsprechend etwas leisten in diesem Land. Deshalb werden wir jetzt mit der Mütterrente und mit der Rente mit 63 Dinge umsetzen können, die vor zehn Jahren unmöglich waren. Damals waren die Kassen leer, heute sind die Kassen voll.

Wir müssen aber aufpassen, dass wir diese positive Spirale nicht an mancher Stelle stoppen oder gar ins Gegenteil verkehren. Das ist wie beim Olympioniken: Wenn der hart trainiert, kann er ganz oben auf dem Podest stehen. Es ist, glaube ich, unstrittig, dass Deutschland nicht nur in Europa, sondern weltweit ganz oben auf dem Podest steht. Wenn er nicht



Fortsetzung von Seite 7: Dr. Joachim Pfeiffer (CDU/CSU)

Gänge; es dauert aber mindestens 18 Monate, bis diese beendet sind. Wenn die jetzt angedachte Regelung umgesetzt werden würde, würde der Fachkräftemangel verstärkt. Dieses mittelständische Hochtechnologieunternehmen wäre direkt davon betroffen. Auch dort würden Fachkräfte fehlen. Es wäre dadurch bedroht. Insofern müssen wir uns ganz genau anschauen, was wir auf diesem Gebiet machen.

Herausforderungen, die wir angehen müssen, gibt es in der Tat noch viele; hier kann ich dem Minister nur zustimmen. Ich nenne da die Bereiche Internet, digitale Wirtschaft, Forschung und Entwicklung. Auch die Haushaltskonsolidierung müssen wir weiter vorantreiben. Das Maastrichtziel, dass der Schuldenstand maximal 70 Prozent des Bruttoinlandsprodukts betragen soll, müssen wir in dieser Legislaturperiode fest im Blick behalten; in der nächsten wollen wir auf 60 Prozent kommen.

Bei der Entbürokratisierung brauchen wir alle. Ich freue mich, dass ich hier die Kollegin Andreae sitzen sehe. Gestern Abend waren wir bei einer Veranstaltung, wo sie sich sehr dafür eingesetzt hat, dass wir weiter entbürokratisieren und beispielsweise die steuerrechtlichen Aufbewahrungsfristen verkürzen. Da holen wir Sie gerne ins Boot. Sie hatten dort weiter ausge-

führt, dass man die Grünen hierfür auch im Bundesrat braucht, weil es so viele grüne Landesminister gibt. In der Tat, wir hatten in der letzten Legislaturperiode zusammen mit der FDP entsprechende Vorschläge gemacht. Diese sind im Bundestag verabschiedet worden und dann leider im Bundesrat nicht auf Gegenliebe gestoßen. Insofern sage ich herzlichen Dank für die Ankündigung Ihrer Unterstützung auch im Bundesrat. Wenn wir unsere Vorschläge umsetzen können, bringen wir den Standort weiter voran.

Ein wichtiges Thema ist die Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit. Auch wenn wir beim Abbau der Arbeitslosigkeit erfolgreich waren – sie ist um über ein Drittel gesunken –, verzeichnen wir bei der Zahl der Langzeitarbeitslosen einen Rückgang um nur 25 Prozent. Das zeigt, dass wir das Thema angehen müssen. Im Bundeshaushalt sind dafür 1,4 Milliarden Euro vorgesehen, unter anderem für spezielle Programme. Diese Programme müssen für die Qualifizierung, für die Förderung dieser Menschen genutzt werden und nicht, um sie wegzusubventionieren. Manche fordern

hier einen dritten Arbeitsmarkt, um die Langzeitarbeitslosen quasi durch kommunale Arbeitsbeschaffungsprogramme wegzusubventionieren. Das ist nicht unser Ansatz. Vielmehr wollen wir diese Arbeitslosen aktivieren. Jeder von ihnen müsste eigentlich jeden Tag ein Angebot für Qualifizierung oder auch für einen Arbeitseinsatz erhalten, um zurück in den Arbeitsmarkt zu kommen. Es reicht nicht, dass sie einfach nur finanziell unterstützt werden.

Lassen Sie mich auch noch ein paar Argumente zum geplanten Transatlantischen Freihandelsabkommen anführen. Es geht nicht nur darum, dass wir wahrscheinlich das letzte Mal die Chance haben, in Europa und Nordamerika inklusive Kanada weit ins 21. Jahrhundert hinein Standards zu setzen und Impulse zu geben, sondern es geht auch darum, den größten Binnenmarkt der Welt mit 800 Millionen Menschen zu schaffen. Es geht um Wachstumsimpulse von 120 Milliarden Euro auf europäischer Seite und fast 100 Milliarden Euro auf amerikanischer Seite. Es geht auch um den Abbau nicht tarifärer Handelshemmnisse und Chancen bei Beschaf-

fungsprozessen. Diese Woche war der Chefunterhändler im Wirtschaftsausschuss. Er hat dort ganz klar gesagt, dass beispielsweise bei den Beschaffungsprozessen natürlich auch in Amerika Standards gefunden werden, die dazu führen, dass europäische Unternehmen dort besser agieren können als in der Vergangenheit. Erinnern wir uns an den US-Auftrag über Tankflugzeuge, Stichwort Airbus/EADS. So stellen wir uns den Beschaffungsprozess nicht vor. Mit nichttarifären Hemmnissen wurde das Ganze letztlich umgangen.

Lassen Sie uns auch einmal die Chancen eines solchen Abkommens sehen! Es werden ja immer nur Risiken und Gefahren betrachtet, sogar bei den von Frau Künast – sie ist gerade nicht da – gern ins Feld geführten Chlorhühnchen. Es wird so getan, als drohe Europa von Chlorhühnchen überschwemmt zu werden. Wie ist denn die Situation? In den USA wird Geflügel in der Tat seit Jahrzehnten oder schon immer, um Salmonellenbefall vorzubeugen, beim Schlachten mit keimtötenden Substanzen desinfiziert. Diese Chlorhühnchen dürfen – Stand: heute – in Europa nicht importiert werden; das ist richtig. Aber die USA haben bereits 2009 vor dem Dispute Settlement Body der WTO eine entsprechende Klage eingereicht. Alle Gutachten der Europäischen Union

besagen, dass Chlorhühnchen nicht gesundheitsschädlich sind. Was wird also passieren? Wenn diese Klage erfolgreich ist, dann werden diese Chlorhühnchen, die manche hier als Symbol für den Untergang europäischer Standards betrachten, in unbegrenzter Zahl und ungekennzeichnet nach Europa exportiert werden dürfen. Wenn es uns aber gelingt, im Rahmen der TTIP-Verhandlungen Standards durchzusetzen und auch über Mengen zu sprechen, dann haben wir die Chance, hier etwas zu ändern. Das heißt, selbst bei den Chlorhühnchen ist die TTIP eine Chance zur Lösung und nicht Ursache des Problems.

Das bitte ich Sie wirklich einmal in Betracht zu ziehen, anstatt hier einseitig Emotionen zu schüren und aufzuheizen.

Insoweit muss man sagen: Die Richtung stimmt. Wir werden diesen Weg konsequent weitergehen, um Wachstum und Beschäftigung zu fördern. Nachhaltige Konsolidierung verbunden mit Technologiepolitik wird dazu führen, dass Deutschland nach vier Jahren unter dieser Koalition wiederum besser dasteht. Der Jahreswirtschaftsbericht, den wir heute diskutieren, ist ein wichtiger Meilenstein dafür.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Katharina Dröge, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

## Ihre Vorhaben sind Scheinriesen



Katharina Dröge (\*1984)  
Landesliste: Nordrhein-Westfalen

Sehr geehrter Herr Gabriel, angesichts der Rede von Herrn Pfeiffer will ich meine Rede ein bisschen sachlicher anfangen: Ihr Jahreswirtschaftsbericht enthält – das möchte ich sagen – durchaus einige richtige Analysen. Sie sagen zum Beispiel zu Recht: Deutschland braucht eine stärkere Binnennachfrage. Die Reduzierung von ökonomischen Ungleichgewichten in Europa ist eine der zentralen Aufgaben bei der Lösung der aktuellen Krise. Dieser Aufgabe muss sich endlich auch Deutschland stellen, um die Europäische

Union wirtschaftlich zu stabilisieren.

Dieser Teil des Jahreswirtschaftsberichts ist richtig, Herr Gabriel. Das Problem an Ihrem Bericht ist allerdings die fehlende Umsetzung; denn für eine stärkere Binnennachfrage und eine günstige wirtschaftliche Entwicklung braucht es höhere Löhne und größere Investitionen, nicht nur aktuell, sondern auch zukünftig. Was Sie zur Investitionsförderung vorschlagen, wirkt auf mich jedoch eher wie der Scheinriese aus dem Kinderbuch Jim Knopf und Lukas der Lokomotivführer – ich weiß nicht, ob Sie dieses Buch kennen –: Je näher man Herrn Tur Tur kommt, desto kleiner wird der Scheinriese.

Da bringt es auch nichts, wenn Sie sich hier – ich formuliere es jetzt einmal positiv – doch sehr selbstbewusst hinstellen und große Ankündigungen machen. Sie müssen sich an Ihren Taten messen lassen, Herr Gabriel.

Für die Infrastruktur versprechen Sie 5 Milliarden Euro. Das klingt erst einmal super. Das Problem ist allerdings: Sie wollen diese 5 Milliarden Euro über vier Jahre investieren. Tatsächlich werden mindestens 7 Milliarden Euro gebraucht – jährlich. Dasselbe bei den Kommunen: Auch hier

versprechen Sie 5 Milliarden Euro, und zwar für die Eingliederungshilfe. Dieses Geld soll aber erst mit dem Bundesteilhabegesetz kommen, und das kommt wahrscheinlich erst in drei bis vier Jahren, also dann, wenn Ihre Regierung wahrscheinlich gar nicht mehr im Amt ist.

Bis dahin planen Sie nur mit 1 Milliarde Euro, und das werden auch keine zusätzlichen Mittel sein. Da Sie in der heutigen Debatte noch einmal betont haben, wie wichtig gerade die Rolle der Kommunen für Investitionen in unserem Land ist, frage ich Sie: Wie sollen die Städte und Gemeinden investieren, wenn jede dritte Kommune in diesem Land gar nicht mehr in der Lage ist, ihre Schulden zu bedienen?

Einige Ihrer Vorhaben sind noch nicht einmal Scheinriesen, sondern einfach gar nicht vorhanden. Ich will ein Beispiel nennen: die energetische Gebäudesanierung. Das ist meiner Meinung nach eine der wichtigsten Baustellen der Energiewende. 40 Prozent des Energieverbrauchs entstehen im Gebäudebereich. Hier gibt es immense CO<sub>2</sub>-Einsparpotenziale. Gleichzeitig gibt es große Jobchancen in Deutschland. Die steuerliche Förderung dieser Maßnahmen kommt in Ihrem Jahreswirtschafts-

bericht nicht vor. Aus meiner Sicht enthält Ihr Bericht noch eine ganze Reihe anderer Themen, die Sie zwar richtig analysieren, aber bei denen Sie falsch ansetzen.

Mit Blick auf die Zeit möchte ich noch einen Punkt ansprechen, der mir sehr wichtig ist, nämlich das EU-amerikanische Freihandelsabkommen. Ich hatte Sie eigentlich darauf ansprechen wollen, dass Ihr 80-seitiger Bericht nur einen Halbsatz zu diesem Freihandelsabkommen enthält. Da Sie das Thema in dieser Debatte aber angesprochen haben, bin ich erst einmal erleichtert; denn Sie haben erkannt, dass wir im Plenum über dieses Thema diskutieren sollten.

Was Sie zum Freihandelsabkommen gesagt haben, trägt aus meiner Sicht nicht zu der ernsthaften Debatte bei, die wir dazu führen müssen. Sie hätten nämlich sagen müssen, wie wir es schaffen können, die Umwelt-, Verbraucher- und Sozialstandards in der Europäischen Union zu sichern. Das hätten Sie erklären müssen. Denn selbst Herr Bercero, der Chefunterhändler der EU, der, wie Herr Pfeiffer richtig sagt, am Montag bei uns im Wirtschaftsausschuss war, hat bestätigt, dass es aktuell Probleme mit dem Thema Investitionsschutzklausel gibt.

Wir denken uns das nicht aus. Es geht dabei nicht darum, über Risiken und Chancen zu reden. Das sind reale Probleme. Ich will daher von Ihnen wissen: Wie sichern Sie unsere Standards? Wie garantieren Sie, dass wir am Ende nicht hier im Par-

lament ein Abkommen beraten müssen, das zum Abbau dieser Standards führt?

Sie haben die Stichworte Wachstumseffekte und Arbeitsplatzeffekte im Hinblick auf die TTIP angesprochen. Ich möchte wissen, welche Wachstumseffekte es bei der TTIP denn noch gibt, wenn Sie die Umwelt-, Verbraucher- und Sozialstandards ausklammern? Denn ein Großteil der Wachstumseffekte beruht gerade auf dem Abbau nicht tarifärer Handelshemmnisse. Was für Wachstumschancen bleiben ohne diese Standards also noch?

Ich finde, Sie müssen sich zu dieser Debatte äußern. Wir müssen dahin gehend konkret miteinander diskutieren. Dieses Thema bewegt die Menschen nämlich gerade wirklich.

Herr Gabriel, als ich mich auf die Rede vorbereitet habe, ist mir aufgefallen, dass Sie zufällig genau 25 Jahre älter sind als ich. Da habe ich mir gedacht: In 25 Jahren, wenn ich so alt bin wie Sie jetzt, dann hoffe ich, in einem Land zu leben, das heute die richtigen Entscheidungen getroffen hat, in einem Land, das nicht unter einem schlecht verhandelten Freihandelsabkommen leidet, in einem Land, das seine Städte verantwortlich finanziert, und in einem Land, in dem sich die Menschen und die Wirtschaft darauf verlassen können, dass Straßen, Schienen und Brücken nicht zerbröseln.

Damit müssen Sie heute anfangen.

(Beifall)



Johann Saathoff, SPD:

## Das Erneuerbare-Energien-Gesetz bedarf einer Reform



Johann Saathoff (\*1967)  
Wahlkreis: Aurich - Emden

Wi stahn d'föör, wi mutten d'dör – so würde ein Ostfrieser aus meiner Heimat in seiner Sprache eine Situation beschreiben, in der er vor großen Aufgaben steht und nicht zögern möchte, diese Aufgaben auch in Angriff zu nehmen. Diese Beschreibung passt meiner Meinung nach auch auf den Jahreswirtschaftsbericht 2014 der Bundesregierung, den der Bundesminister für Wirtschaft und Energie, Sigmar Gabriel, vorgelegt hat.

Wir können mit Fug und Recht, gerade auch mit Blick auf die eu-

ropäischen Nachbarn, konstatieren, dass sich die Wirtschaft und der Arbeitsmarkt in Deutschland in guter Verfassung befinden. Trotzdem stehen wir vor einigen Herausforderungen, die zu bewältigen sind, damit sich die wirtschaftliche Entwicklung der Bundesrepublik auch weiterhin positiv im Sinne der Menschen unseres Landes vollziehen kann.

Eine dieser Herausforderungen ist die Reform des Erneuerbare-Energien-Gesetzes, über die ich heute reden möchte. Es gibt verschiedene Gründe, warum es einer Reform des EEG bedarf.

Die erneuerbaren Energien in Deutschland sind aus den Kinderschuhen längst herausgewachsen. Hinsichtlich der Maßnahmen zur Einführung sehen wir uns folglich von der Lebenswirklichkeit überholt. Längst haben wir Ziele erreicht, die vor einigen Jahren noch als ehrgeizig beschrieben worden wären. 25 Prozent des erzeugten Stroms werden mit erneuerbaren Energien produziert. Das allein

beweist den Erfolg der Energiewende in Deutschland.

Nun ist es an uns, die Energiewende in eine neue Phase zu führen. Der Minister hat dazu in seinen Eckpunkten die Leitlinien Kosteneffizienz, Wirtschaftlichkeit, Planbarkeit und Verlässlichkeit formuliert. Was es bedeutet, wenn Planbarkeit und Verlässlichkeit

**Die erneuerbaren Energien sind aus den Kinderschuhen längst herausgewachsen.**

nicht gegeben sind, das musste meine Heimat Ostfriesland in den letzten Jahren schmerzlich erfahren. Circa 2 000 qualifizierte Arbeitsplätze sind bei uns im Bereich der Offshorewindenergie in den vergangenen zwei Jahren verlorengegangen. Nicht nur, aber auch deshalb ist es wichtig, die Ausbauziele in den nächsten Jahren planbar und verlässlich zu gestalten.

Dabei geht es nicht darum, die erneuerbaren Energien auszubremsen. Vielmehr geht es darum, den Ausbaukorridor angemessen festzulegen. Durch die Verlängerung des Stauchungsmodells bis 2019 wird gerade die Entwicklung

im Bereich der Offshorewindenergie planbar und verlässlich gesteuert. Wir benötigen die Windenergieanlagen auf See als einen Baustein der Erneuerbaren, da die Offshorewindenergie mit über 4 000 Volllaststunden im Jahr für eine stetige Grundlast sorgt. Die angestrebten 6,5 Gigawatt bis zum Jahr 2020 sind ein ehrgeiziges Ziel.

Bei der Onshorewindenergie ist mit einem jährlichen Ausbauziel von 2,5 Gigawatt sozusagen ein atmender Deckel vorgesehen. Dieses Ziel ist in den letzten zehn Jahren nur einmal überhaupt übertroffen worden. Deshalb dient dieses Ausbauziel in erster Linie der Planbarkeit hinsichtlich der Anpassung der Stromnetze und sollte nicht als Beschränkung der erneuerbaren Energien angesehen werden, Herr Hofreiter. Es bleibt dabei: Wir wollen bis 2050 einen Anteil von 80 Prozent erneuerbare Energien im Stromnetz erreichen.

Insbesondere weil wir die Energiekosten der Menschen im Auge behalten und Energie auch noch in Zukunft bezahlbar halten wollen, werden wir die Überförderungen abbauen. Die Überförderungen der letzten Jahre waren beim Start der **E n e r g i e w e n d e**

zwingend erforderlich. Bei dem jetzt erreichten Ausbaustand der erneuerbaren Energie muss hier nun allerdings ein Umdenken einsetzen. Dabei möchten wir, dass die sehr positive Entwicklung der direkten und indirekten Bürgerbeteiligung über Bürgerwindparks oder Bürgerenergiegenossenschaften weiter fortgesetzt werden kann.

Nicht zuletzt hängt auch die Akzeptanz der Bürgerinnen und Bürger an der direkten Beteiligung bei der Umsetzung der Energiewende.

Zur Akzeptanz gehört auch Ehrlichkeit. Daher bin ich dem Minister dankbar, dass er kürzlich klargemacht hat, dass wir die Kosten für die Verbraucher nicht zulasten der Energiewende senken werden. Es geht beim weiteren Ausbau der Energiewende vielmehr darum, einen rasanten Kostenanstieg mit seinen Folgen für die Menschen zu verhindern. Auch das trägt zur gerade erwähnten Akzeptanz der Energiewende durch die Bürgerinnen und Bürger bei.

Ohne diese Akzeptanz – das muss uns allen klar sein – würde es extrem schwer werden, die Energiewende umzusetzen. Problematisch erscheint mir, wenn bereits an oberster Stelle die Akzeptanz der Energiewende infrage gestellt wird; über die Bedeutung der Kommunalwahlen in Bayern für die Energiewende in Deutschland und Europa werden wir noch in der aktuellen Stunde debattieren können.

Unstrittig ist – das hat auch Frau Bundeskanzlerin deutlich gemacht –, dass wir die Leitungen brauchen. Beim Netzausbau lautet die Devise: So viel wie nötig, aber so wenig wie möglich.

Sehr geehrter Herr Minister, Sie haben in der gestrigen Ausschusssitzung das Struck'sche Gesetz angesprochen. In diesem Zusammenhang würde ich gerne darüber berichten, was man mir in meiner Heimat nach Bekanntgabe des Eckpunktepapiers mit in den Rucksack gelegt hat. Bei uns stehen Windparks in einigen Gemeinden kurz vor der Genehmigung, die nicht nur in den jeweiligen Gemeinden, sondern auch mit den Gemeinden und deren Bürgerinnen und Bürgern realisiert werden sollen. Das sind Projekte, für die bereits Verpflichtungen eingegangen und Verträge unterschrieben werden mussten. Angesichts des Vorlaufs für Windenergieprojekte sollten wir uns – das ist meine Meinung – über die Stichtagsregelung noch einmal Gedanken machen.

**Wir wollen bis 2050 einen Anteil von 80 Prozent erneuerbare Energien erreichen.**

Die Energiewende muss auch im europäischen Kontext betrachtet werden. Wenn der Sachverständigenrat die Umsetzung der Energiewende in Deutschland als Alleingang bezeichnet, bedeutet das, dass wir vorangegangen sind und damit schon wesentlich mehr Fortschritte gemacht haben als die anderen Mitgliedstaaten.

Vor allem den CO<sub>2</sub>-Zertifikaten möchte der Sachverständigenrat mehr Bedeutung beimessen. Dass CO<sub>2</sub>-Zertifikate für den Börsenpreis des Stroms eine wichtige Bedeutung haben, steht außer Frage. Der Weg zur notwendigen Reduzierung der Zertifikate ist aber sehr komplex, und wir haben es in Deutschland nicht allein in der Hand, wie sich die EEG-Umlage entwickeln wird; denn über die CO<sub>2</sub>-Zertifikate wird in Brüssel entschieden. Die wenigsten Mitgliedsstaaten wollen dieses Thema so ambitioniert anfassen wie Deutschland. Deswegen sollten wir uns vehement für die 40-prozentige Reduktion der Zertifikate einsetzen.

Bis zur Verabschiedung des Gesetzentwurfes im Juni wird noch viel Arbeit auf uns alle zukommen. Vor dieser Arbeit stehen wir nun, und da müssen wir durch - oder wie wir Ostfriesen sagen: Wi stahn d'föör, wi mutten d'dör.

Besten Dank.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Dies ist eine gekürzte Version der Debatte. Außerdem sprachen: Dr. Andreas Lenz (CDU/CSU), Gabriele Katzmarek (SPD), Andreas G. Lämmel (CDU/CSU) und Ulrich Freese (SPD).



Eine Stromautobahn soll Strom aus Windkraftanlagen in Norddeutschland nach Süddeutschland transportieren.



Debatte über den Bundeswehreininsatz in Afghanistan (ISAF) / 14. Sitzung des 18. Deutschen Bundestages am 13. Februar 2014

Dr. Frank-Walter Steinmeier, SPD, Bundesminister des Auswärtigen:

## Wir gehen da gemeinsam rein und gemeinsam raus



Frank-Walter Steinmeier (\* 1956)  
Bundesminister

Das letzte Mal entscheiden wir über die Verlängerung des ISAF-Mandates für Afghanistan. Der längste, härteste und opferreichste Kampfeinsatz der Bundeswehr geht nach zwölf Jahren am Ende dieses Jahres zu Ende. Ich bin sicher: Über Erfolg oder Misserfolg werden wir auch in diesem Hause noch streiten. Das muss auch so sein. Lessons learned, das gehört dazu. Wir müssen analysieren – auch im Hinblick auf künftige Auslandseinsätze –: Was lässt sich eigentlich erreichen, was aber auch nicht? Das zu bewerten, ist Aufgabe der Öffentlichkeit und auch Aufgabe dieses Parlaments.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das darf uns alles aber nicht vergessen lassen, dass es Angehörige der Bundeswehr, vieler ziviler Hilfsdienste, Polizisten und Diplomaten waren, die in diesen letzten zwölf Jahren den Kopf in Afghanistan hingehalten haben. Deshalb vorab mein herzlicher Dank den Tausenden, die in diesen zwölf Jahren, von 2002 bis 2014, in Afghanistan mehr als ihre Pflicht getan haben. Herzlichen Dank dafür!

Ich ahne es natürlich: Manche werden sagen – vielleicht schon heute –: Zwölf Jahre Einsatz in Afghanistan – zwölf verlorene Jahre.

Ich warne nur davor, so reflexhaft zu agieren. Wer erinnert sich eigentlich noch, wie das damals begann? 3 000 Tote beim Anschlag auf das World Trade Center, Anschläge islamistischer Attentäter auf Bali, Djerba und in Casablanca: Überall dort sind auch Deutsche zu Opfern geworden.

Haben auch wir nicht damals befürchtet, dass das, was da in Amerika seinen Ausgang genommen hat, bei uns in Europa ankommen könnte, dass auch Menschen in Berlin, Hamburg oder München zu Opfern werden könnten? Europa ist nicht verschont geblieben. Hunderte sind bei

den Anschlägen in London und Madrid gestorben. Wir in Deutschland sind verschont geblieben, aber die Angst, ob es Gesinnungsgenossen der Hamburger Attentäter geben könnte, die vielleicht in Köln, Ulm, Frankfurt oder anderswo zuschlagen könnten, war doch auch hier unter uns. Damals war die Bedrohung jedenfalls nicht abstrakt, sie wurde gefühlt. Sie kam von Attentätern, deren Blutspur ihren Ausgang in den Trainingscamps von Tora Bora oder anderswo in Afghanistan nahm.

Ja, vielleicht haben wir nicht an jedem Tag alles richtig gemacht in Afghanistan; das kann sein. Aber aus meiner Sicht wäre es zynisch gewesen, nichts zu tun, andere vorzuschicken, um den Ausbildern des Terrors ihr Handwerk zu legen, aber selbst hier in Deckung zu bleiben. Es ging auch um den Schutz unserer Bürger hier in Deutschland.

Deshalb haben wir uns gemeinsam mit 40 anderen Nationen entschieden, nach Afghanistan zu gehen. Vieles von den hehren Zielen, die auf dem Bonner Petersberg vereinbart worden sind, mögen wir nicht erreicht haben. Aber jedenfalls ist Afghanistan heute nicht mehr die Ausbildungszentrale für weltweiten islamistischen Terrorismus.

Wenigstens das ist erreicht. Wer die Jahre des Terrors und die Toten nicht vergessen hat, liebe Freunde, der weiß auch: Schon damit ist viel erreicht.

Jetzt sind zwölf Jahre seit Beginn des Einsatzes in Afghanistan vergangen. Dieses Jahr 2014 ist ein Schlüsseljahr. Die internationalen Streitkräfte beenden ihren Kampfeinsatz, ein neuer Präsident wird gewählt, und am Ende dieses Jahres wird Afghanistan die volle Verantwortung für die eigene Sicherheit im Land übernehmen. Während sich gegenwärtig Tausende von ISAF-Soldaten in Kabul, Herat, Kandahar, Masar und anderswo auf den Rückweg in die Heimat vorbereiten, bleibt für uns die Frage: Haben sich die Anstrengungen, der Einsatz von finanziellen Mitteln, die Opfer und die politischen Risiken gelohnt? Mit Blick auf das Ende des Jahres stellt sich aber vor allem die Frage: Wie sichern wir eigentlich das, was mit vielen Mühen in Afghanistan auf den Weg gekommen ist?

Nun ist üblich geworden, kleinzureden, was auf den Weg gekommen ist. Nach zwölf Jahren Einsatz – in

fast jedem Jahr begleitet durch viele schlechte Nachrichten – hat sich das Interesse der Öffentlichkeit von Afghanistan etwas abgewandt. Die Bilanz, die wir für Afghanistan zu ziehen haben, ist gemischt; sie ist nicht eindeutig. Aber geschönte Bilanzen helfen in der öffentlichen Debatte, die wir vor uns haben, überhaupt nicht weiter. Die Hoffnungen von Petersberg sind in der einen oder anderen Hinsicht unerfüllt geblieben. Es ist nicht einmal garantiert, dass das, was in Afghanistan in den letzten zwölf Jahren entstanden ist, so bleibt. Das ist aber gerade das Entscheidende. Was uns in den letzten Jahren aus dem Blick geraten ist, ist für die Menschen in Afghanistan, die 30 oder mehr Jahre Krieg und Bürgerkrieg hinter sich haben, überlebenswichtig. Wir haben dort Schulen, Straßen und Brunnen gebaut. Wir

haben dabei geholfen, dass 10 Millionen Kinder zur Schule gehen – von diesen 10 Millionen Kindern sind etwa 40 Prozent Mädchen – und heute der elektrische Strom in Kabul stabiler fließt als auf der anderen Seite

der Grenze, in Pakistan. In vielen Regionen in Afghanistan gibt es eine medizinische Basisversorgung, die nicht an unseren Maßstäben gemessen werden kann, die aber dazu geführt hat, dass die Kindersterblichkeit deutlich gesunken ist.

Am Wochenende bin ich auf dem Flughafen Masar-i-Scharif gelandet. Er wurde jahrelang militärisch genutzt. Wir haben ihn für die zivile Nutzung vorbereitet für den Zeitpunkt, in dem die deutschen Soldaten dort abziehen. Es ist der einzige Flughafen, jetzt auch Zivilflughafen, in ganz Nordafghanistan und deshalb ein Wirtschaftsfaktor mit ganz erheblichem Potenzial.

Da, wo wir konnten, haben wir geholfen, dass so etwas wie eine wache Zivilgesellschaft entsteht. Wir unterstützen junge Afghanen und noch mehr junge Afghaninnen, die ihre Gesellschaft moderner und offener machen wollen, immer noch gegen harte Widerstände. Ich darf Ihnen nach meinem letzten Besuch versichern: Auch das trägt Früchte. Die Vorbereitungen der Wahlen belegen, dass es zum gegenwärtigen Zeitpunkt Eintragungen in die Wahllisten gibt, wie es sie in diesem Umfang in der Vergangenheit nicht gegeben hat. Es gibt ziemlich gute technische Vorbereitungen, Diskussionen zwischen

den Kandidaten in Hallen und im Fernsehen, wie man es auch bei westlichen Wahlkämpfen sieht.

Das alles, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, mag für viele bei uns zu wenig sein. Aber das, was ich berichtet habe, ist für die Afghanen unheimlich viel. Das verdient verteidigt zu werden. Dafür sollten wir einstehen.

Wenn ich sage, dass das verteidigt werden muss, dann meine ich nicht in erster Linie uns. Es muss vor allen Dingen von den Afghanen selbst verteidigt werden. Ich finde, wir sollten den Afghanen über dieses Jahr hinaus zur Seite stehen, aber anders als in den letzten zwölf Jahren, in geringerem Umfang, nicht mehr mit Kampfauftrag, aber unterstützend, damit die Afghanen den Übergang von fremder Verantwortung im eigenen Land hin zu eigener Verantwortung organisiert bekommen. Das sind wir nicht nur den Afghanen schuldig, sondern auch uns selbst.

Wenn wir über ein Engagement nach dem Ende von ISAF nachdenken, dann hat das Voraussetzungen. Darüber habe ich am Wochenende mit Präsident Karzai anderthalb Stunden lang gesprochen. Wir haben auch über die Sicherheitslage gesprochen, die trotz größter afghanischer Anstrengungen nicht überall unter Kontrolle ist. Das kann man daran sehen, dass die Zahl der afghanischen Sicherheitskräfte nach wie vor erfreulich steigt. Aber tragisch ist die Zahl der Verluste. Im Jahr 2013 sind fast 5 000 afghanische Polizisten und Soldaten bei der Ausübung ihrer Tätigkeit ums Leben gekommen. Das zeigt, dass die Bedrohung durch radikale Kräfte im Land weiterhin virulent ist. Natürlich können im Umfeld der Präsidentschaftswahlen – das will ich nicht verschweigen – alte Konflikte längs der alten ethnischen Grenzen, die wir noch in Erinnerung haben, jederzeit wieder aufbrechen. Ich habe deshalb dem Präsidenten in diesem langen Gespräch gesagt: Wir sind, wahrscheinlich gemeinsam mit unseren Partnern in Europa, gern bereit, den zivilen Wiederaufbau in Afghanistan weiterhin zu unterstützen. Dazu gehört aus meiner Sicht auch die Ertüchtigung von Sicherheitskräften, Armee und Polizei, in Afghanistan. Aber diese Bereitschaft ist natürlich an Voraussetzungen geknüpft. Erstens müssen wir willkommen sein. Das sind wir, glaube ich; jedenfalls versichern das alle. Aber es reicht nicht aus, willkommen zu sein. Darüber hinaus brauchen wir zweitens Rahmenbedingungen, auch Sicherheitsrahmenbedingungen, die einen Aufenthalt nach 2014 erlauben.

Der Schlüssel zu diesen Sicherheitsrahmenbedingungen – das wissen Sie – ist das bilaterale Sicherheitsabkommen zwischen Afghanistan und den USA. Nur wenn der Kern stimmt, wenn 8 000 bis 10 000 US-amerikanische Soldaten über 2014 hinaus in Afghanistan sind, dann

sind wir in der Lage, darüber nachzudenken, tatsächlich Aufgaben im Rahmen der Ausbildung, des Trainings und der Beratung der afghanischen Sicherheitskräfte zu übernehmen. Deshalb habe ich Karzai in aller Offenheit und Klarheit gesagt: Es mag ein bilaterales Abkommen zwischen Afghanistan und den USA sein, aber es ist für uns die Voraussetzung dafür, über eine weitere Unterstützung in Afghanistan nachzudenken.

Wie Sie wissen, ist das Abkommen bisher nicht unterzeichnet. Ich habe die Gründe und mögliche Lösungswege mit Karzai besprochen. Aber der Stand ist – das will ich Ihnen in aller Offenheit sagen –: Es gibt keinen festen Zeitplan für die Unterschrift. Karzai hat zu meiner Zufriedenheit sehr eindeutig erklärt, Afghanistan werde unterschreiben, aber es gebe bisher keinen Zeitplan für die Unterschrift. Ich habe deshalb gesagt – weil man das in einer solchen Situation sagen muss –, dass wir als Bundesregierung nicht nur die Öffentlichkeit in Deutschland, sondern auch dieses Parlament davon überzeugen müssen, dass die Fortsetzung des Engagements in Afghanistan notwendig ist.

Ich habe dem afghanischen Präsidenten jedenfalls sehr deutlich gesagt: Wenn wir im Deutschen Bundestag über ein Nach-ISAF-Engagement sprechen, dann scheint das aus afghanischer Sicht etwas Selbstverständliches zu sein; aber für die deutsche Öffentlichkeit ist es das keineswegs. Bei der Unterschrift geht es um eine Frage der Glaubwürdigkeit. Die Unterschrift unter das bilaterale Security Agreement ist deshalb so wichtig, weil wir nur dann in die Detailplanung des möglichen Engagements für die Jahre 2015 und folgende eintreten können.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bin am Schluss meiner Rede. Ich habe zum letzten Mal vor fünf Jahren, im Jahre 2008, von diesem Pult aus um Zustimmung für ein ISAF-Mandat gebeten. Ich erinnere mich noch gut an die Debatte, die wir hier geführt haben. Damals haben nicht wenige in diesem Hohen Hause gefordert, dass wir uns sofort und einseitig aus dem ISAF-Einsatz ausklinken; Sie erinnern sich so gut wie ich.

Ich glaube, Herr Gehrcke, dass es gut war, dass wir zu unserer Verantwortung gestanden haben und dass der Grundsatz, den ich 2008 vertreten habe, bis heute gilt. Er lautet: Wir gehen da gemeinsam rein und gemeinsam raus.

Jetzt stehen wir vor der letzten Verlängerung des ISAF-Mandates. Gemeinsam mit unseren Partnern und im Einklang mit den Resolutionen des Sicherheitsrates werden wir ISAF zum Ende dieses Jahres beenden. Ich darf Sie im Namen der Bundesregierung um Ihre Zustimmung bitten.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)



Dr. Gregor Gysi, DIE LINKE:

## Der Einsatz war die falsche Antwort auf die Anschläge von 9/11



**Gregor Gysi (\*1948)**  
Wahlkreis: Berlin-Treptow - Köpenick

Sie haben recht, Herr Bundesaußenminister: Letztendlich wird der Deutsche Bundestag heute über die Verlängerung des Einsatzes der knapp 3 200 Bundeswehrsoldatinnen und Bundeswehrsoldaten in Afghanistan beraten und entscheiden. Nach Abschluss des Jahres 2014 werden allerdings noch 600 bis 800 Soldatinnen und Soldaten vor Ort bleiben, um bei der Ausbildung zu helfen sowie Beratung und Unterstützung zu gewähren.

Dazu habe ich mehrere Fragen. Die erste Frage lautet: Warum kann die Ausbildung eigentlich nicht hier oder anderswo stattfinden? Warum müssen unsere Soldaten in Afghanistan bleiben? Meine zweite Frage: Selbst wenn sie dort bleiben, dann ist es doch kein Kampfeinsatz mehr. Müsste dann nicht die UN-Resolution dahin gehend geändert werden, dass nicht Kapitel VII der Charta als Grundlage herangezogen wird, sondern Kapitel VI? Dann dürften Soldaten wie im Inland nur noch in Notwehr schießen und in keinem anderen Fall; denn ein Kampfeinsatz wäre damit untersagt. Meine Frage an Sie: Werden Sie sich dafür einsetzen, dass in der UN-Resolution Kapitel VII durch Kapitel VI der Charta ersetzt wird? Das wäre nämlich zwingend notwendig.

Sie haben über das Sicherheitsabkommen zwischen den USA und Afghanistan gesprochen. Herr Ströbele hat dazu eine richtige und wichtige Frage gestellt, mit der er uns auch ein bisschen darüber informiert hat, um welche Teile es geht. Abgesehen davon: Haben Sie eigentlich einen Plan B? Was passiert, wenn der Vertrag nicht zustande kommt? Ich habe versucht, das herauszubekommen; aber das weiß keiner. Das scheint mir wenig systematisch, wenig koordiniert und wenig geplant zu sein. Weshalb gibt es überhaupt den Abzug der Soldaten, nicht nur der deutschen, sondern auch der anderer Nationen? Ich sage Ihnen: Das hängt mit dem Scheitern des NATO-

Krieges in Afghanistan zusammen. Es gibt keine andere logische Feststellung.

Der Einsatz war die falsche Antwort auf die Anschläge auf das World Trade Center am 11. September 2001 in den USA. Man hätte andere Wege gehen können. Schauen wir uns doch einmal die Bilanz nach 13 Jahren Krieg an – die haben Sie hier nicht benannt –: über 70 000 Tote, unter den Toten Tausende Zivilistinnen und Zivilisten, auch Kinder und eben Frauen, allein in Kunduz, auch von unseren Soldaten verursacht, bis zu 142 tote Zivilistinnen und Zivilisten und Hunderttausende Verwundete. Ich bitte, nicht zu vergessen, dass auch 54 Bundeswehrsoldaten ihr Leben gelassen haben. Das hat große Trauer und großes Entsetzen in deren Familien und bei deren Freundinnen und Freunden ausgelöst. Bisher waren mehr als 100 000 deutsche Soldatinnen und Soldaten in Afghanistan. Ein Drittel von ihnen leidet unter posttraumatischen Belastungsstörungen. Das sind über 30 000 Menschen. Wir werden sie noch jahrelang betreuen und behandeln müssen. Auch das ist ein Ergebnis dieses Krieges.

Lassen Sie mich auch ein Wort zu den Kosten sagen – gerade haben wir eine Wirtschaftsdebatte geführt; wir führen auch Sozialdebatten –: Der ganze Krieg kostet uns nach Einschätzung des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung bis Ende 2014 23 Milliarden Euro.

Was waren die Ziele, Herr Steinmeier, und was ist davon erreicht worden? Das erste Ziel lautete: Al-Qaida muss vernichtet und die Ausbildung von Terroristinnen und Terroristen durch al-Qaida verhindert werden. Das ist aber nicht verhindert worden. Al-Qaida bildet weiter Terroristinnen und Terroristen aus. Sie sagen, es ist ein großer Erfolg, dass das nicht mehr in Afghanistan stattfindet? Jetzt findet das in Pakistan, im Jemen und in anderen Ländern statt. Das ist doch kein Erfolg, ganz im Gegenteil.

Wie wollen Sie das lösen? Wollen Sie in diesen Ländern jetzt auch Krieg führen? Was soll die Antwort darauf sein?

Zweitens. Es sollte ein Regimewechsel erreicht werden. Die Taliban sollten endgültig entmachtet werden. Nun sprechen selbst die USA mit den Taliban darüber, ob sie nicht bereit sind, in die Regierung zurückzukehren. Auch dieses Ziel ist also völlig verfehlt worden.

Drittens. Es wurde gesagt, dass die inneren Kämpfe beendet werden müssen. Ist das wirklich gelungen? Seit 2013 nehmen die Kämpfe wieder deutlich zu. Heute sind in Afghanistan 65 ehemalige Kämpfer aus den Gefängnissen entlassen worden – gegen den Willen der USA. Nicht einmal darauf achtet die afghanische Regierung jetzt noch. Es gibt einen gewaltigen Anstieg der Zahl der Opfer, gerade im Jahr 2013. Herr Steinmeier, die UN-Organisation UNAMA stellt fest, dass das Jahr 2013 das gewaltreichste Jahr in Afghanistan seit 2001 war. Wenn Sie diesen Hintergrund sehen, beweist das doch das Scheitern des Krieges. Die Gewalt hat nicht abgenommen, sondern zugenommen.

Allein im Jahr 2013 haben wir im Vergleich zum Vorjahr eine Verdoppelung der Verluste bei den afghanischen Streitkräften und bei der afghanischen Polizei zu verzeichnen: 4 600 Gefallene auf deren Seite. Die Zahl der zivilen Opfer hat sich im Vergleich zum Vorjahr um 700 erhöht. Das heißt, im Jahr 2013 gab es 8 615 zivile Tote in Afghanistan. Im Verantwortungsbereich der Bundeswehr, also in den nordafghanischen Provinzen, gibt es eine dramatische Zunahme der Angriffe und Kämpfe. Die Anzahl der sicherheitsrelevanten Vorfälle ist im Jahr 2013 im Vergleich zum Jahr 2012 um 35 Prozent gestiegen. Das ist das Ergebnis.

Im Übrigen ist es wirklich nicht hinnehmbar – auch das muss ich sagen, Herr Bundesaußenminister –, dass die Zahlen, die Sie der Bevölkerung zur Verfügung stellen, immer knapper werden. Wir brauchen hier Transparenz. Wir müssen wissen, was dort passiert.

Das vierte Ziel war – darauf sind Sie ein bisschen eingegangen –, in Afghanistan in kultureller, humaner, demokratischer und rechtsstaatlicher Hinsicht einen Fortschritt zu erzielen. Schauen wir uns die Realitäten an: 2,7 Millionen Afghaninnen und Afghanen haben Afghanistan verlassen, sind geflüchtet. Die Zahl der Binnenflüchtlinge hat mit 590 000 ihren Höchststand erreicht. Hinsichtlich der Lebenserwartung, des Lebensstandards und der Bildung – Sie haben die Bildung erwähnt – hat sich Afghanistan deutlich verschlechtert. Es nimmt jetzt Platz 175 von 187 Ländern ein. Von Fortschritt kann da gar keine Rede sein. Die Müttersterblichkeit liegt bei 500 pro 100 000 Geburten. Das ist im internationalen Vergleich eine sehr hohe Zahl. 10 Pro-



Grabkreuze für gefallene deutsche Soldaten in Afghanistan

zent der Kinder sterben vor Erreichen des fünften Lebensjahres. Nur 39 Prozent der Afghaninnen und Afghanen haben Zugang zu Trinkwasser. Nur 7,5 Prozent der Afghaninnen und Afghanen haben Zugang zur Abwasserentsorgung. 7,5 Prozent! Die Gewalt gegen Frauen hat dramatisch zugenommen: Im ersten Halbjahr 2013 gab es über 4 100 Fälle. Das ist die letzte Zahl, die wir bekommen haben. Die Anbaufläche für Opium wurde während des Krieges versechszwanzigfach. Ich bitte Sie! Afghanistan ist heute Weltmeister im Opiumexport. Das alles haben wir zugelassen. Das muss man ehrlicherweise hier erklären.

Auch die Bundeswehr arbeitet inzwischen mit den Drogenbaronen zusammen.

Die Menschenrechtsverletzungen nehmen zu. Die UN-Organisation UNAMA bestätigt, dass es systematische Folterungen und Misshandlungen in den Gefängnissen, Plünderungen und Morde auch von Polizei und Milizen der Warlords auch im deutschen Zuständigkeitsbereich, speziell in den Provinzen Kunduz und Baghlan, gibt.

Ein Bericht des Afghanistan Analysts Network vom November 2013 kommt zu dem Schluss, dass die Präsenz der Bundeswehr im Norden zwölf Jahre lang nichts an der wirklichen Machtverteilung änderte und die Bundeswehrverantwortlichen am Schluss mit den stärksten Machthabern, das heißt mit den Warlords und ihren Banden, kooperierten. Das sagt diese Organisation, nicht Die Linke. Jede Vorstellung, dass die Bundeswehr Entwicklung vorantreiben kann, ist auch vom früheren Verteidigungsminister de Maizière in unserer Fraktion zu Recht zurückgewiesen worden. Er hat gesagt: Die Bundeswehr ist kein Entwicklungshelfer, sondern eine Armee. Eine Armee – das sage ich Ihnen – hat gänzlich andere Aufgaben und ein gänzlich anderes Selbstverständnis.

Mit anderen Worten: Keines der Ziele wurde erreicht. Den Afghaninnen und Afghanen geht es nicht besser, sondern schlechter. Wir haben Tote verursacht und eigene Tote zu beklagen.

Dieser Krieg wurde hinsichtlich der Bundeswehr durch SPD und

Grüne, durch Bundeskanzler Schröder, Kanzleramtschef Steinmeier, Verteidigungsminister Scharping und Außenminister Fischer mit Zustimmung von Union und FDP eingeleitet und durchgeführt. Wir, die Linken, haben nicht nur dagegen gestimmt, sondern immer wieder erklärt, dass man die Probleme der Menschheit mit Kriegen nicht lösen kann. Im Gegenteil!

Ich hatte gehofft und hätte erwartet, Herr Steinmeier, dass Sie heute das Desaster eingestehen und sich zumindest entschuldigen bei den Afghaninnen und Afghanen sowie unseren Soldatinnen und Soldaten.

Ja, das hätte ich erwartet. Dass es ein völliges Desaster ist, räumen Sie schon deshalb ein – ich werde es Ihnen jetzt belegen –, weil Sie die afghanischen Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der Bundeswehr nach Deutschland einreisen lassen; denn dort befinden sie sich in Lebensgefahr.

Die Tatsache, dass sie sich in Lebensgefahr befinden, beweist doch, dass sie als Kollaborateure einer fremden Besatzungsmacht betrachtet und verfolgt werden und von der Bevölkerung nicht anerkannt und begrüßt werden.

Das ist doch das Problem, und das müssen Sie akzeptieren. Natürlich müssen wir sie jetzt in unser Land lassen – darüber streiten wir nicht –, aber die Gründe dafür, dass sie einer solchen Lebensgefahr ausgesetzt sind, sind interessant.

Was ist jetzt Ihre Schlussfolgerung, Herr Kauder? Ihre Schlussfolgerung ist, dass die Bundeswehr jetzt auch noch verstärkt nach Afrika gehen soll. Ich kann Ihnen nur sagen: Der Wahnsinn muss endlich aufhören. Das wird höchste Zeit.

Kommen Sie doch endlich zur Besinnung!

Ich sage Ihnen: Deutschland kann ein wichtiges Land auf der Erde sein, wenn wir uns weltweit für Frieden, für Konfliktvermeidung, gegen Hunger, Elend und Not, für soziale Gerechtigkeit, für ökologische Nachhaltigkeit, aber eben nicht für Kriege einsetzen und uns schon gar nicht an ihnen beteiligen.

(Beifall bei der LINKEN)



Dr. Gerd Müller, CDU/CSU, Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit:

## Wir brauchen eine international abgestimmte Gesamtstrategie



Gerd Müller (\*1955)  
Bundesminister

Herr Gysi, Ihre Alternative des Wegduckens, die Sie hier gerade dargelegt haben, ist absurd.

Es gab im Jahr 2001 angesichts der dramatischen Situation, in der sich das afghanische Volk befand, keine Alternative zu dieser Entscheidung.

Ich sage Ihnen, Herr Gysi: Entschuldigen Sie sich bei denen, die mit Leben und Gesundheit für ein besseres Afghanistan bezahlt haben!

Was sollen die Mütter und Väter der toten Soldaten und zivilen Helfer angesichts Ihrer Rede denken?

Die ISAF-Soldaten gehen und die Entwicklungsexperten bleiben, das ist heute auch die Botschaft des Entwicklungsministers. Meine Damen und Herren, uns allen ist klar: Militärische Einsätze allein schaffen keinen Frieden.

Ein friedliches Afghanistan hat nur eine Chance mit einer nachdrücklichen, international und national abgestimmten Entwicklungszusammenarbeit. Die Ausgaben für das Militär sind hoch, in Milliardenhöhe. Diese Investitionen waren nicht umsonst. Aber jetzt bedarf es einer Verstärkung der Investitionen in Friedensarbeit und Aufbauleistung. Dazu brauchen wir ein abgestimmtes, europäisch-internationales Gesamtkonzept, das auch von der afghanischen Regierung getragen wird.

Notwendig ist – Außenminister Steinmeier hat es dargestellt – ein klares Bekenntnis des afghanischen Präsidenten, Herrn Karzai, und seines Nachfolgers sowie der afghanischen Regierung zur Sicherheit, zur Zusammenarbeit, zur Bekämpfung der Korruption, zur Rechtssicherheit, zur Wahrung der Menschenrechte, zur Sicherung der Frauenrechte; denn unsere Hilfe, unser Engagement ist an Konditionen gebunden. Unser Einsatz ist erfolgreich, unser Einsatz ist wirksam.

Das zivile Engagement, der großartige Einsatz der vielen Organisa-

tionen, gilt ungeteilt den Menschen in Afghanistan. Viele dieser Organisationen waren schon vor ISAF in Afghanistan tätig. Die Zusammenarbeit mit dem afghanischen Volk geht bis in die 50er-, 60er-Jahre zurück. Die Ausgangslage in Afghanistan vor 20, 30, 50 Jahren war düster, schwierig, brutal, Herr Gysi.

Ich möchte mich der großartigen Arbeit unserer Entwicklungsorganisationen und unserer Partner in Afghanistan widmen; denn der Fokus – das möchte ich an dieser Stelle einmal sagen – lag in der Afghanistan-Diskussion in den letzten zwölf Jahren allzu sehr auf dem Militär. Das müssen wir auch gegenüber der deutschen Öffentlichkeit ein Stück zurechtrücken. Natürlich würdigen wir alle zu Recht den großartigen Einsatz der Soldatinnen und Soldaten; aber wir würdigen zugleich den Einsatz der zivilen Experten, die genauso vor Ort ihr Leben einsetzen.

Sie verdienen dieselbe Anerkennung. Natürlich sorgen die Schutztruppen für ein Stück Sicherheit. Aber wer baut die Krankenhäuser, die Schulen, die Wasserleitungen? Das sind die zivilen Experten, deren Einsatz vor Ort großartig ist.

Der Herr Außenminister hat die Erfolge dargestellt; ich möchte das nicht wiederholen. Wir wissen, dass es Probleme gibt. Man muss aber auch die Fortschritte sehen: Seit 2000 hat sich das Bruttonationaleinkommen Afghanistans verdoppelt. Besonders wichtig ist für mich, dass die Frauen und Mädchen in Afghanistan auf dem Weg zur Gleichberechtigung sind. 2001 gingen 1 Million Jungen zur Schule. Heute sind es 9 Millionen Schüler, und fast alle Mädchen haben Zugang zu Schulen. Ganz besonders freue ich mich über den Austausch mit jungen Afghanen, mit Eliten, an den deutschen Hochschulen, den wir weiter ausbauen werden.

Ich sage noch einmal: Die Entwicklungsorganisationen vor Ort leisten diesen herausragenden Beitrag unabhängig vom Militär. Wir werden auch in Zukunft die -Sicherheit gewährleisten. Wir leisten diesen Beitrag in Freundschaft mit dem afghanischen Volk seit nahezu hundert Jahren; das können Sie in den Geschichtsbüchern nachschlagen. Die Freundschaft mit dem afghanischen Volk muss auch die Botschaft dieser Sitzung sein.

Der zivile Aufbau Afghanistans muss gelingen. Er ist entscheidend für die Stabilität in der gesamten Region. Deshalb hat die Bundesregierung zugesagt, bis 2016 jährlich bis zu 430 Millionen Euro in die wirtschaftliche, soziale und politische Entwicklung Afghanistans zu investieren. Das ist eine hohe Summe. Ich sage an dieser Stelle aber auch: Es ist eine weit geringere Summe als die, die wir in militärische Einsatztruppen zu investieren bereit waren. An dieser Stelle ist nun auch eine internationale bzw. europäische Friedensdividende gefragt, die ich einfordern möchte.

Der Steuerzahler beziehungsweise das deutsche Volk fragt zu Recht: Wie wird dieses Geld eingesetzt? Die Amerikaner haben Probleme, die Wirksamkeit ihres Einsatzes

nachvollziehbar darzulegen; für uns gilt das nicht. Wir werden in den Aufbau und in die Leistungsfähigkeit rechtsstaatlicher Strukturen investieren.

Wir werden außerdem den Kampf gegen Korruption in den Mittelpunkt rücken, da dieser von zentraler Bedeutung ist. Unser Geld muss bei den Menschen direkt ankommen und darf nicht in korrupten Kanälen versickern.

Weiterhin setzen wir auf eine nachhaltige Wirtschaftsentwicklung und auf eine gute Lebensperspektive für die Menschen. 400 000 junge Afghanen strömen jedes Jahr auf den Arbeitsmarkt. Unsere Investitionen fließen daher in die berufliche Ausbildung, in Mikrokredite und in Wirtschaftspartnerschaften. Ohne zivile Strukturen kann es keine Stabilität geben.

Ein besonderes Augenmerk werden wir auch auf die Wertschöpfungsketten und die Produktivitätssteigerung in der Landwirtschaft legen. An dieser Stelle besteht ein echtes Defizit. Afghanistan muss weg vom Mohnanbau. Die Entwicklung läuft in den ländlichen Regionen in die komplett falsche Richtung.

Wir setzen nachdrücklich – an diesem Beispiel sehen die Kritiker auf der ganz linken Seite, was sich in Afghanistan in den letzten zehn Jahren getan hat – auf die Stärkung der Rechte der Frauen, auf die Integration der Frauen in die Arbeitswelt und auf den gleichberechtigten Zugang zu Schulen. Die Stärkung der Rechte der Mädchen und der Frauen ist uns sehr wichtig.

Wir setzen unsere Arbeit nicht nur in den Städten, sondern auch außerhalb der Städte fort.

Wir brauchen außerdem eine breitere Basis. Afghanistan ist bereit für Investitionen. Dieser Aufruf geht an unsere deutsche Wirtschaft. Die deutsche Wirtschaft hat sich in Bezug auf Afghanistan bisher sehr stark – zu stark, wie ich meine – zurückgehalten.

Es gibt Bereiche, in denen wir unsere Ziele absolut nicht erreicht haben. Das ist zum Beispiel bei der ländlichen Entwicklung und der Reduzierung des Mohnanbaus der Fall. Wir müssen aber auch darüber reden, wer in diesem Fall die Verantwortung dafür trug. Das war ein Einsatzbereich, der im Zuweisungsbereich der Briten lag, und zwar ganz eindeutig.

Die Ziele wurden nicht erreicht.

Zur Frage der Sicherheit. Sie haben gehört, dass ich sehr deutlich und sehr bewusst darauf hingewiesen habe, dass die Entwicklungszusammenarbeit nicht erst 2001 begonnen hat. Der Einsatz von Entwicklungsexperten – ich spreche nicht nur von Helfern – geht zurück bis in die 20er-Jahre des letzten Jahrhunderts. Afghanistan hat traditionell eine freundschaftliche Verbindung zu Deutschland, und eine solche haben wir zum afghanischen Volk. Deshalb waren unsere Entwicklungshilfeorganisationen auch in den 50er-, 60er- und 80er-Jahren in Afghanistan.

Schon 2001 war die Frage strittig: Schaffen die ISAF-Truppen mehr Schutz oder weniger? Ich glaube, dass die ISAF-Truppen auch für den zivilen Aufbau und die zivilen Aufbauhelfer mehr Schutz, mehr Sicherheit und mehr und bessere Optionen gebracht haben.

Aus Gesprächen mit den Organisationen, die wir natürlich geführt haben, weiß ich: Es gibt unabhängig von der ISAF-Truppe ein Sicherheitskonzept, das umgesetzt wurde, das die Sicherheit der zivilen Aufbauhelfer auch in den nächsten fünf bis zehn Jahren grundlegend gewährleistet. Die Organisationen im zivilen Bereich können dort auch ohne Soldaten arbeiten.

Wir erwarten selbstverständlich, dass in den nächsten Jahren ein vernetztes Konzept von Außenministerium, Verteidigungsministerium, nationalen und internationalen Organisationen vorgelegt wird. Aber unabhängig davon gibt es ein eigenes Sicherheitskonzept für die zivilen Organisationen.

Ich nehme Ihre Frage zum Anlass, kritisch nachzufragen – das sollten wir alle tun –, welche Lehren wir aus den Erfahrungen in Afghanistan für andere Krisenherde ziehen können. Ich denke beispielsweise an den afrikanischen Kontinent. Wir im BMZ haben ein neues Afrika-

Konzept entwickelt und werden in unserem Denken und in unserer Politik einige neue Akzente setzen und Veränderungen vornehmen müssen. Das heißt, wir brauchen eine Stärkung bei der Krisenprävention. Krisenprävention muss vor Interventionen kommen. Das ist ganz zentral.

Wir brauchen einen Aufbau regionaler Krisenreaktionskräfte vor Ort. Wir brauchen höhere Investitionen zur Stärkung der zivilen Strukturen und der Zivilgesellschaft. Das kann ich am Beispiel von Mali darlegen. Das Militär kann in das Land gehen und ein Stück weit Ordnung und Stabilität schaffen, es kann aber nicht Frieden zwischen Freund und Feind schaffen. Um langfristig Stabilität herstellen zu können, benötigen wir in Afghanistan und in Mali zivile Strukturen.

Hier müssen wir unsere Politik verändern.

Meine Damen und Herren, ich möchte nun nicht weiter auf unser Afrika-Konzept eingehen. Wir müssen aus dem langjährigen Einsatz in Afghanistan die Lehren für die Krisenbewältigung auch im Nahen Osten ziehen. Angesichts von 6 Millionen Flüchtlingen in Syrien, der instabilen Lage im Libanon, der Situation in Jordanien müssen wir uns fragen: Wie lange schauen wir zu, bis auch dort aus der Instabilität Krisen, Konflikte und Kriege werden?

Wo ist unsere Krisenbeziehungsweise Friedenskonzeption, dort jetzt einzugreifen und Akzente zu setzen?

Meine Damen und Herren, ich möchte in Richtung der Europäischen Union sagen: Die Mittel aus dem vollgefüllten EU-Entwicklungstopf müssen im Rahmen einer EU-Krisenpräventionsstrategie auch in Afghanistan investiert und zentriert werden.

Ich gedenke in dieser Stunde natürlich der toten und verletzten Soldatinnen und Soldaten und Entwicklungsexpertinnen und Entwicklungsexperten und deren Familien. Wir danken für die großartige Zusammenarbeit mit den ISAF-Truppen und ihren großartigen Einsatz.

Ich sage noch einmal: Die Sicherheit ist natürlich zentral.

Zum Schluss möchte ich betonen: Afghanistan wird uns weiter beschäftigen. Die Politik hat es leider an sich, dass man kurzfristig reagiert. Wir beschließen das Mandat bis Ende des Jahres; wir brauchen aber eine mit den Europäern und international abgestimmte Gesamtstrategie, ein friedenspolitisches Gesamtkonzept, das über 2016 hinausgeht und bis 2020/2030 reicht.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

**Die Entwicklungsorganisationen vor Ort leisten einen herausragenden Beitrag.**

**Wir werden in den Aufbau und die Leistungsfähigkeit rechtsstaatlicher Strukturen investieren.**



Jürgen Trittin, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

## Das Mandat jetzt zu beenden ist richtig



Jürgen Trittin (\*1954)  
Landesliste: Niedersachsen

Lieber Gregor Gysi, Sie dürfen der Bundesregierung nicht alles glauben. Die Bundesverteidigungsministerin hat gesagt, Deutschland solle sich mehr engagieren. Heute legt sie aber ein Mandat vor, das vorsieht, künftig 3 000 Soldatinnen und Soldaten weniger im Ausland einzusetzen.

Der Kampfeinsatz soll 2014 beendet werden. Ein solches Mandat, ein geordneter Abzug und die Übergabe der Sicherheitsverantwortung an die Afghanen, haben wir sehr lange gefordert. Dieses Abzugsmandat ist überfällig, und deswegen fällt es mir leicht, zu sagen: Das jetzt zu beenden, ist richtig.

Ich sage aber: Es ist auch an der Zeit, eine Bilanz zu ziehen. – Ich habe damals der Regierung angehört, die die Soldatinnen und Soldaten nach Afghanistan geschickt hat.

Deswegen und natürlich auch angesichts der Opfer der Afghanen und der Deutschen muss man sich dieser Frage sehr ernsthaft stellen.

Wenn ich nach diesen zwölf Jahren darüber nachdenke, dann komme ich nicht zu einer einfachen Wahrheit, sondern zu einem paradoxen Befund: Es war richtig, das Talibanregime zu stürzen.

Dennoch sind wir und ist die NATO in Afghanistan ein Stück gescheitert. – Man muss sich beiden dieser Wahrheiten stellen.

Der internationale Terrorismus wäre eine größere Gefahr und diese Welt wäre erheblich unsicherer, wenn er in Afghanistan noch einen Rückzugsraum hätte. Vor 2001 stand er übrigens regelmäßig unter dem Schutzschirm des pakistanischen Geheimdienstes. Das Leben der Afghaninnen und Afghanen wäre erbärmlicher, wenn die Taliban weiterhin in weiten Teilen des Landes die Mädchen am Schulbesuch hinderten

und Ehebrecherinnen und Oppositionelle nach Belieben steinigen würden. Es ist übrigens nicht so, dass der Krieg in Afghanistan mit der Intervention des Westens angefangen hat; dort herrschte zu dem Zeitpunkt Krieg.

Dennoch sind wir gescheitert. Ich zitiere: Die „Förderung von Sicherheit, Entwicklung und Rechtsstaatlichkeit“ ist „trotz großer und anerkennenswerter Anstrengungen“ nur unzureichend gelungen. – Das schreibt Herr Papier für die Evangelische Kirche in Deutschland.

Wir sind von einem echten State Building weit entfernt. Die Sicherheitslage hat sich übrigens noch in 2013 gegenüber 2012 verschlechtert. Nach Angaben der UNAMA ist die Zahl der zivilen Opfer noch einmal um 16 Prozent angestiegen, und auch die Zahl der Anschläge hat um 10 Prozent zugenommen.

Wir als internationale Gemeinschaft werden noch über Jahre hinweg den afghanischen Sicherheitssektor finanzieren, ausbilden und ausrüsten müssen. Von selbsttragender Sicherheit sind wir trotz der Übergabe der Sicherheitsverantwortung an die Afghanen ein ganzes Stück entfernt.

Das ist der andere Teil der Wahrheit.

Worin hat dieses Scheitern bestanden? Ich glaube, dass die EKD das an einem Punkt ganz klug beschrieben hat. Sie hat ausgeführt:

Ein friedens- und sicherheitspolitisches Gesamtkonzept unter dem Primat des Zivilen, – nicht unter Verzicht des Militärischen, sondern unter dem Primat des Zivilen – hat weitgehend gefehlt. Die enge Verknüpfung des ISAF-Mandates mit der von den US-Amerikanern als Teil des „War-on-Terror“ geführten Operation „Enduring Freedom“ hat die Glaubwürdigkeit der Friedens- und Unterstützungsmission ISAF erheblich beeinträchtigt.

Das ist der Kern. Man kann keinen Rechtsstaat aufbauen, wenn man jede Nacht Drohnen zu extralegalen Tötungen losschickt. Das zerstört die Glaubwürdigkeit eines solchen Einsatzes und eines zivilmilitärischen Ansatzes.

Wir dürfen nie wieder zulassen, dass auf einem Gebiet zwei sich gegenseitig ausschließende militärische Operationen stattfinden, wie es dort der Fall gewesen ist.

Ich sage sehr deutlich: Mit dem Beginn von ISAF hätten die OEF und auch diese ganzen Strategien beendet werden müssen, egal unter wel-

chem Plakat sie gemacht worden sind.

Dann gibt es einen zweiten Fehler, über den wir noch gründlicher nachdenken müssen. Asymmetrische Kriege – wir sprechen hier über Krieg – unterscheiden sich von konventionellen Kriegen in einem wichtigen Punkt: Konventionelle Kriege kennen am Ende häufig einen Sieger und einen Verlierer. Asymmetrische Kriege kennen häufig keine Sieger, sondern nur Verlierer.

Durch den Militäreinsatz wird das Kräfteverhältnis verschoben. Aber am Ende eines solchen Konflikts steht, wenn er denn beendet wird, in der Regel eine Verständigung, irgendein Kompromiss zwischen den Konfliktparteien. Genau dieser richtigen Erkenntnis haben wir uns viel zu lange entzogen.

Ich erinnere mich noch, wie der damalige SPD-Vorsitzende Kurt Beck insbesondere von der CDU/CSU ausgelacht worden ist, als es hieß, es müsse mit den Taliban Gespräche geben. Uns schlug wegen dieser Forderung Empörung entgegen. Heute sind Sie selber froh, dass der Botschafter Steiner im Auftrag der Bundesregierung den Taliban ein Büro in Katar angemietet und Gesprächskanäle zu den USA eröffnet hat. Wir sind alle gemeinsam besorgt, dass diese Gesprächskanäle am Ende wegen

der Fortsetzung des Drohnenkrieges zum Erliegen gekommen sind.

Deswegen sage ich: In Afghanistan ist die NATO nicht an zu wenig Militär gescheitert. Wir sind gemeinsam daran gescheitert, dass wir von Beginn an zu wenig Entwicklung und zu wenig Willen zu einer politischen Lösung auf die Tagesordnung gesetzt haben. Das ist der Kern des Problems.

Das bleibt nicht ohne Konsequenzen. Man hat sich einmal die NATO in der Rolle des globalen Dienstleisters für Sicherheit für die Weltgemeinschaft vorgestellt. Ich sage Ihnen: Nach Afghanistan und Libyen wird es dafür kaum neue Mandate geben. Auch und gerade unsere demokratischen Verbündeten unter den Schwellenländern werden das nicht mehr akzeptieren.

Dennoch glaube ich, dass der Bundespräsident recht hat: Deutschland muss mehr internationale Verantwortung übernehmen. Der Bundespräsident hat das wie folgt beschrieben: Das bedeutet nicht – ich zitiere – „mehr Kraftmeierei“. Er setzt dagegen „auf Prävention, auf internationale Zusammenarbeit sowie auf die Entwicklung von Frühwarnsystemen gegen Massenverbrechen“.

Deswegen müssen wir uns im Rahmen der Vereinten Nationen mehr organisieren und engagieren. Da, wo das Militäreinsatz bedeutet, wird es mehr DPKO und weniger NATO sein. Wir müssen mehr zivile Missionen auf den Weg bringen. Deswegen ist eine gemeinsame europäische Außen- und Sicherheitspoli-

tik künftig von wachsender, zentraler Bedeutung.

Nur, werden wir, Herr Bundesaußenminister, dieser Herausforderung auch gerecht? Sie haben in München gesagt: Außenpolitische Verantwortung muss immer konkret sein. – Ich frage die Bundesregierung: Wo sind denn eigentlich die für Postkonfliktländer notwendigen 1 000 Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte, die wir angeblich auf Stand-by vorhalten? Die gibt es nicht einmal auf dem Papier.

Wenn wir über Früherkennung und Prävention reden: Ist es wirklich klug, im Großkonflikt zwischen Saudi-Arabien und dem Iran die eine Seite mit Hermesbürgschaften hochzurüsten?

Aber, meine Damen und Herren – damit komme ich

zum Schluss –, es gibt einen einfachen Prüfstein dafür, ob Deutschland seiner Verantwortung außenpolitisch gerecht wird – das hat der ehemalige Bundespräsident Horst Köhler ganz gut formuliert, das ist eine Frage der Glaubwürdigkeit –: Schaffen wir es wenigstens, wenn wir schon die Zusagen für 2015 reißen, bis 2017 0,7 Prozent des Bruttoinlandsprodukts für Entwicklungshilfe auf den Weg zu bringen? Das ist der Prüfstein für die Glaubwürdigkeit für mehr internationale Verantwortung, und das ist die Frage, ob wir auch aus dem Scheitern in Afghanistan endlich etwas lernen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

**Deswegen sage ich:  
In Afghanistan  
ist die NATO  
nicht an  
zu wenig Militär  
gescheitert.**



Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen (CDU) besucht deutsche ISAF-Soldaten in Afghanistan.



Niels Annen, SPD:

## Die kritische Debatte über den Afghanistan-Einsatz ist richtig



Niels Annen (\*1973)  
Wahlkreis: Hamburg-Eimsbüttel

Ich finde, Herr Kollege Trittin, Sie haben dieser Debatte einen Dienst erwiesen, weil Sie die Diskussion auf den Punkt gebracht haben, die wir miteinander zu führen haben. Das ISAF-Mandat ist von Anfang an umstritten gewesen. Das ist auch in Ordnung. Übrigens war das auch in meiner eigenen Fraktion und Partei immer umstritten. Wir haben darum richtig gerungen. Ich glaube, das ist auch ein Teil der demokratischen Auseinandersetzung.

Wir haben übrigens, weil wir darum gerungen haben, auch mit dafür gesorgt – gemeinsam übrigens –

, dass dieses mehr Gegeneinander als Miteinander zwischen ISAF und OEF beendet worden ist. Dass es ein Fehler war, dass wir das nicht früher durchsetzen konnten, gestehe ich Ihnen gerne zu. Denn das ist ein Ausdruck dieser strittigen Debatten gewesen.

Ja, ich würde auch sagen, unsere Ziele in Afghanistan waren hochgesteckt. Vielleicht waren sie auch zu hoch gesteckt. Wir sind in vielerlei Hinsicht unvorbereitet in diesen Einsatz gegangen. Das ist richtig. Aber niemand konnte den Anschlag am 11. September vorhersehen. Das ist auch ein Teil eines Reifeprozesses in diesem Land gewesen.

Wir sind in Afghanistan zum Teil auf dem Boden der Realität gelandet. Das war nicht immer einfach, vor allem für die Menschen, die wir nach Afghanistan geschickt haben: Soldatinnen und Soldaten, zivile Angehörige, Polizeibeamte und Diplomaten. Trotzdem, Herr Trittin: „Gescheitert“ ist ein großes Wort. Darüber müssen wir in diesem Raum, in diesem Hauen Hose, Ent-

schuldigung: Hohen Hause diskutieren.

Ich finde, die Frage, ob dieser Einsatz gescheitert ist oder nicht, entscheidet sich nach 2014. Wir sollten alles dafür tun, dass unser Einsatz dazu führt, dass das, was wir erreicht haben, und dass die Möglichkeiten, die wir für die Menschen in Afghanistan geschaffen haben, erhalten bleiben, damit wir am Ende dieser Auseinandersetzung sagen können, dass wir eben nicht gescheitert sind.

Ich will auch auf eines hinweisen: Der Bundeswehreininsatz hat auch unser Land und unsere politische Sprache verändert. Wir reden heute von Krieg. Wir reden von Gefallenen, und wir reden von Veteranen. Wir haben eine Diskussion, die notwendig ist – darauf ist auch hingewiesen worden –, und wir haben eine Verpflichtung gerade für die Menschen, die wir dorthin geschickt haben.

Aber ich habe eine Bitte an diesem Tag, vor allem an einen Teil der Opposition. Es ist ja in Ordnung, über die Frage von Militäreinsätzen zu streiten. Ich respektiere immer – wir

**Wir sind in Afghanistan zum Teil auf dem Boden der Realität gelandet.**

Philipp Mißfelder, CDU/CSU:

## Dieser Einsatz ist eine Zäsur



Philipp Mißfelder (\*1979)  
Landesliste: Nordrhein-Westfalen

Zuerst möchte ich auf Bemerkungen von zwei Kollegen in der Debatte eingehen. Herr Kollege Gysi, Sie haben den Vorwurf erhoben, die Bundesrepublik Deutschland habe sich im Rahmen des ISAF-Mandats mit den Drogenbaronen in Afghanistan gemein ge-

macht. Das entspricht einfach nicht den Tatsachen, Herr Gysi. Das weise ich mit voller Entschiedenheit zurück. Es war oft Gegenstand der Debatten in diesem Hause – der Entwicklungsminister hat das gesagt –, ob wir in die Auseinandersetzung um den Drogenanbau aktiv eintreten sollten. Aus guten Gründen haben wir darauf verzichtet, das zu tun. Das heißt aber noch lange nicht, dass wir uns mit den Drogenbaronen gemein gemacht haben. Einen solchen Rückschluss lasse ich Ihnen an dieser Stelle nicht durchgehen.

Herr Trittin, Sie haben ausführlich über den Beginn des Mandats gesprochen. Sie waren damals quasi hautnah daran beteiligt. Der Kollege Annen hat sehr anschaulich deutlich gemacht, welch große Zäsur dieses Mandat für unser Land war. Ich würde aber nicht davon sprechen, dass das Mandat gescheitert ist und dass wir die Ziele, die wir uns gesetzt haben, allesamt nicht erreicht haben.

Sie waren bei der Formulierung der ursprünglichen Ziele beteiligt. Zwar möchte ich nicht jedes Wort von Joschka Fischer auf die Goldwaage legen, aber es gehört zur kritischen Betrachtung auch dazu – darüber sind wir uns im Auswärtigen Ausschuss doch einig –, uns zu fragen: Waren vielleicht die Ziele zu hoch, die wir uns gesetzt haben? Den kompletten Einsatz als gescheitert zu bezeichnen, geht mir zu weit; aber vielleicht waren die Ziele etwas beziehungsweise wesentlich zu hoch gegriffen.

Einen wichtigen Punkt möchte ich meinen eigentlichen Bemerkungen voranstellen, auch mit Blick auf den Beitrag, den der Bundespräsident in München geleistet hat. Das ist in dieser Debatte schon mehrmals von uns gesagt worden. Von uns glaubt niemand, dass es rein militärische Lösungen von Konflikten gibt. Wir wählen immer den politischen Ansatz. Wir glauben aber, dass es, um

haben auch in unserer eigenen Fraktion diese Debatte –, wenn man sich grundsätzlich dagegen ausspricht. Das ist eine legitime Position. Aber, Herr Kollege Gysi, lassen Sie uns über die Lage in Afghanistan reden.

Ihr Bezugspunkt ist doch ganz offensichtlich nicht die Zeit der Talibanherrschaft gewesen; denn sonst könnten Sie gar nicht zu solchen Ergebnissen kommen.

Die Lebenserwartung in diesem Land ist inzwischen höher. Viele Menschen dort haben Zugang zur Gesundheitsversorgung; das ist zuvor genannt worden.

Nicht nur unsere Gesellschaft, sondern vor allem auch die Gesellschaft in Afghanistan hat sich durch den Einsatz verändert. Dort gibt es inzwischen in den großen Städten eine Medienslandschaft, die ihresgleichen in der Region sucht. Ein Großteil der Menschen in Afghanistan – auch auf dem Land – verfügt über Zugang zu einem Mobiltelefon. Das Meinungsmonopol der Dorfältesten und der Mullahs ist in vielen Bereichen Afghanistans längst gebrochen. Deswegen gibt es vitale Debatten über alle Probleme, die es dort gibt, im afghanischen Parlament. Die entscheidende Frage, die sich uns allen stellt, lautet: Sind wir fähig, nach Ablauf des ISAF-Mandats eine Politik zu betreiben und eine Struktur zu entwickeln, die die Menschen, die auch von unserem Einsatz profitiert haben, die zur Schule ge-

hen und studieren, die sich wieder auf Wahlen vorbereiten und für ein Parlament kandidieren können, in die Lage versetzen, über die Zukunft ihres Landes selber zu entscheiden? Das ist die Herausforderung, vor der wir stehen.

Ich bin der Meinung: Die kritische Debatte – auch über Fehler, die wir in den letzten zwölf Jahren gemacht haben – ist richtig. Meine Fraktion wird sich an dieser Debatte beteiligen. Ich bin sehr dankbar, dass der

Außenminister eine kritische – auch selbstkritische – Bilanz gezogen hat. Aber wir dürfen über diese grundsätzliche Debatte nicht vergessen, dass wir in den letzten zwölf Jahren der afghanischen Gesellschaft Chancen

**Nicht nur unsere, sondern auch die Gesellschaft in Afghanistan hat sich durch den Einsatz verändert.**

gegeben haben. Wir müssen den Menschen in Afghanistan helfen, diese Chancen wahrzunehmen. Deswegen werbe ich nicht nur für Zustimmung, sondern auch dafür, dass wir uns mit demselben Engagement über den richtigen Weg streiten, wenn es nicht nur um militärische Fragen geht, sondern um die Frage – das ist die Nagelprobe –, ob wir in der Lage sind, mit zivilen, diplomatischen und politischen Mitteln dafür zu sorgen, dass Afghanistan als Freund der Bundesrepublik Deutschland eine Zukunft hat.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

überhaupt wieder politischen Spielraum zu erreichen, manchmal als äußerstes Mittel notwendig ist, Militär einzusetzen. Deshalb diskutieren wir hier auch so intensiv. Deshalb ist auch das Parlament in einem so großen Umfang wie bei kaum einem anderen Politikfeld eingebunden und trifft letztendlich die Entscheidung autonom. Das geschieht alles vor dem Hintergrund, dass wir in Deutschland den Parlamentsvorbehalt haben. Das soll auch so bleiben.

Vorhin wurde über Drohnen unter einem anderen Gesichtspunkt diskutiert; es ging vor allem um Fragen wie extralegale Tötungen, die von den USA ausgehen. Ich möchte diesen Punkt ebenfalls ansprechen, weil oft etwas vermengt wird, was nichts miteinander zu tun hat: Der Vorfall bei Kunduz 2009 wäre beim Einsatz einer Drohne anders abgelaufen.

Vor diesem Hintergrund sage ich an dieser Stelle: Zu einer kritischen Betrachtung gehört auch, dass wir all den Soldatinnen und Soldaten den besten Schutz sowie die besten Möglichkeiten der Aufklärung zur Verfü-

gung stellen, um Risiken zu minimieren.

Das gibt mir die Gelegenheit, auch im Namen meiner Fraktion an diesem wichtigen Tag so vielen Menschen, die im Einsatz waren oder im Einsatz sind – die Veteranen sind vorhin schon erwähnt worden – und die hervorragende Arbeit für unser Land leisten, und deren Angehörigen an dieser Stelle zu danken.

Natürlich ist dieser Einsatz eine Zäsur. Als das zugrundeliegende Mandat am 16. November 2001 auf den Weg gebracht worden ist, ist dem keine einfache Abstimmung vorausgegangen; schließlich war sie mit der Vertrauensfrage verknüpft. Nach wie vor unter dem Eindruck der

schrecklichen Ereignisse vom 11. September 2001 stehend, hat Gerhard Schröder damals von der „uneingeschränkten Solidarität“ mit Amerika gesprochen. Dieser Solidarität sind wir wie noch nie zuvor in der Geschichte unseres Landes gerecht geworden. Schon damals hat Deutschland einen starken Beitrag geleistet. Selbst wenn damals – übrigens in allen Parteien – sehr strittige

**Dieser wichtige Beitrag ist auch ein Ausdruck der Leistungsfähigkeit der Bundeswehr.**



Diskussionen geführt worden sind, muss ich sagen, dass diese Diskussionen definitiv zu einem Reifungsprozess in unserem Land beigetragen haben. Ich glaube, dass die kritische Betrachtung zu Beginn der Diskussionen genauso wie jetzt, viele Jahre danach, dazugehört. Es gilt zu evaluieren, was gut und was schlecht gelaufen ist.

Für uns bleiben nach dem Strategiewechsel, der in London eingeleitet worden ist, bestimmte Aspekte wichtig, an denen wir festhalten wollen. Dazu gehört zum Beispiel der Grundsatz „Gemeinsam hinein, gemeinsam heraus“. Auch das ist – das hat der Bundesaußenminister schon gesagt – ein Ausdruck von Verantwortung.

Natürlich sind andere aus Afghanistan schon herausgegangen. Das sage ich auch mit Blick auf Verbündete von uns. Wir leisten aber einen besonderen Beitrag, indem wir an diesem Grundsatz festhalten.

Es ist auch nicht einfach, diese Entscheidung hier alle zwölf Monate oder in Wahlkämpfen zu verteidigen. Wir haben aber in Deutschland einen demokratischen Diskurs und haben die Entscheidung zur Diskussion freigegeben, und wir haben uns

in Wahlkämpfen hingestellt und gesagt: Dafür stehen wir ein. – Ich glaube, es war die richtige Entscheidung, zu sagen: Gemeinsam hinein und auch gemeinsam heraus.

Dieser wichtige Beitrag ist auch ein Ausdruck der Leistungsfähigkeit der Bundeswehr insgesamt.

Die Opfer sind vorhin schon angesprochen worden. Jedes Opfer ist eines zu viel, sei es ein ziviles oder sei es ein Soldat.

Wir wollen die Sicherheitsarchitektur in Afghanistan weiter stärken. Dafür soll es eine Anschlussmission geben. Das Notwendige ist dazu gesagt worden. Wir erwarten Rechtssicherheit für diejenigen, die für uns dort weiter tätig sein wollen. Wir erwarten aber auch Sicherheit insgesamt. Der Bundesentwicklungsminister hat deutlich gemacht, welche Rahmenbedingungen für die Entwicklungshelfer wir für die Zukunft erwarten. Das wird uns vor große Herausforderungen stellen. Die Situation und damit die Sicherheitslage kann natürlich angespannter wer-

den, wenn die ISAF-Mission insgesamt beendet wird.

Wir stehen jetzt unmittelbar vor der Herausforderung der Präsidentschaftswahlen und vor der Frage, wie es in dem Land politisch weitergeht. Auch die Provinzräte stehen zur Wahl an. Eines muss ich an dieser Stelle schon sagen: Selbst wenn es viel daran auszusetzen gibt, selbst wenn einem nicht jeder Kandidat, der sich bewirbt, passt, wäre es früher, unter der Herrschaft der Taliban, unvorstellbar gewesen, dass sich Frauen überhaupt zur Wahl stellen.

### Wir wollen die Sicherheitsstruktur in Afghanistan weiterhin stärken.

Es wäre unvorstellbar gewesen, dass es überhaupt eine Auswahl gibt, dass es Richtungsdiskussionen um die beste Ausrichtung dieses Landes gibt. Alles, was jetzt geschieht, findet noch auf niedrigem Niveau statt. Ich rede das hier auch nicht schön. Ich sage nicht, dass wir alle unsere Ziele erreicht haben. Aber nichtsdestotrotz ist nicht alles schlecht in Afghanistan.

In der Debatte sind die Teilhabe am Bildungs- und Gesundheitswe-

sen angesprochen worden. Wenn wir zurückblicken werden, dann werden wir immer sagen können, dass es in dem Bereich, wo wir tätig waren, Erfolge gibt: Insbesondere die Infrastruktur ist ausgebaut worden, die Elektrifizierung ist vorangetrieben worden, Straßen sind gebaut worden, Brunnen sind gebaut worden. Das sind Erfolge, selbst wenn das hier manchmal belacht worden ist und manche gesagt haben: Dafür ist ein Militäreinsatz doch nicht da. – Wir haben immer einen gesamtheitlichen Ansatz verfolgt und gesagt: Im Zentrum dieser Mission steht nicht nur die militärische Absicherung, sondern auch der zivile Beitrag, der hoffentlich nachhaltig sein wird.

Wir setzen bei dem Anschlussmandat darauf, dass die Sicherheitsstrukturen sich nachher ohne uns tragen. Deshalb wollen wir die Polizeiausbildung vorantreiben, was eine sehr große Herausforderung ist; die Themen sind schon angesprochen worden.

Dazu gehört auch eine kritische Überprüfung; wir wollen ja darüber im Auswärtigen Ausschuss groß diskutieren. Ich nehme übrigens die Hinweise der evangelischen Kirche als Einladung wahr, uns damit aus-

einanderzusetzen. Ich teile nicht alles, was dort formuliert worden ist; es ist aber auch nicht alles falsch, was dort aufgeschrieben worden ist. Deshalb möchte ich dieses Angebot annehmen und darüber diskutieren: Wie geht es eigentlich nach ISAF weiter, und wie kann sich die Gesellschaft hier auch weiterhin verantwortlich gegenüber den Menschen in Afghanistan zeigen?

Es ist vorhin gesagt worden, dass wir mit der heutigen Debatte ein freundschaftliches Signal in Richtung des afghanischen Volkes aussenden wollen. Das wollen wir auch tun. Deshalb noch einmal mein klares Bekenntnis – ich richte es an diejenigen, die uns in den vergangenen Jahren massiv unterstützt haben –: Wir wollen auch für Ihre Sicherheit garantieren und für das, was in dem Rahmen möglich ist – mit Aufenthaltsgenehmigungen hier und mit Sicherheit vor Ort; denn wir wollen nicht, dass diejenigen, die uns über Jahre geholfen haben, schutzlos denen ausgeliefert sind, die eventuell auf Rache sinnen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Tom Koenigs, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

## Entscheidend ist, was sich in den Köpfen verändert hat



Tom Koenigs (\*1944)  
Landesliste: Hessen

Wir haben eine dauerhafte, nachhaltige, alte und intensive Beziehung zu Afghanistan, zum afghanischen Volk. Ich hoffe, das bleibt so.

In den letzten zwölf Jahren sind Tausende Deutsche nach Afghanistan gegangen: allein 129 724 Soldaten, dazu zahllose Zivilisten, Polizisten, Peacekeeper, Entwicklungshelfer oder Experten, Mitarbeiter von internationalen Organisationen – wie ich –, von nationalen Botschaften, NGOs, Stiftungen usw. Uns alle hat eines verbunden: eine Begeisterung, dorthin zu gehen und für die richtige Sache einzustehen. Dort hat uns empfangen

eine Faszination, nicht nur von der Landschaft, sondern auch vom afghanischen Volk, von den Afghanen selbst. Ich kenne keinen, der länger als drei Monate in Afghanistan gewesen ist, der diese Faszination nicht gespürt hat. Diese Faszination begeistert viele von uns nach wie vor; auch darüber reden wir.

Es gibt einen weiteren Punkt, der neu für viele von uns war: Das waren die internationalen Teams. Das war neu für mich bei den Vereinten Nationen, für andere in internationalen NGOs und für die Soldaten in multinationalen Einheiten.

Es waren ja nicht nur die 28 Staaten der NATO beteiligt, sondern es waren 50 Staaten, darunter 22 Nicht-NATO-Staaten beteiligt: von der Schweiz bis Tonga, von der Mongolei bis zur Ukraine. Uns alle hat die Begeisterung verbunden, für die richtige Sache einzustehen und aufseiten der Afghanen zu kämpfen, die für Menschenrechte und Menschenwürde einstehen – oft mit ihrem Leben –, die für Bildung und Gleichberechtigung sind, für Demokratie und Entwicklung.

Eine Zeit lang hat die Stabilisierungsmission der ISAF auch funktioniert. Bis 2005 gab es keinen Krieg. Eine Zeit lang hat das Peacekeeping funktioniert. Erst als da „no peace to keep“ war, ist das umgeschlagen. Eine Zeit lang ist es auch gelungen, gegen die totalitären Kräfte anzukämpfen, gegen die Gotteskrieger und Ideologen, so ungefähr bis 2004/05. Der Irakkrieg, der Absturz der Amerikaner von ihrem Moral High Ground durch die Geschehnisse in Abu Ghureib und Guantánamo haben dazu beigetragen, dass die Taliban sich dann auch ideologisch neu formieren konnten, übrigens international und von Pakistan aus.

### Eine Zeitlang hat die Stabilisierungsmission der ISAF auch funktioniert.

Als Peacekeeper war ISAF bei den Afghanen populär. Später erst, mit dem Eintritt der Kämpfe gegen die Aufständischen, mit der Counterinsurgency, schlug das um. Es gibt eine Langzeituntersuchung über Meinungen im Norden von Afghanistan. Noch 2007 waren 80 Prozent der Leute der Meinung, dass ISAF die Sicherheit verbessert. 2013 waren es nur noch 15 Prozent. Oder: 2007 haben sich nur 5

Prozent der afghanischen Bevölkerung im Norden vor ISAF gefürchtet; heute sind es 80 Prozent, genauso viele, wie sich vor den Taliban fürchten. Deshalb ist es Zeit, abzuziehen.

Mit mehr Soldaten lässt sich nicht mehr ausrichten. Das finden wir hier in Deutschland, und das finden auch die Afghanen.

Einem Anliegen, das immer wieder an uns herangetragen wird, gerade von denen, die mit uns gearbeitet haben, den Parlamentarierinnen und Parlamentariern, den Journalistinnen und Journalisten, den liberalen Demokraten in Afghanistan, auf deren Seite wir ja gekämpft haben, müssen wir uns stellen, indem wir selbst eine Antwort auf die Frage geben, was auf afghanischer Seite jetzt von uns, von den Entwicklungspolitikern, von den internationalen – zivilen – Organisationen erwartet wird.

Nebenbei bemerkt: Ich glaube, eine militärische Nachfolgemission wird es nicht geben; aber darüber werden wir noch sprechen müssen.

Die Afghanen sagen sehr deutlich, was sie von uns erwarten, und das können wir auch leisten, nämlich Bildung, Ausbildung, Fortbildung, Capacity Building, Bildungseinrichtungen, Universitätspartnerschaften, Bildungspartnerschaften.

Da geht sehr viel mehr, als in der Fantasie von DAAD und GIZ existiert.

An Geld fehlt es ja nicht. Mit Geld kann man jedoch keine Demokratie schaffen, wohl aber mit einer gestärkten Bildungselite, die in Afghanistan immer noch sehr schwach ist.

Ich wünsche mir von den Entwicklungspolitikern sehr, dass sie die geplanten 430 Millionen Euro jährlicher Entwicklungshilfe – das ist ja ein Riesensatz – auch für Bildung einsetzen; denn das ist etwas, was wir können und was die Afghanen von uns, von Deutschland, erwarten.

Ich würde mir natürlich wünschen, dass diejenigen, die in Zukunft nach Afghanistan gehen, die Begeisterung für unser Engagement teilen und auch weitertragen. Diese Begeisterung wird diejenigen, die dort bleiben, und auch diejenigen, die in schwieriger Situation dort waren, weiterhin mit Afghanistan verbinden; sie wird bleiben. In Afghanistan wird von unserem Einsatz nur das bleiben, was sich in den Köpfen verändert hat. Entscheidend ist nicht das, was wir an Straßen, Brücken und Brunnen gebaut haben, sondern das, was sich in den Köpfen verändert hat. Dahin gehend etwas zu bewegen, muss in der nächsten Zeit unser Ziel sein.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

### Ich glaube, eine militärische Nachfolgemission wird es nicht geben; aber darüber werden wir noch sprechen müssen.